



OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

STATISTIKEN

Daten & Analysen

Stabilität und Sicherheit.

Q4/14

Die Quartalspublikation *Statistiken – Daten & Analysen* fokussiert ihre Berichte auf die österreichischen Finanzinstitutionen, Finanzströme und Außenwirtschaft.

Medieninhaber und Herausgeber Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Postfach 61, 1011 Wien
www.oenb.at
statistik.hotline@oenb.at
Tel. (+43-1) 40420-5555
Fax (+43-1) 40420-04-5499

Schriftleitung Johannes Turner, Gerhard Winkler, Michael Pfeiffer

Koordination Patrick Thienel

Redaktion Brigitte Alizadeh-Gruber

Grafische Gestaltung Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen

Layout und Satz Walter Grosser, Birgit Jank

Druck und Herstellung Oesterreichische Nationalbank, 1090 Wien

DVR 0031577

ISSN 2310-5356 (Druck)

ISSN 2310-5364 (Online)

© Oesterreichische Nationalbank, 2014. Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr. 820.

Bitte sammeln Sie Altpapier für das Recycling.

EU Ecolabel: AT/28/024



Inhalt

Editorial

Kurzberichte

Konsolidierte Ertragslage der in Österreich tätigen Banken im ersten Halbjahr 2014 8

Birgit Hebesberger, Stefan Löschenbrand, Stefan Kinschner

Investmentfonds im ersten Halbjahr 2014 11

Christian Probst, Bianca Ully

Analysen

Executive Summaries/Übersicht 16

Auswirkungen der ESVG 2010-Umstellung auf die Gesamtwirtschaftliche
Finanzierungsrechnung 18

Michael Andreasch, Nicole Schnabl, Matthias Wicho, Stefan Wiesinger, Gerald Wimmer

Zahlungsbilanz im ersten Halbjahr 2014 40

René Dell'mour, Patricia Walter

Trotz Bilanzkonsolidierung der Kreditinstitute geringfügiges Wachstum von Einlagen
und Krediten von privaten Haushalten 52

Norbert Schuh

Kreditrichtlinien der österreichischen Banken leicht gelockert –
Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage
über das Kreditgeschäft vom Oktober 2014 58

Walter Waschiczek

ITS on Supervisory Reporting/COREP: Ordnungsnormen NEU 62

Bernhard Hirsch

Methodische Verbesserungen im HFCS Austria 71

Peter Lindner, Martin Schürz, Jun Chao Zhan

Daten

Tabellenübersicht	86
1 Österreichischer Beitrag zu den Euro-Geldmengen M3	87
2 Ausleihungen innerhalb und außerhalb des Euroraums	88
3 Kundenzinssätze – Neugeschäft	89
4 Konsolidierte Bilanz der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute	90
5 Konsolidierte Eigenmittel des gesamten österreichischen Bankensektors gemäß Teil 2 und 3 CRR	91
6 Konsolidierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute	92
7 Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)	93
8 Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt	94
9 Sonstige Finanzintermediäre	95
10 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen	96
11 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten	97
12 Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global	98
13 Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	99
14 Direktinvestitionen	100

Hinweise

Übersicht zu Statistiken – Daten & Analysen	102
Periodische Publikationen	106
Adressen	108

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Die vorliegende Ausgabe der statistischen Quartalspublikation der Oesterreichischen Nationalbank ist, neben den Beiträgen zu ausgewählten Themenbereichen der Finanzstatistik, schwerpunktmäßig den Auswirkungen der Umstellung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG-2010) auf die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung gewidmet.

Ausgelöst durch die Änderungen des Systems of National Accounts 2008 sowie des 6. Zahlungsbilanzmanuals des IWF (BPM6) führte die ESVG-Umstellung zu massiven Veränderungen der Darstellung der finanziellen Vermögenswerte bzw. der Verpflichtungen. Die Details zu den jeweiligen Auswirkungen lesen Sie in unserem ersten Analysebeitrag von Michael Andreasch, Nicole Schnabl, Matthias Wicho, Stefan Wiesinger und Gerald Wimmer. Eine Analyse von René Dell'mour und Patricia Walter ergänzt diesen Beitrag. Hier werden Ergebnisse und inhaltliche Neuerungen aus dem Blickwinkel der Zahlungsbilanz beleuchtet.

Norbert Schuh stellt wie gewohnt auf Basis von OeNB-Statistiken die wichtigsten Entwicklungen auf dem österreichischen Finanzmarkt von Jänner bis August 2014 dar. So setzte sich der seit 2011 anhaltende Bilanzsummenrückgang weiter fort, wofür der Zwischenbankverkehr verantwortlich war. In der Folge der Leitzinssenkung vom Juni 2014 sanken Einlagen- und Kreditzinssätze weiter. Trotz der historisch niedrigen Zinssätze kam es zu einem mäßigen Einlagenwachstum.

Wie immer werden Ihnen die aktuellsten Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft von Walter Waschiczek präsentiert. Demnach haben die österreichischen Banken im dritten Quartal 2014 ihre Richtlinien für Kredite an Unternehmen und private Haushalte leicht gelockert. Die Kreditnachfrage der privaten Haushalte blieb stabil, während Unternehmen in etwas geringerem Umfang Kredite bei den heimischen Banken nachfragten.

Ein ausführlicher Beitrag von Bernhard Hirsch beschäftigt sich mit den neuen Implementing Technical Standard (ITS) on Supervisory Reporting im Bereich Common Reporting (COREP). Diese internationale Vorgabe für die Meldung von Eigenmitteln, Eigenmittelanforderungen, Großkredite, Liquidität, Verschuldung und Offenlegung löst die bisherigen nationalen Meldeverordnungen ab.

Weiters berichten Peter Lindner, Martin Schürz und Jun Chao Zhan in einer Studie über Verbesserungen in der zweiten Welle des HFCS Austria. Es zeigt sich etwa, dass auf Basis des veränderten Stichprobendesigns die Effizienz der aus dem HFCS resultierenden Schätzer erhöht werden konnte.

Kurzberichte sowie eine Kurzauswahl von 14 Tabellen ergänzen das vorliegende Heft. Auf unserer Website steht Ihnen unter <http://statistik.oenb.at> ein umfassendes Datenangebot zur Verfügung. In diesem Zusammenhang möchten wir Sie auf folgende Links aufmerksam machen:

Standardisierte Tabellen: <http://www.oenb.at/Statistik/Standardisierte-Tabellen.html>

Benutzerdefinierte Tabellen: <http://www.oenb.at/isaweb/dyna1.do?lang=DE&go=initHierarchie>

Veröffentlichungskalender: <http://www.oenb.at/isaweb/releasehierarchie.do?lang=DE>

Seit November 2011 steht Ihnen das umfangreiche OeNB-Statistikangebot für Smartphones und Tablets kostenlos mobil nutzbar zur Verfügung. Die App wird auf der OeNB-Homepage unter <http://app.oenb.at> präsentiert.

Sollten Sie Fragen zum Datenangebot der OeNB haben, wenden Sie sich bitte an unsere Statistik-Hotline, 01/40420-5555 oder statistik.hotline@oenb.at.

Das nächste Heft in der Reihe Statistiken – Daten & Analysen, Ausgabe Q1/15, erscheint im Februar 2015.

Johannes Turner
Gerhard Winkler
Michael Pfeiffer

Kurzberichte

Konsolidierte Ertragslage der in Österreich tätigen Banken im ersten Halbjahr 2014

Birgit Hebesberger,
Stefan
Löschbrand,
Stefan Kinschner¹

Inhalt der Meldung

Im Rahmen einer regelmäßig erstellten Spezialauswertung nach dem Konzept der Consolidated Banking Data (CBD) werden quartalsweise konsolidierte (Bankkonzerne) und unkonsolidierte Daten (restliche Einzelkreditinstitute) zu einer einheitlichen Darstellung der Vermögens- und Ertragslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Konzernverflechtungen zusammengeführt.

Bei der Aggregation von Melde-daten nach International Financial Reporting Standards (IFRS) und UGB/BWG wurde eine Struktur gewählt, welche die Unterschiede der jeweils zugrunde liegenden Bilanzierungsvorschriften bestmöglich berücksichtigt. Es sei jedoch angemerkt, dass aufgrund der divergierenden Darstellung und Bewertung von Aktiva und Passiva inhaltliche Inkonsistenzen bei der Überleitung der Bilanz- und Erfolgspositionen von Bankkonzernen nach IFRS und UGB/BWG nicht gänzlich eliminiert werden konnten.

Entwicklung der Ertragslage im ersten Halbjahr 2014

Im ersten Halbjahr 2014 fiel das konsolidierte Jahresergebnis österreichischer Kreditinstitute nach Steuern und Minderheitenanteilen mit –0,59 Mrd EUR negativ aus. Der Rückgang um 1,7 Mrd EUR im Vergleich zum ersten Halbjahr 2013 erklärt sich damit, dass neben den Auswirkungen des anhaltend niedrigen Zinsumfelds vor allem hohe Aufwendungen im Zusammenhang mit dem geplanten Verkauf von Auslandstochterbanken der Hypo Alpe-Adria-Bank sowie hohe Wertminderungen einer

anderen Großbank negativ zu Buche schlugen. Positiv wirkten sich hingegen die deutlich zurückgegangenen Risikovorsorgen für das Kreditgeschäft aus. Ohne die Verluste der Hypo Alpe-Adria-Bank hätte das konsolidierte Periodenergebnis der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute einen Wert in Höhe von 1,08 Mrd EUR.

Das Betriebsergebnis ohne Risikovorsorge sank im Vergleich zum ersten Halbjahr 2013 um 42,4% bzw. 2,10 Mrd EUR auf 2,85 Mrd EUR. Ausschlaggebend hierfür waren einerseits geringere Betriebserträge und andererseits deutlich höhere Aufwendungen aus Abschreibungen, Wertberichtigungen auf Sachanlagen, als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien und immaterielle Vermögensgegenstände sowie höhere sonstige betriebliche Aufwendungen. Der Anstieg bei den Wertberichtigungen ist hauptsächlich auf eine Großbank zurückzuführen, die Firmenwerte und andere immaterielle Vermögenswerte abschrieb. Die hohen Aufwendungen der Hypo Alpe-Adria-Bank hinsichtlich des geplanten Verkaufs ausländischer Tochterbanken finden sich in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wieder. Ohne die Verluste der Hypo Alpe-Adria-Bank würde das Betriebsergebnis 4,27 Mrd EUR betragen und mit einem Rückgang von 17,1% deutlich besser ausfallen.

Haupttreiber der Ergebnisentwicklung im Detail

Im ersten Halbjahr 2014 verschlechterten sich die konsolidierten Betriebserträge im Vergleich zum ersten Halbjahr 2013 um 3,1% auf 16,92 Mrd EUR. Hauptverantwortlich hierfür waren

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen, birgit.hebesberger@oenb.at, stefan.loeschbrand@oenb.at, stefan.kinschner@oenb.at.

neben einem Rückgang des Nettozinsergebnisses ein niedrigeres Provisionsergebnis sowie geringere sonstige betriebliche Erträge. Ein leicht verbesserter Handelserfolg (Gewinne/Verluste aus Finanzgeschäften, Handelsergebnis und Bewertungsergebnisse nach IFRS) konnte die Rückgänge nur marginal abfedern.

Vor dem Hintergrund des Niedrigzinsumfelds verringerte sich das Nettozinsergebnis als wichtigste Ertragskomponente um 2,2 % auf 9,14 Mrd EUR, da die Zinserträge stärker zurückgingen als die Zinsaufwendungen. (Die Zinserträge sanken um 1,88 Mrd EUR, die Zinsaufwendungen um 1,67 Mrd EUR.) Ebenfalls rückläufig zeigte sich das Provisionsgeschäft, das sich um 3,6 % auf 3,66 Mrd EUR reduzierte, sowie die sonstigen betrieblichen Er-

träge, die um 6,7 % auf 3,28 Mrd EUR sanken.

Der Handelserfolg stieg im Vergleich zum ersten Halbjahr 2013 um rund 5,8 % auf 0,85 Mrd EUR. Die Komponenten des Handelserfolgs entwickelten sich jedoch differenziert: Während die Kreditinstitute beim Handelsergebnis einen signifikanten Anstieg von 0,17 Mrd EUR auf 0,5 Mrd EUR verzeichneten, verringerten sich die realisierten Gewinne aus Finanzgeschäften um 39,1 % auf 0,22 Mrd EUR. Der Gewinn der sonstigen Bewertungsergebnisse nach IFRS (d. h. Währungsbewertung, Bewertung von Sicherungsbeziehungen und sonstigen Vermögenswerten) lag mit 0,13 Mrd EUR um 68,9 % unter dem Vorjahresvergleichswert.

Tabelle 1

Konsolidierte Ertragslage¹ der Bankkonzerne und Einzelinstitute

	H1 14	H1 13	Differenz	
	in Mio EUR	in Mio EUR	absolut	in %
Nettozinsergebnis	9.135,3	9.342,0	-206,7	-2,2
Provisionsergebnis	3.661,2	3.796,6	-135,4	-3,6
Handelserfolg ²	846,9	800,2	46,7	5,8
Sonstige betriebliche Erträge	3.278,7	3.515,6	-236,9	-6,7
Betriebserträge (ohne Risikovorsorgen)	16.922,1	17.454,5	-532,4	-3,1
Verwaltungsaufwendungen	-8.158,1	-8.450,5	-292,3	-3,5
Abschreibungen, Wertberichtigungen auf Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (IAS 40) und immaterielle Vermögensgegenstände ³	-1.790,2	-964,4	825,8	85,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.120,0	-3.085,2	1.034,8	33,5
Betriebsergebnis (ohne Risikovorsorgen)	2.853,8	4.954,5	-2.100,7	-42,4
Risikovorsorgen im Kreditgeschäft	-2.596,6	-3.239,7	-643,1	-19,8
Risikovorsorgen aus nicht zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögensgegenständen ³	59,4	-7,5	-66,9	-890,8
Sonstiger Saldo in Summe	288,2	298,8	-10,6	-3,6
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	604,9	2.006,2	-1.401,3	-69,9
Ertragssteuern	-811,4	-419,9	391,5	93,3
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	-25,0	-186,3	-161,3	-86,6
Minderheitenanteile	-362,3	-339,2	23,1	6,8
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	-593,6	1.061,0	-1.654,6	-155,9

Quelle: OeNB.

¹ Aufwendungen werden mit negativem Vorzeichen dargestellt.

² Handelsergebnis + sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS + realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzgeschäften.

³ Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach IFRS erhoben.

Bei den Abschreibungen kam es verglichen mit dem ersten Halbjahr 2013 zu einem starken Anstieg von 85,6% auf 1,79 Mrd EUR, da seitens einer Großbank Firmenwerte und andere immaterielle Vermögenswerte einer ausländischen Tochterbank in maßgeblicher Höhe wertgemindert wurden. Hohe Aufwendungen der Hypo Alpe-Adria-Bank im Zusammenhang mit dem geplanten Verkauf des Bankennetzwerks in Südosteuropa und einer italienischen Tochterbank machten sich ebenfalls negativ im Periodenergebnis bemerkbar. Die Verwaltungsaufwendungen, bestehend aus Personal- und Sachaufwendungen, konnten hingegen gegenüber dem ersten Halbjahr 2013 um 3,5% auf 8,16 Mrd EUR gesenkt werden. Durch den Rückgang der Erträge sowie den Anstieg der Aufwen-

dungen erhöhte sich die Cost-Income-Ratio von 67,3% auf 77,2%.

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft betrug zum ersten Halbjahr 2014 2,6 Mrd EUR, was einem Rückgang von 20% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Maßgeblichen Anteil am Rückgang hatten zwei Großbanken, die in der Vergleichsperiode hohe Vorsorgen getätigt hatten.

Eine große Abweichung gegenüber dem ersten Halbjahr 2013 zeigte sich auch bei den Ertragssteuern. Diese fielen mit einem Wert von 0,8 Mrd EUR fast doppelt so hoch aus. Hauptverantwortlich dafür zeigte sich eine Großbank, die in der Vergleichsperiode positive Einmaleffekte aus der Auflösung von latenten Steuerverbindlichkeiten zu verzeichnen hatte.

Investmentfonds im ersten Halbjahr 2014

Weiterhin starkes Interesse der privaten Haushalte an inländischen Investmentfonds

Die privaten Haushalte zeigten nach dem nachfragestarken Vorjahr (+1,52 Mrd EUR) auch im ersten Halbjahr mit einem Kaufüberhang von knapp 1 Mrd EUR sehr starkes Interesse an Investmentfonds. Verkauften im Vorjahr vor allem ausländische Anleger massiv österreichische Fonds, so waren ihre Verkäufe im ersten Halbjahr nur mehr moderat. Größere negative Transaktionen waren mit 0,59 Mrd EUR bei Pensionskassen und Versicherungen zu beobachten.

Waren im Vorjahr bei privaten Haushalten vor allem Immobilienfonds (+0,62 Mrd EUR) sehr beliebt, so wurden im ersten Halbjahr 2014 verstärkt Gemischte Fonds (+0,42 Mrd EUR) nachgefragt.

Stagnierendes Wirtschaftswachstum und geopolitische Krisen belasteten

zwar das Investitionsinteresse, andererseits führte das sehr niedrige Zinsniveau zu einer Suche nach höher rentierenden Veranlagungen und unterstützte die Investitionsentscheidung für Investmentfonds.

Im ersten Halbjahr 2014 wurden um 0,27 Mrd EUR mehr Fonds gekauft als verkauft. Nach Abzug der Ausschüttungen von 0,71 Mrd EUR zeigte sich ein Nettokapitalabfluss von 0,45 Mrd EUR (-0,35%). Erfreulich hohe Kursgewinne in Höhe von 5,57 Mrd EUR konnten den Nettokapitalabfluss jedoch bei Weitem überkompensieren, sodass sich das konsolidierte Fondsvolumen um 5,13 Mrd EUR (+3,99%) auf 133,57 Mrd EUR erhöhte.

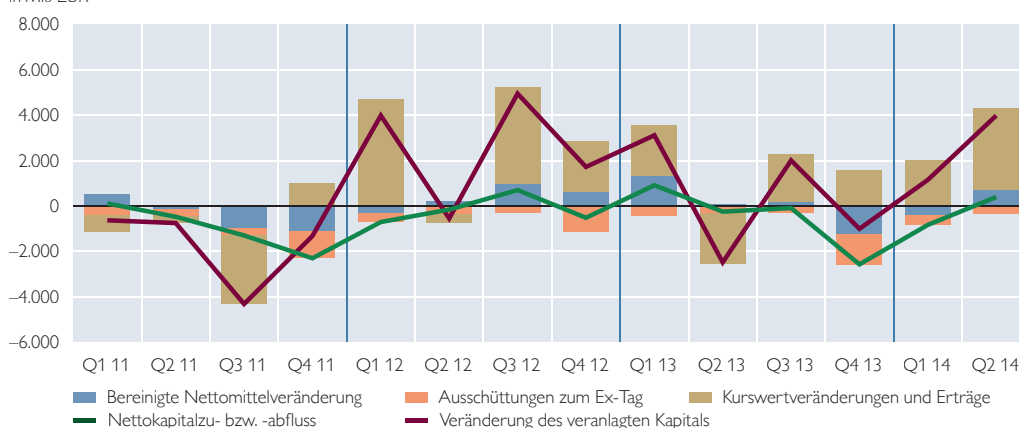
Der aktuelle Stand entspricht noch immer nur etwa jenem des vierten Quartals 2005.

Christian Probst,
Bianca Ullly¹

Grafik 1

Nettomittelveränderung, Ausschüttung, Kurswertveränderung und Erträge, Nettokapitalzu-/abfluss, Veränderung des veranlagten Kapitals

in Mio EUR



Quelle: OeNB.

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, christian.probst@oenb.at, bianca.ully@oenb.at.

Österreichische Investmentfonds entwickelten sich im Vergleich zum Euroraum unterdurchschnittlich

Insgesamt erhöhte sich das nicht konsolidierte Fondsvolumen im ersten Halbjahr 2014 um 6,94 Mrd EUR bzw. 4,7% auf 156,35 Mrd EUR. Die Bewertungsgewinne betragen 5,25 Mrd EUR und die Transaktionen zeigten einen Zufluss in der Höhe von 1,69 Mrd EUR.

Im Vergleich zum Euroraum war die Volumensentwicklung der österreichischen Fonds allerdings mehr als unterdurchschnittlich. Während im gesamten Euroraum die Zunahme des nicht konsolidierten Fondsvolumens (inklusive „Fonds in Fonds“-Veranlagungen) 8,2% betrug, erreichte Österreich mit 4,7% nur etwas mehr als die Hälfte des Euroraum-Wertes.

Damit fiel der Anteil österreichischer Fonds am Gesamtvolumen des Euroraums Ende Juni 2014 auf 1,79% (Dezember 2013: 1,85%, Dezember 2012: 1,98%).

Im ersten Halbjahr 2014 wurden überwiegend Auslandswerte aufgestockt

Bei der Betrachtung der Investitionsstruktur des Fondsvolumens zeigte sich, dass im ersten Halbjahr 2014 in Summe Inlandswerte abgebaut und stärker in Auslandswerte investiert wurde.

Hierbei dominierten vor allem ausländische Rentenwerte mit 859 Mio EUR (+1,4%), während inländische Rentenwerte in Höhe von 1.155 Mio EUR (-7,1%) verkauft wurden. In ausländische Aktien und Beteiligungspapiere wurden 319 Mio EUR (+2,0%) investiert, im Inland hingegen nur 54 Mio EUR (+1,5%).

Bei Immobilien- und Sachanlagenvermögen konnten sowohl im Inland (+81 Mio EUR bzw. +3,4%) als auch

im Ausland (+24 Mio EUR bzw. +2,3%) Investitionen festgestellt werden. Cash-Bestände erhöhten sich nur sehr gering (+15 Mio EUR) und blieben mit 6,99 Mrd EUR auf hohem Niveau stabil.

Immobilienfonds erneut die am stärksten wachsende Fondskategorie, geringe Volumensverlagerung zu Spezialfonds

Per Juni 2014 waren 1.306 Fonds in Form von Publikumsfonds und 816 Fonds in Form von Spezialfonds aufgelegt. Spezialfonds sind institutionellen Investoren wie Versicherungen oder Pensionskassen vorbehalten, Publikumsfonds hingegen sind sowohl der breiten Masse als auch institutionellen Investoren zugänglich.

Im ersten Halbjahr 2014 kam es zu einer geringen Verlagerung (1,1 Prozentpunkte) zugunsten von Spezialfonds. Das Verhältnis des verwalteten Volumens von Publikumsfonds zu Spezialfonds betrug im Juni 2014 54,6% zu 45,4%.

Gegliedert nach Anlageschwerpunkten wiesen bei den Publikumsfonds die Rentenfonds mit 44,91 Mrd EUR einen Anteil von 52,6% auf, gefolgt von Gemischten Fonds mit 20,15 Mrd EUR (23,6%) und Aktienfonds mit 15,31 Mrd EUR (17,9%). Die am stärksten wachsende Fondskategorie Immobilienfonds erreichte per Juni 2014 bereits mit 4,34 Mrd EUR einen Anteil von 5,1%.

Bei Spezialfonds wurden 58,9% (41,84 Mrd EUR) in Mischfonds investiert, gefolgt von Rentenfonds mit 30,9% (21,96 Mrd EUR). Nur ein relativ geringer Teil von 9,6% (6,85 Mrd EUR) war in Aktienfonds veranlagt. Ursache für den Überhang der Mischfonds ist die im Vergleich zu Publikumsfonds höhere Flexibilität in der Veranlagungsstrategie.

Kursgewinne von Jänner bis Ende Juni 2014 in Höhe von 4,2%

Von Anfang Jänner bis Ende Juni 2014 ergab sich eine kapitalgewichtete durchschnittliche Gesamtperformance aller österreichischen Investmentfonds (Publikumsfonds und Spezialfonds) von 4,2%. Dabei verzeichneten Aktienfonds Kursgewinne von 4,8%, Rentenfonds ein Plus von 4,5% und Misch-

fonds eine Performance von 3,9%. Immobilienfonds (+1,2%) und Hedgefonds (+0,9%) zeigten hingegen eine deutlich niedrigere Performance. Ein negatives Ergebnis zeigte mit -1,0% die Kategorie „Sonstige Fonds“ (Rohstofffonds, Fonds mit sehr spezifischem Investmentfocus etc.), die allerdings nur ein sehr geringes Volumen aufweist.

Analysen

Executive Summaries

Impact of the Transition to ESA 2010 on the Financial Accounts for Austria

Following the move to the European System of Accounts (ESA) 2010, which is based on revisions of the System of National Accounts 2008 (SNA 2008) and in the International Monetary Fund's 6th edition of the Balance of Payments Manual (BPM6), the treatment of financial assets and liabilities in the financial accounts has changed substantially. Holding companies (formerly classified under "non-financial corporations") and private foundations (formerly classified under "nonprofit institutions serving households") have been reclassified to the financial sector, resulting in important shifts between

the sectors. Publicly controlled entities have been reclassified to the government sector, resulting in a downward revision of the financial wealth and liabilities of corporations and of other financial institutions. In addition, pension entitlements reflecting commitments made by companies, banks and insurance companies and accrued in corporate-funded schemes are now recognized under additional financial assets of households. In the context of the move to ESA 2010, the time series for intercompany loans and trade credits of the corporate sector was expanded to cover the period 1995 to 2005.

Balance of Payments in the First Half of 2014

With a small surplus of EUR 0.3 billion in the first half of 2014, Austria's current account was essentially in balance. This result clearly reflects the impact of the weakness in global trade on Austria's economy. For 2014 as a whole, the OeNB expects a further deterioration of trade in goods, a contraction of the net services surplus, and moderate profits of Austrian outward direct investment. The Austrian current account, whose comfortable surplus in the past reflected Austria's competitive strength and enabled it to be an active

investor, is thus in a downtrend. The introduction of methodological changes to harmonize the Austrian balance of payments with revised international statistical specifications (the IMF's 6th Balance of Payments Manual, BPM6, and the European System of Accounts 2010, ESA 2010) has entailed structural changes and detailed adaptations in the Austrian current account without requiring any substantial revisions of the results published thus far. Routine periodical revisions were performed as usual.

Despite Balance Sheet Consolidation, Austrian Banks Record Some Deposit and Loan Growth Driven by Household Demand

The decline in banks' assets since 2011 continued on the back of shrinking interbank business. In response to the key interest rate cut of June 2014, deposit and lending interest rates diminished further, dropping to historical lows. Deposits nonetheless augmented moderately in Austria, reflecting in particular the recent

powerful growth of deposits by both mutual and social security funds. Lending to nonfinancial corporations began to rise again. Lending to households gained some momentum again, as demand for housing loans augmented. Furthermore, insurance products have become an increasingly popular investment option for households.

Austrian Banks' Lending Standards Ease Slightly

According to the quarterly euro area bank lending survey conducted in October 2014, Austrian banks slightly relaxed their credit standards for lending to enterprises and households in the third quarter of 2014. Looking ahead to the fourth quarter of 2014, respondents expect standards to be tightened marginally for loans to the corporate sector but to be eased somewhat for housing and consumer loans

to households. In the third quarter of 2014, Austrian banks reported a dip in the credit demand of companies but unchanged demand for loans on the part of households. Banks expect corporate demand for loans to remain stable in the fourth quarter of 2014. Households' appetite for housing loans is anticipated to diminish somewhat, but their demand for consumer loans is likely to grow marginally.

ITS on Supervisory Reporting/COREP: The New Prudential Requirements and Common Solvency Reporting

Regulation (EU) No 575/2013, i.e. the Capital Requirements Regulation (CRR), entered into force on January 1, 2014. The CRR establishes prudential requirements for credit institutions and investment firms with regard to own funds, own funds requirements, large exposures, liquidity, leverage and disclosure for the entire European Union. To provide a coherent reporting framework, all reporting requirements related to the new regulatory standards have been incorporated into the Common Solvency Reporting (COREP) framework of Commission Implementing Regulation (EU) No

680/2014, which lays down implementing technical standards (ITS) with regard to supervisory reporting of institutions according to the CRR. Regulation (EU) No 680/2014 with its common supervisory reporting framework supersedes the national reporting regulations pertaining to prudential requirements. COREP is organized in the form of templates (CA 1 bis CA 61). These templates, for which data are reported at different reporting intervals, contain the items on which supervised entities must report in specified areas.

Methodological Improvements in the HFCS in Austria

This study introduces and analyzes methodological improvements implemented in the second wave of the Household Finance and Consumption Survey (HFCS) in Austria. On the basis of the experience gained from the first survey wave, we refined in particular the questionnaire, the sample design, and the training of interviewers.

We see that the altered sample design increases the efficiency of the estimators resulting from the HFCS. The improvements made in the HFCS may also be used in other surveys to achieve enhancements in the survey design.

Auswirkungen der ESVG 2010-Umstellung auf die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung

Die Umstellung auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010) – basierend auf den Änderungen des System of National Accounts 2008 (SNA 2008) sowie des 6. Zahlungsbilanzmanuals (BPM6) des IWF – bedeutet eine massive Veränderung bei der Darstellung der finanziellen Vermögenswerte bzw. der Verpflichtungen in der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung (GFR). Massiv beeinflusst haben diese Verschiebungen zum einen die Umschichtung aus der Reklassifikation der Beteiligungsgesellschaften und Privatstiftungen von den volkswirtschaftlichen Sektoren „Nichtfinanzielle Unternehmen“ und „Privaten

Organisationen ohne Erwerbszweck“ zum Finanzsektor. Zum anderen führte die Reklassifikation von staatlich kontrollierten Einheiten zu einer Verringerung des Finanzvermögens und der Verbindlichkeiten der Unternehmen sowie der sonstigen Finanzinstitute. Darüber hinaus wurden direkte Leistungszusagen in Form von betrieblichen Pensionsrückstellungen von Unternehmen, Banken und Versicherungen als zusätzliches Finanzvermögen der Haushalte eingestellt. Zusätzlich wurde die Zeitreihe für innersektorale Kredite und Handelskredite des Unternehmenssektors auf die Periode 1995 bis 2005 erweitert.

Zahlungsbilanz im ersten Halbjahr 2014

Österreichs Leistungsbilanz wies im ersten Halbjahr 2014 einen geringen Überschuss in Höhe von 0,3 Mrd EUR aus, der de facto als ausgeglichenes Ergebnis interpretiert werden kann. Damit wird ersichtlich, dass die schwache Welthandelsdynamik deutliche Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft zeigt. Neben einer weiteren Eintrübung der Güterbilanz und einem gesunkenen Einnahmenüberschuss aus dem Dienstleistungsverkehr erwartet die OeNB für das Jahr 2014 eine mäßige Ertragsentwicklung bei heimischen Direktinvestitionen im Ausland. Die bislang deutlich positive Leistungsbilanz, Ausdruck der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und Voraus-

setzung für seine Rolle als aktiver Investor, folgt damit einem fallenden Trend. Methodische Neuerungen zur Harmonisierung der österreichischen Zahlungsbilanz gemäß internationalen Statistikvorgaben (6. Zahlungsbilanzmanual des IWF, BPM6, Europäisches System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010, ESVG 2010) führten zu strukturellen Änderungen und Detaillierungen der Leistungsbilanz, machten jedoch – abgesehen von regulär stattfindenden Revisionen – keine substanziellen Änderungen der bisher veröffentlichten Ergebnisse erforderlich.

Trotz Bilanzkonsolidierung der Kreditinstitute geringfügiges Wachstum von Einlagen und Krediten von privaten Haushalten

Der seit 2011 anhaltende Bilanzsummenrückgang setzte sich weiter fort, wofür der Zwischenbankverkehr verantwortlich war. In Folge der Leitzinssenkung im Juni 2014 sanken Einlagen- und Kreditzinssätze weiter. Trotz der historisch niedrigen Zinssätze kam es zu einem mäßigen Einlagenwachstum, das zuletzt von starken Zuwäch-

sen von Investmentfonds und Sozialversicherungsträgern geprägt war. Das Kreditwachstum nichtfinanzieller Unternehmen nahm wieder zu. Die Kredite an private Haushalte gewannen durch Wohnbalkredite wieder etwas an Dynamik. Versicherungen erfreuen sich steigender Beliebtheit bei privaten Anlegern.

Kreditrichtlinien der österreichischen Banken leicht gelockert

Die Ergebnisse der vierteljährlichen Umfrage über das Kreditgeschäft vom Oktober 2014 zeigen, dass die österreichischen Banken ihre Richtlinien für Kredite an Unternehmen und private Haushalte im dritten Quartal 2014 leicht gelockert haben. Für das vierte Quartal 2014 erwarten die Umfrageteilnehmer einerseits eine minimale Straffung der Kreditrichtlinien im Firmenkundenbereich, andererseits eine geringfügige Lockerung für Wohnbau- und Konsumkredite an private Haushalte. In Hinblick auf die Kreditnachfrage der

Unternehmen verzeichneten die befragten Banken im dritten Quartal 2014 einen geringfügigen Rückgang, die Kreditnachfrage der privaten Haushalte blieb stabil. Für das laufende Quartal erwarten die Banken keine Veränderung der Kreditnachfrage der Unternehmen, während im Privatkundengeschäft ein geringfügiger Rückgang der Nachfrage nach Wohnbalkrediten und ein minimaler Anstieg der Nachfrage nach Konsumkrediten erwartet werden.

ITS on Supervisory Reporting/COREP: Ordnungsnormen NEU

Seit 1. Jänner 2014 ist die Capital Requirements Regulation (CRR), d. i. die Verordnung (EU) Nr. 575/2013, in Kraft. Die CRR regelt die Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen im Hinblick auf Eigenmittel, Eigenmittelanforderungen, Großkredite, Liquidität, Verschuldung und Offenlegung innerhalb der gesamten Europäischen Union. Begleitend dazu werden sämtliche Meldebestimmungen, die diesen Ordnungsnormen entsprechen, im Bereich Common Solvency Reporting (COREP) des Implementing Technical Standard (ITS) on Supervisory Reporting, d. i.

die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 680/2014 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die aufsichtlichen Meldungen der Institute gemäß der CRR, festgelegt. Sie lösen die nationalen Meldeverordnungen zu den Ordnungsnormen ab. COREP ist in Schaubilder (CA 1 bis CA 61) gegliedert, welche die Meldepositionen zu den jeweiligen Teilbereichen enthalten; diese Schaubilder wiederum werden zu nationalen Meldebelegen (mit unterschiedlicher Meldefrequenz) zusammengefasst.

Methodische Verbesserungen im HFCS Austria

In dieser Studie werden die methodischen Verbesserungen der zweiten Welle des Household Finance and Consumption Survey (HFCS) Austria vorgestellt und analysiert. Die in der ersten Welle gewonnenen Erfahrungen wurden genutzt, um Optimierungen insbesondere im Bereich des Fragebogens sowie des Stichprobendesigns und der Schulung der Interviewer vorzunehmen. Es zeigt sich, dass auf Basis

des veränderten Stichprobendesigns die Effizienz der aus dem HFCS resultierenden Schätzer erhöht werden kann. Andere Erhebungen können durch das Verständnis der im HFCS durchgeführten Adaptierungen profitieren, indem sie die angewendeten Lösungsansätze übernehmen.

Auswirkungen der ESVG 2010-Umstellung auf die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung

Wesentliche Änderungen des Volumens und in der Struktur des Finanzvermögens bzw. der Verpflichtungen zwischen 1995 und 2013

Michael Andreasch,
Nicole Schnabl,
Matthias Wicho,
Stefan Wiesinger,
Gerald Wimmer¹

Die Umstellung auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010) – basierend auf den Änderungen des System of National Accounts 2008 (SNA 2008) sowie des 6. Zahlungsbilanzmanuals (BPM6) des IWF – bedeutet eine massive Veränderung bei der Darstellung der finanziellen Vermögenswerte bzw. der Verpflichtungen in der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung (GFR). Massiv beeinflusst haben diese Verschiebungen zum einen die Umschichtung aus der Reklassifikation der Beteiligungsgesellschaften und Privatstiftungen von den volkswirtschaftlichen Sektoren „Nichtfinanzielle Unternehmen“ und „Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck“ zum Finanzsektor. Zum anderen führte die Reklassifikation von staatlich kontrollierten Einheiten zu einer Verringerung des Finanzvermögens und der Verbindlichkeiten der Unternehmen sowie der sonstigen Finanzinstitute. Darüber hinaus wurden direkte Leistungszusagen in Form von betrieblichen Pensionsrückstellungen von Unternehmen, Banken und Versicherungen als zusätzliches Finanzvermögen der Haushalte eingestellt. Zusätzlich wurde die Zeitreihe für innersektorale Kredite und Handelskredite des Unternehmenssektors auf die Periode 1995 bis 2005 erweitert.

1 Internationale Vorgaben

Das SNA 2008 berücksichtigt 44 Bereiche, in denen Änderungen gegenüber dem SNA 1993 vorgenommen wurden. Die Adaptierungen betreffen insbesondere:

- die Darstellung von Forschung und Entwicklung als Investition
- Änderungen in der Abgrenzung von Gütern und Dienstleistungen in den Ex- und Importen
- die geänderte Berechnungsbasis für Großschäden bei Versicherungsleistungen
- die Änderung bzw. Erweiterung in den Klassifikationen von volkswirtschaftlichen Sektoren einschließlich der Abgrenzung zum Sektor Staat

- ein umfassendes Pensionskonto für kapitalgedeckte und Pay-as-you-go-Pensionssysteme.

Darüber hinaus fließen auch die Änderungen der Zahlungsbilanzstatistik durch die Umstellung auf das sechste Zahlungsbilanzmanual des IWF (BPM6) ein. Dieses Manual wurde in Analogie zum SNA 2008 überarbeitet, wobei die Änderungen vor allem die Komponenten der Leistungsbilanz und der Direktinvestitionen betreffen.²

Die internationalen Änderungen wurden in das ESVG 2010³ transformiert und für europäische Verhältnisse adaptiert. Dazu zählt insbesondere das Kapitel 20 zum Sektor Staat, in das bisherige Regelungen aus dem „Manual

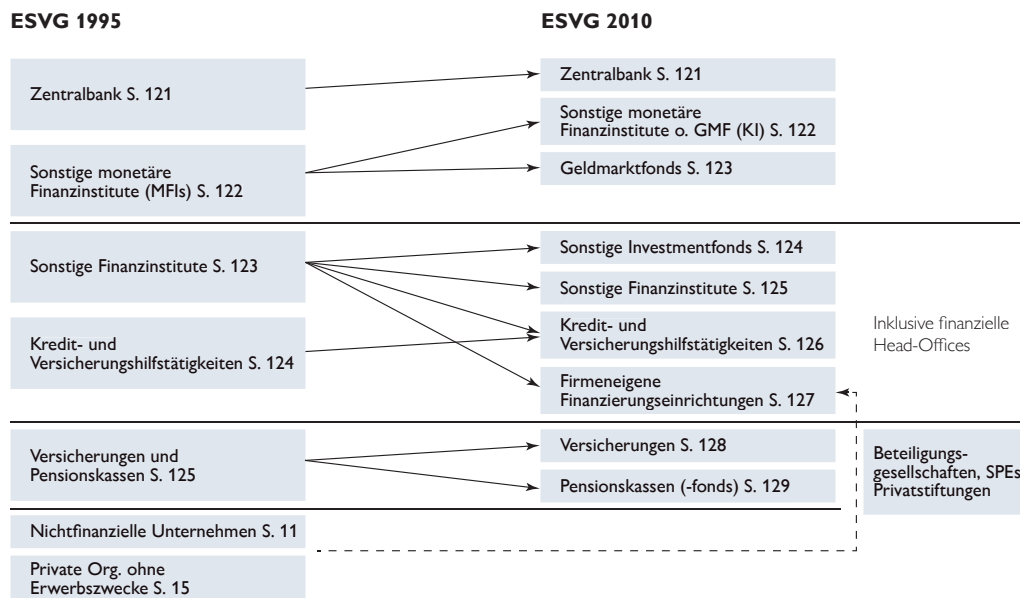
¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, michael.andreasch@oenb.at, nicole.schnabl@oenb.at, matthias.wicho@oenb.at, stefan.wiesinger@oenb.at, gerald.wimmer@oenb.at

² Siehe dazu auch den Beitrag „Zahlungsbilanz im ersten Halbjahr 2014“ im vorliegenden Heft bzw. den Beitrag „Revision der Leistungsbilanz“ in der Ausgabe Q1/14 der Publikationsreihe Statistiken – Daten & Analysen.

³ Siehe insbesondere die von Eurostat http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/esa_2010/introduction bzw. der EZB <http://www.ecb.europa.eu/stats/acc/ESA2010/html/index.en.html> eingerichteten Internetinformationen.

Grafik 1

Unterschiede im Bereich der volkswirtschaftlichen Sektoren zwischen ESVG 1995 und ESVG 2010



Quelle: OeNB.

on Government Deficit and Debt“ übernommen wurden bzw. die Definitionen von „Beteiligungsgesellschaften“ bzw. „Managementgesellschaften“ in Kapitel 2, die auf europäischer Ebene harmonisiert werden sollen.

Inhaltlich haben diese Änderungen des ESVG 2010 neben den Auswirkungen auf die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und der Staatsschuld laut budgetärer Notifikation auch massive Auswirkungen auf das Volumen und die Struktur der finanziellen Konten der nichtfinanziellen Unternehmen, der Haushalte, der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sowie der sonstigen finanziellen Institutionen.

Grafik 1 zeigt die systematischen Veränderungen der volkswirtschaftlichen Sektoren aus dem Wechsel von ESVG 1995 zu ESVG 2010. Darin ist deutlich erkennbar, dass durch die erweiterte und umgeschichtete Darstellung der „Finanzintermediation“ der

Teilbereich der sonstigen Finanzinstitute (inklusive der Kredit- und Versicherungshilfstätigkeiten) in vier Teilbereiche aufgesplittet wurde. Außerdem wurden Komponenten innerhalb dieses Teilbereichs verschoben und insbesondere Beteiligungsgesellschaften (Holdings) und Special Purpose Entities (SPEs) für grenzüberschreitend agierende Beteiligungsgesellschaften ohne wesentliche Wertschöpfung in Österreich aus dem Unternehmenssektor in den Finanzsektor transformiert. Österreichspezifisch kommt noch dazu, dass Privatstiftungen, die bisher im Sektor „Private Organisationen ohne Erwerbszweck“ klassifiziert wurden, Teil des im ESVG 2010 geschaffenen Subsektors „Firmeneigene Finanzierungseinrichtungen“ sind.

2 Adaptierungsschritte in Österreich

Ausgehend von diesen Änderungen der internationalen Vorgaben wurden in

Österreich die Umsetzungen für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einschließlich der Finanzkonten (dargestellt in der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung, GFR) und der Zahlungsbilanz (einschließlich Internationaler Vermögensposition, IVP) bis Ende September 2014 aufbereitet und entsprechende Datensendungen an Eurostat und EZB vorgenommen.

Grafik 1 zeigt das Volumen der Verschiebungen sowie die wesentlichen Bestimmungsgrößen für die genannten volkswirtschaftlichen Sektoren und macht deutlich, dass durch die Verschiebungen der Aggregate die volkswirtschaftliche Analyse deutlich beeinflusst wird.

Das Finanzvermögen der nicht-finanziellen Unternehmen ging – zum Stichtag Ultimo 2013 – von 506 Mrd

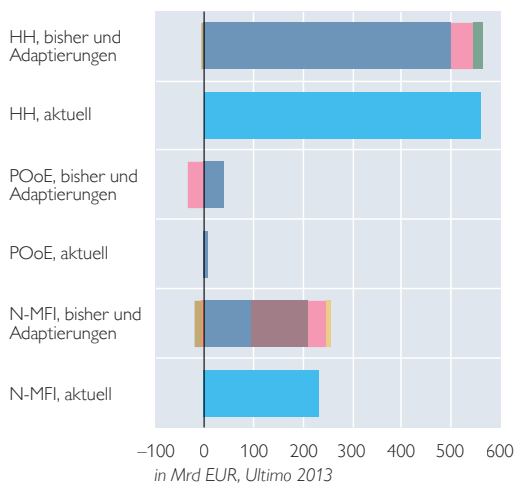
EUR um 18% bzw. 90 Mrd EUR auf 415 Mrd EUR zurück. Gleichzeitig reduzierten sich auch die Verbindlichkeiten von 764 Mrd EUR um 16% oder 124 Mrd EUR auf 641 Mrd EUR. Die wesentlichen Bestimmungsfaktoren sind die Umschichtung von staatlich kontrollierten Einheiten in den Staatssektor und die Reklassifikation von Beteiligungsholdings und SPEs.

Das Finanzvermögen der Haushalte stieg von den bisher zum Ultimo 2013 berechneten 498 Mrd EUR um 12% bzw. 59 Mrd EUR auf 557 Mrd EUR, während jenes der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck von 42 Mrd EUR um 33 Mrd EUR auf 9 Mrd EUR zurückging. Hier spielt die Umschichtung der Privatstiftungen eine entscheidende Rolle. Die Inkludierung der betrieblichen Pensionsrückstellung aus

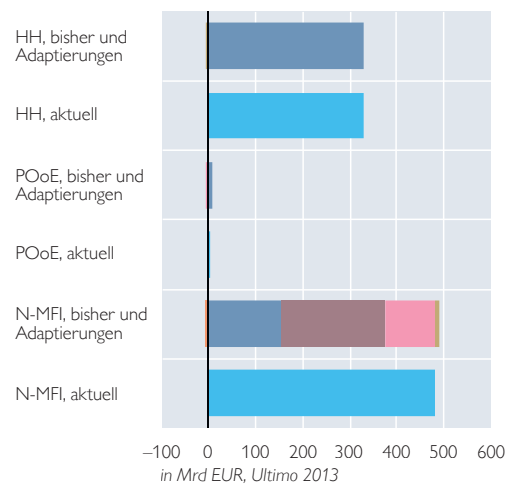
Grafik 2

Verschiebungen in den Vermögensbilanzen ausgewählter Sektoren

Aktivseite, wesentliche Komponenten



Passivseite, wesentliche Komponenten



- Neuer Wert
- Sonstige Adaptierungen
- Finanzleasingkredite
- Pensionsrückstellungen
- Wegfall Rerouting von Verbindlichkeiten
- Forderungen aus Wohnbaudarlehensverkäufen
- Privatstiftungen
- SPEs, Holdings
- Bisheriger Wert

- Neuer Wert
- Sonstige Adaptierungen
- Finanzleasingkredite
- Pensionsrückstellungen
- Verbindlichkeiten staatlich kontrollierter Einheiten
- Privatstiftungen
- SPEs, Holdings
- Bisheriger Wert

Quelle: OeNB.

Anmerkung: NFU = nichtfinanzielle Unternehmen, HH = Haushalte, POoE = Private Organisationen ohne Erwerbszweck, N-MFI = Nicht-monetäre Finanzinstitute ohne Investmentfonds.

der zweiten Säule der Altersvorsorge macht sich ebenfalls deutlich bemerkbar.

Die Verschiebung von Holdings inklusive SPEs wie auch Privatstiftungen in den finanziellen Sektor war maßgeblich für die Veränderung des Finanzvermögens der nichtmonetären Finanzinstitute ohne Investmentfonds (definiert als Kombination der Sektoren sonstige Finanzinstitute⁴, Kredit- und Versicherungshilfstätigkeiten sowie firmeneigene Finanzierungseinrichtungen⁵) um 150% auf 233 Mrd EUR bzw. der Verbindlichkeiten um 210% auf 240 Mrd EUR verantwortlich. Zur Einschätzung der Größenordnung: Das Finanzvermögen aller Investmentfonds lag Ende 2013 bei 150 Mrd EUR, jenes der Versicherungen und Pensionskassen in Summe bei 129 Mrd EUR.

Im Detail wurden in den nachstehend angeführten Bereichen Änderungen vorgenommen.

2.1 Reklassifikation von Beteiligungsgesellschaften und SPEs

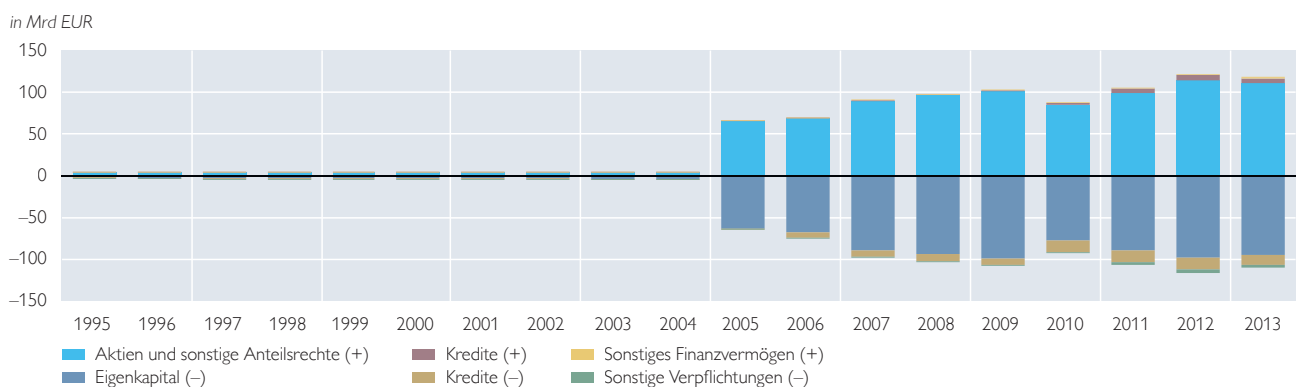
Finanzielle Kapitalgesellschaften umfassen laut ESVG 2010 nun auch die insti-

tutionelle Einheit " Holdinggesellschaften, deren Hauptfunktion im Halten von Aktiva einer Gruppe von Tochterunternehmen besteht". Die Ausrichtung der Gruppe kann dabei finanziell oder nichtfinanziell sein; die Einstufung der Holdinggesellschaften als firmeneigene Finanzierungseinrichtung wird davon nicht berührt. Hintergrund dieses neuen Konzepts ist, dass (meist) konzerninterne Beteiligungseinheiten keine typischen nichtfinanziellen Unternehmen darstellen. Um jene firmeneigenen Finanzierungseinrichtungen sowie Kapitalgeber nicht weiter in Aggregaten des Unternehmenssektors berücksichtigen zu müssen, werden diese zukünftig in den Finanzsektor eingebucht. Die Umschichtung von Holdings sowie SPEs in den Finanzsektor stammt somit zur Gänze von nichtfinanziellen Unternehmen.

Die Erhöhung der Vermögenswerte des Finanzsektors aus der geänderten Berechnung ergibt zum Jahresultimo 2013 einen Wert von fast 140 Mrd EUR. Davon entfallen fast 118 Mrd EUR auf grenzüberschreitend tätige SPEs und inländische Beteiligungsgesell-

Grafik 3

Finanzvermögen und Verbindlichkeiten von Beteiligungsgesellschaften und SPEs



⁴ Finanzleasinggesellschaften, Verbriefungsgesellschaften, Clearinghäuser, Venture Capital Unternehmen.

⁵ Sparkassenstiftungen, Privatstiftungen, Holdings, SPEs und firmeneigene Finanzierungsgesellschaften.

schaften. Da sowohl Holdings als auch SPEs hauptsächlich Beteiligungen halten (2013: 111,3 Mrd EUR) wirkt sich die Reklassifizierung dieser Einheiten kaum auf andere Instrumente des Finanzvermögens des Unternehmenssektors aus.

Mit der Gründung der ersten SPEs in Österreich im Jahr 2005 schnellte das Volumen dieser Unternehmenskategorie deutlich nach oben. Die Vermögenswerte stiegen von 2005 bis zum Jahresultimo 2013 um 81 % (oder 65 Mrd EUR) auf 118 Mrd EUR an.

Auf der Verpflichtungsseite ergibt sich für die Zeitreihe ein ähnliches Bild. Durch die Reklassifizierung von Holdings und SPEs entstehen große Verschiebungen zwischen nichtfinanziellen Unternehmen und sonstigen Finanzinstituten. Zu Jahresende 2013 erhöhen sich die Verbindlichkeiten des Finanzsektors aus der Umschichtung von Beteiligungsgesellschaften und SPEs um rund 110 Mrd EUR. Sowohl Holdings als auch SPEs verbuchen auf ihrer Passivseite hauptsächlich Eigen-

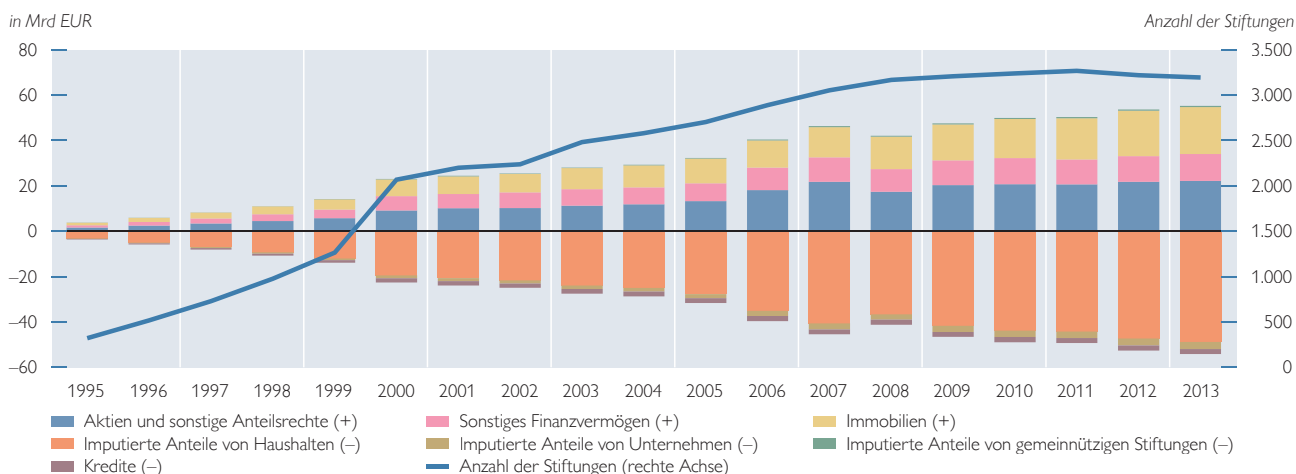
kapital (zum Jahresultimo 2013 rund 95 Mrd EUR) das vom nichtfinanziellen Unternehmenssektor in den Finanzsektor umgebucht wird. Diese Reklassifikation hat neben einem starken Niveaueffekt vor allem Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Schuldenstand und Eigenkapital. Das Verhältnis betrug zum Stichtag Ende 2013 nach der bisherigen Berechnung auf Basis des ESVG 1995 rund 100%, während es nach der Reklassifizierung fast 117% ausmachte.

2.2 Reklassifikation von Privatstiftungen

Die Reklassifikation von Privatstiftungen⁶, ebenfalls in den – im ESVG 2010 neu definierten – Subsektor „firmeneigene Kapitalgeber“, der auch Trusts und stiftungsähnliche Konstruktionen einschließt, ist ein zweiter wesentlicher Grund für den Anstieg der Vermögenswerte und der Verbindlichkeiten der sonstigen Finanzinstitute (wie in Grafik 2 veranschaulicht). Die Privatstiftung ist in der Regel durch ihre Aktivitäten

Grafik 4

Finanzvermögen und Verbindlichkeiten von Privatstiftungen



Quelle: VÖP, OeNB (inkl. eigene Schätzungen).

⁶ Die Reklassifikation erfolgte aus dem Unternehmens- und Haushaltssektor bis zur Berichtsperiode 2005 und danach aus dem Sektor „Private Organisationen ohne Erwerbszweck“, denn erst mit dem Umstieg auf das neue Meldesystem für die Zahlungsbilanz und das Wertpapiererhebungssystem ab dem Berichtsjahr 2006 wanderten Privatstiftungen in den Sektor „Private Organisationen ohne Erwerbszweck“.

zum Kapitalerhalt bzw. der Kapitalvermehrung bestimmt und agiert wirtschaftlich betrachtet ähnlich einem Investmentfonds. Gleichzeitig mit der Reklassifikation wird unterstellt, dass die Begünstigten an diesen Stiftungen „imputierte“ Anteilsrechte besitzen. 93% davon entfallen auf Haushalte, 1% auf gemeinnützige Stiftungen und 6% auf Stiftungen, die nichtfinanzielle Unternehmen als Begünstigte haben. Von dieser Reklassifikation nicht betroffen sind Sparkassenstiftungen, die aber ebenfalls in dem – im ESVG 2010 neudefinierten – Subsektor „firmeneigene Kapitalgeber“ enthalten sind. Privatstiftungen haben ein Nettofinanzvermögen in der Größenordnung von rund 32 Mrd EUR (nach Abzug der Kredite) und einen geschätzten Immobilienbesitz in Höhe von rund 20 Mrd EUR, der allerdings nicht in den finanziellen Konten der VGR ausgewiesen wird. Daraus ergeben sich Anteile in Höhe von 52 Mrd EUR zum Jahresultimo 2013, die nach dem oben angeführten Schlüssel aufgeteilt wurden. Die starke Erhöhung der Anzahl der Privatstiftungen insbesondere zur Jahrtausendwende und des damit in Privatstiftungen eingebrachten Vermögens ist auf steuerliche Änderungen zurückzuführen. Seit dem Jahr 2011 stagniert hingegen die Zahl der Privatstiftungen, womit auch der Zuwachs des Stiftungsvermögens geringer ausfiel.

2.3 Reklassifikation von öffentlich-kontrollierten Einheiten in den Staatssektor

Die konzeptionellen Änderungen im ESVG 2010 in Bezug auf die Abgrenzung des Staatssektors haben bedeutenden Einfluss auf die Hauptaggregate und die Struktur der finanziellen Konten des Unternehmenssektors. Statistik Austria hat im Zuge der Implementierung der neuen Regeln des ESVG

2010 rund 1400 öffentlich kontrollierte Unternehmen in den Staat reklassifiziert. Neben, gemessen an ihren finanziellen Forderungen und Verbindlichkeiten, sehr bedeutenden Einheiten wie z. B. ÖBB-Infrastruktur AG, ÖBB-Personenverkehr AG, Bundesimmobiliengesellschaft, Wiener Linien GmbH & Co KG, Krankenanstalten und diversen Holdinggesellschaften auf Länderebene wurden auch knapp 1300 ausgegliederte Gemeindeeinheiten neu dem Staat zugeordnet. Zusätzlich wurde die Blue Danube Loan Funding (Verbriefungsgesellschaft der vom Land Niederösterreich angekauften Wohnbaudarlehen) und die entsprechende Vermögensverwaltung in den Staatssektor reklassifiziert.

Die Reklassifikationen beeinflussen erheblich die Verschuldungsstruktur der Unternehmen bzw. ändern die Beteiligungsverflechtungen des Unternehmenssektors.

Imputierte Kreditforderungen an den Staat fallen weg

Gemäß Konzeptvorgabe des ESVG 1995 mussten die Schulden der Krankenanstalten und Teile der ÖBB-Schulden als Schuldaufnahmen des Staates dargestellt werden, da der Staat de facto die Tilgungsverpflichtungen übernommen hatte, wodurch aus buchungstechnischen Gründen eine Kreditforderung des Unternehmenssektors an den Staat darzustellen war (Rerouting). Mit der Reklassifikation dieser Einheiten in den Staatssektor ist diese Imputation nun nicht mehr notwendig und die entsprechende Kreditforderung der Unternehmen an den Staat wurde eliminiert (rund 11 Mrd EUR zum Jahresultimo 2013).

Wertpapier- und Kreditverpflichtungen gehen an den Staat

Zum Jahresende 2013 betrug der Marktwert der Emissionen verzinslicher

Wertpapiere von Unternehmen, die in den Staatssektor reklassifiziert wurden, rund 22 Mrd EUR.⁷ Das sind rund 35 % der bisher für den Unternehmenssektor dargestellten Unternehmensanleihen. Der mit Abstand bedeutendste Emittent ist die ÖBB-Infrastruktur AG mit einem marktbewerteten Emissionsvolumen von rund 16 Mrd EUR. Weitere bedeutende Emittenten sind die Bundesimmobiliengesellschaft und diverse Krankenanstalten. Wertpapieremissionen dieser Einheiten dienten vor allem der langfristigen Finanzierung – beinahe das gesamte per Ende 2013 aushaftende Emissionsvolumen (rund 21 Mrd EUR) hatte eine Ursprungslaufzeit von über 5 Jahren. Rund 75 % des Emissionsvolumens der reklassifizierten Einheiten (rund 16 Mrd EUR) waren zum Jahresultimo 2013 in der Hand ausländischer Gläubiger. Durch den Wegfall dieser Emissionen als Corporate Bonds verringerte sich der Auslandsanteil der Gläubiger von Unternehmensanleihen von 66 % auf 60 %. Ausländische Gläubiger sind somit auch nach Umstellung auf das ESVG 2010 der bedeutendste Gläubigersektor von Unternehmensanleihen; gleichzeitig blieb der Anteil des Auslands an Staatspapieren, ungeachtet der Reklassifikation, unverändert bei 75 %.

Die Kreditverpflichtungen der in den Staat reklassifizierten Einheiten betragen zum Jahresende 2013 knapp 12,5 Mrd EUR, wobei der Großteil dieser Kreditverpflichtungen gegenüber österreichischen Banken aushaftend war.

Aktive und passive participationsstruktur von reklassifizierten Unternehmen

Durch die Reklassifikation veränderten sich auch die participationsverflechtungen

des Unternehmens- und des Staatssektors⁸. In Summe wurden Unternehmen mit einem Eigenkapitalwert von rund 24 Mrd EUR in den Staatssektor reklassifiziert. Von diesem Volumen stammen rund 10 Mrd EUR Eigenkapitalwerte (ohne Aktiengesellschaften) von Einheiten, die kein übergeordnetes Mutterunternehmen haben und somit direkt im Eigentum von Staatseinheiten stehen. Aufgrund der Reklassifizierung wurden diese Eigenkapitalwerte daher nach ESVG 2010 als innersektorale participations des Staates dargestellt.

Der Großteil des Volumens dieser Anteilsrechte kann auf einen relativ kleinen Kreis von Unternehmen zurückgeführt werden. Die für Anteilsrechte wesentlichsten reklassifizierten Einheiten ohne Mutterunternehmen sind einerseits die Bundesimmobiliengesellschaft und andererseits diverse Krankenanstalten. Neben dem Anstieg von rund 10 Mrd EUR aus innersektoralen Staatsparticipations ist auch die vormals unbedeutende participations von Unternehmen am Staatssektor signifikant angestiegen. Davon betroffen sind sowohl nichtbörsennotierte Aktiengesellschaften als auch GmbHs. Der Grund für den starken Anstieg von participations am Staat liegt an neu entstandenen Dreiecksbeziehungen. Die wichtigsten davon betroffenen Unternehmen sind die ÖBB Infrastruktur AG, die ÖBB Personenverkehr AG, die Wiener Linien GmbH & Co KG und die NÖ Landesparticipations GmbH. Dabei handelt es sich um Unternehmen, deren übergeordnete Einheiten (Mütter) im Unternehmenssektor angesiedelt sind, während sie selbst in den Staatssektor reklassifiziert wurden. Der Staat hält

⁷ Die Emissionen stiegen zwischen 2006 und 2013 von 8,7 Mrd EUR auf 22,0 Mrd EUR an. Von der Reklassifikation nicht betroffen ist die Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFINAG).

⁸ Sämtliche Ausführungen zur Veränderung von Anteilsrechten bei Unternehmen durch diverse Reklassifizierungen in den Staatssektor basieren auf ausgewerteten Daten zum Jahresultimo 2012, da eine detaillierte Auswertung zu aktuellsten Bilanzdaten auf Einzelunternehmensbasis erst mit einer gewissen Verzögerung möglich ist.

dadurch indirekt – über Tochtergesellschaften im Unternehmenssektor – staatliche Einheiten in der Größenordnung von rund 14 Mrd EUR.

2.4 Vollständige Darstellung der zweiten Säule der Altersvorsorge

Eine wesentliche Ergänzung der Daten zur zweiten Säule der Altersvorsorge, die im ESVG 1995 durch die Ansprüche gegenüber betrieblichen und überbetrieblichen Pensionskassen dargestellt wird, sind die Daten zu den Pensionsrückstellungen von nichtfinanziellen Unternehmen, Banken und Versicherungen als Arbeitgeber in Form von direkten Leistungszusagen. In Kooperation mit Statistik Austria wurde eine vollständige Zeitreihe ab der Referenzperiode 1995 aufgebaut. Die direkten Leistungszusagen erhöhen die Verbindlichkeiten der oben angeführten Unternehmen einerseits und das Finanzvermögen der Haushalte andererseits. Zum Jahresultimo 2013 betrug der bilanzielle Wert dieser Rückstellungen rund 16,2 Mrd EUR. Darüber hinaus wurden

Verbindlichkeiten aus der betrieblichen Kollektivversicherung in der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung durch die Reklassifikation des Finanzierungsinstruments „Lebensversicherung“ in „Ansprüche gegenüber Altersvorsorgeeinrichtungen“ berücksichtigt. Die seit dem Jahr 2005 bestehende Altersvorsorgeeinrichtung der Versicherungen bildete zum Ultimo 2013 einen Wert in Höhe von rund 0,6 Mrd EUR.

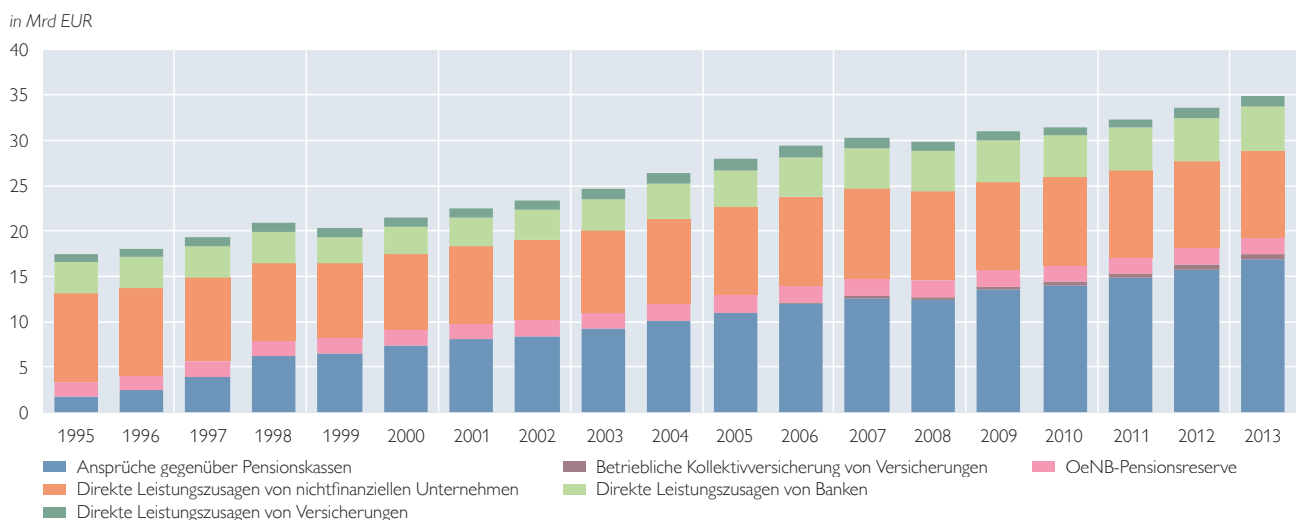
Die Daten im Zeitvergleich zwischen 1995 und 2013 zeigen, dass sich der Anteil zwischen den direkten Leistungszusagen von Unternehmen, Banken (inkl. OeNB) und Versicherungen einerseits und den kapitalgedeckten Pensionsansprüchen bei Pensionskassen und ab 2006 bei Versicherungen andererseits vom Verhältnis von 9:1 auf 1:1 deutlich verschoben haben.

2.5 Sonstige Änderungen in der Zahlungsbilanzstatistik mit Auswirkungen auf das Außenkonto in der GFR

Zu diesen Änderungen zählen vor allem die Einbuchung der Verbindlichkeiten

Grafik 5

Zusammensetzung der Pensionsrückstellungen für private Haushalte



aus der Zuteilung von Sonderziehungsrechten (per Ultimo 2013 belaufen sie sich auf 1,9 Mrd EUR) sowie die Rückrechnung der Garantiedepots von Versicherungen aus dem Rückversicherungsgeschäft einschließlich der verbesserten Datenlage für ausländische Lebensversicherungen und Rückversicherungen. Darüber hinaus führte die Einbuchung von reinvestierten Gewinnen von Investmentfonds zu Änderungen ebenso wie die Umwandlung vom Erwerb von Anteilsrechten in Kapitaltransfers des Staates in Zusammenhang mit der Beteiligung an bestimmten internationalen Finanzinstitutionen.

2.6 Zusätzliche Revisionsarbeiten

Darüber hinaus wurden im Zuge der Revisionsarbeiten auch Datenreihen komplettiert, die unabhängig von der Umstellung auf das ESVG 2010 erfolgten.

Dazu zählen insbesondere:

- Die Berechnung der Finanzkredite und der Handelskredite zwischen inländischen Unternehmen, bezogen auf die Referenzperioden 1995 bis 2005. Die Finanzkredite bewegen sich in der Größenordnung von 16 Mrd EUR (1995) und 28 Mrd EUR (2005), die ausstehenden Handelskredite innerhalb des Unternehmenssektors betragen 3,8 Mrd EUR 1995 und 13,4 Mrd EUR im Jahr 2005. In einer Bruttobetrachtung erhöhen sich damit sowohl das Finanzvermögen als auch die Verbindlichkeiten des Unternehmens aus diesen Berechnungen für die Jahre 1995 bis 2005. Für die Jahre ab 2006 waren die Werte bereits Bestandteil der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung.
- Berechnung der Finanzleasingkredite zwischen Leasinggesellschaften und nichtfinanziellen Unternehmen. Die Leasinggesellschaften, die als sonstige Finanzinstitute klassifiziert sind, hatten aushaftende Leasingkredite

zwischen 1,6 Mrd EUR (1995) und 6,5 Mrd EUR (2013). Die Kreditgewährungen von sonstigen Leasinggesellschaften bewegten sich im gleichen Zeitraum zwischen 0,5 Mrd EUR und 2 Mrd EUR.

3 Ergebnisse aus den Revisionen

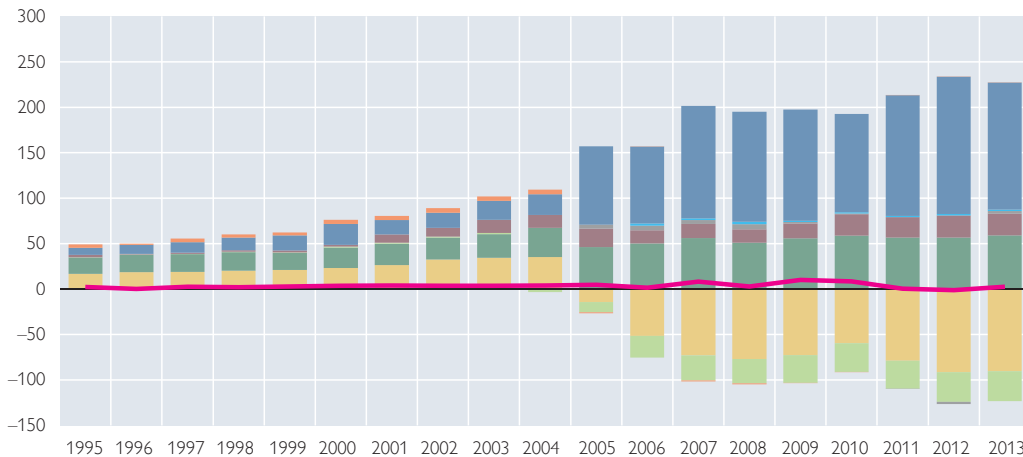
Die Revisionen aus allen vorgenannten Bereichen ergeben für das Jahr 1995 Veränderungen in der Größenordnung von rund 50 Mrd EUR, die sich auf knapp mehr als 100 Mrd EUR (per saldo) für das Berichtsjahr 2013 verdoppeln. Eine ähnliche Entwicklung ist auf der Passivseite zu beobachten. Die größten Veränderungen ergeben sich zwischen inländischen Sektoren. Die Finanzbeziehungen mit dem Ausland haben sich auf beiden Bilanzseiten über die ganze Beobachtungsperiode von 1995 bis 2013 nicht wesentlich verändert. Damit bleibt die Nettovermögensposition gegenüber dem Ausland fast unverändert. Die Rückrechnung der innersektoralen Handelskredite und Finanzkredite zwischen inländischen Unternehmen ist für die Periode 1995 bis 2005 ein ebenso markanter Revisionspunkt wie die Umschichtung des Finanzvermögens zwischen Unternehmen und Haushalten durch die Reklassifikation der Privatstiftungen. Die Reklassifikation der Privatstiftungen ist am Zuwachs des Finanzvermögens des Finanzsektors deutlich erkennbar. Darüber hinaus spielen die grenzüberschreitend tätigen SPEs eine wesentliche Rolle für die Vermögensverschiebungen, die sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite zu beobachten sind. Die Reklassifikation von finanziellen Vermögenswerten, aber noch mehr von Verbindlichkeiten staatlich kontrollierter Einheiten, zeigt eine deutliche Erhöhung der Werte für den Staat und entsprechende Rückgänge insbesondere beim Sektor „Nichtfinanzielle Unternehmen“.

Grafik 6

Veränderungen im Finanzvermögen und Verbindlichkeiten der einzelnen volkswirtschaftlichen Sektoren

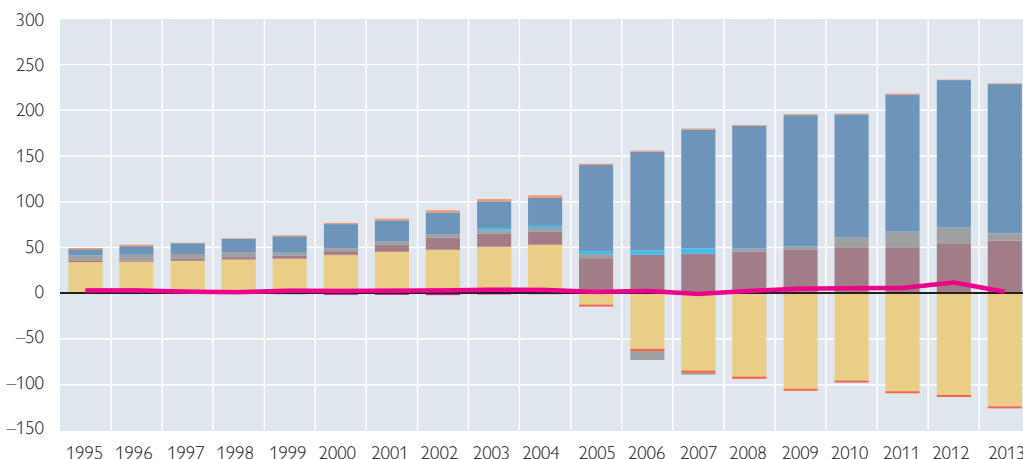
Finanzvermögen

Bestände in Mrd EUR



Verbindlichkeiten

Bestände in Mrd EUR



- Nachrichtlich: Finanzbeziehungen mit dem Ausland
- Nichtmonetäre Finanzinstitute ohne Investmentfonds
- Monetäre Finanzinstitute
- Private Organisationen ohne Erwerbszweck
- Nichtfinanzielle Unternehmen
- Versicherungen und Pensionskassen
- Investmentfonds ohne GMF
- Staat
- Private Haushalte

Quelle: OeNB.

Anmerkung: Veränderung zwischen den Daten laut ESVG 2010 einschließlich sonstiger Adaptierungen und bisherigen Berechnungen (Stand Juli 2014).

Erwartungsgemäß sind die Änderungen bei den anderen volkswirtschaftlichen Sektoren wie Banken (einschließlich der OeNB), Investmentfonds und Versicherungen relativ klein, wenn man von den Erhöhungen der Verbindlichkeiten aus den Pensionsrückstellungen absieht.

Die Veränderungen sind in den Bestandsgrößen deutlich stärker zu beobachten als in den Transaktionsgrößen, wengleich die hohe Volatilität in den Finanzwerten (aktiv- und passivseitig) von SPEs auch hier selektiv eine Rolle spielt und sich insbesondere auf die Jahre 2005, 2007 und 2010 auswirkt.

Die Niveau- und Strukturveränderungen drücken sich auch im geänderten Ergebnis von Kennzahlen aus. So verringerte sich das Finanzvermögen in absoluten Werten in Relation zum BIP aufgrund der BIP-Erhöhung. Diese geringfügige Reduktion wurde durch die Hinzurechnung der imputierten Anteile an Privatstiftungen und der Ansprüche aus der direkten Leistungszusage mehr als deutlich kompensiert. Das Finanzvermögen in Relation zum BIP stieg aufgrund der Umstellung auf das ESVG 2010 in den Jahren 1995 bis 2005 in einer Bandbreite von 6 % und 15 % an. Kaum Auswirkungen hatten die Veränderungen auf die Kreditschulden der Haushalte. Hier wirkt lediglich die BIP-Erhöhung dämpfend. Die Veränderungen in der Sektorzusammensetzung⁹ und der Einbeziehung der direkten

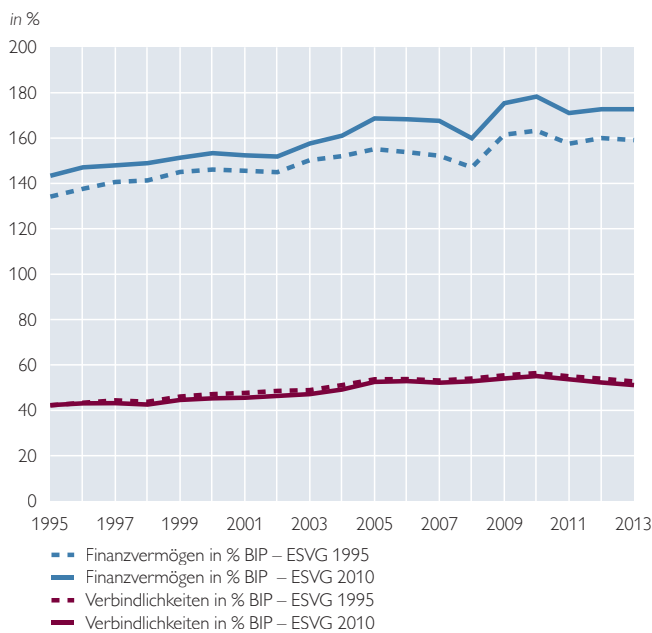
Leistungszusagen aus Pensionsrückstellungen bewirken aber auch Änderungen in realwirtschaftlichen Größen. Insbesondere das „volkswirtschaftliche Sparen“ ist durch die laufende Erhöhung der Beiträge (abzüglich der Leistungen) der direkten Leistungszusage stärker als das nettoverfügbare Einkommen betroffen, wodurch sich die Sparquote erhöht.

Noch deutlicher sind die Umschichtungen im Unternehmenssektor erkennbar. Die Verschiebung der Verbindlichkeiten der staatlich kontrollierten Einheiten in den Staatssektor und die Reklassifikation von Beteiligungsgesellschaften und SPEs in den Finanzsektor drücken die Quote in Relation zum BIP (neben der oben angesprochenen BIP-Erhöhung). Am aktuellen Rand bedeutet dies eine Verringerung dieser Quote von

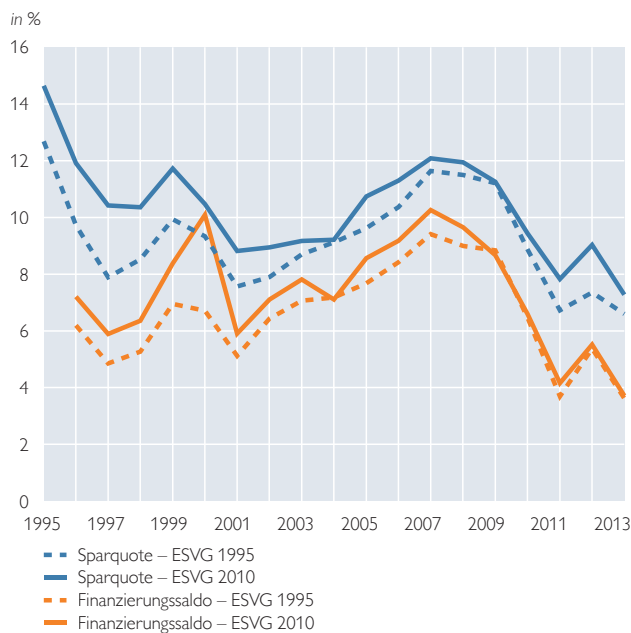
Grafik 7

Private Haushalte

Finanzvermögen und Verbindlichkeiten



Sparquote, Finanzierungssaldo



Quelle: Statistik Austria, OeNB.

⁹ Insbesondere durch den Anstieg des Immobilienvermögens der Privatstiftungen und der daraus resultierenden Geldvermögensbildung der Haushalte aus der Erhöhung der imputierten Anteilsrechte an Privatstiftungen.

244 % des BIP um rund 20 % auf knapp unter 200 % des BIP. Innerhalb der Reduktion der Verpflichtungsposition sind aber Eigenkapitalkomponenten deutlich stärker von den Adjustierungen tangiert als Fremdkapitalkomponenten wie Kredite, Wertpapiere und Pensionsrückstellungen.

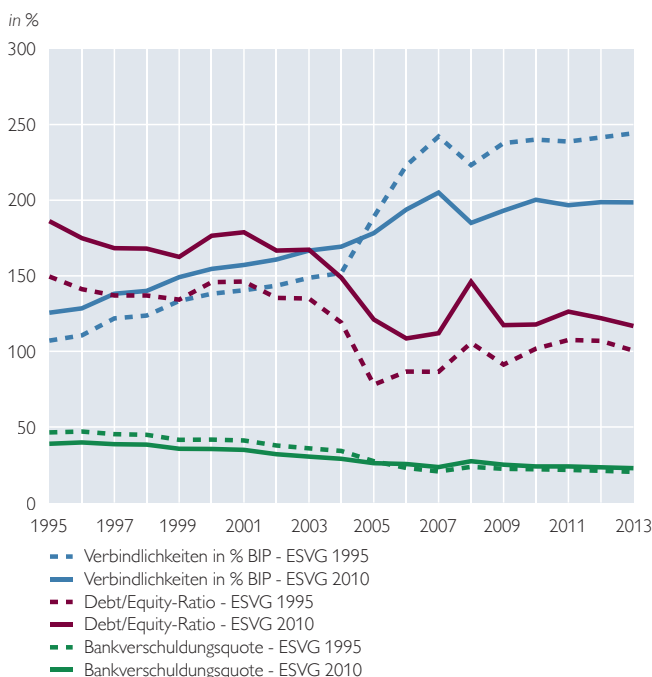
Dadurch ändern sich auch die entsprechenden Kennzahlen. Die Debt/Equity Ratio erhöht sich im Fall von nichtfinanziellen Unternehmen in einer Bandbreite zwischen 15 % und 43 %, wobei hier natürlich die Berücksichtigung der innersektoralen Kredite und Handelskredite zwischen 1995 und 2005 in den revidierten Daten ihren Niederschlag findet. Zum Jahresende 2013 betrug die Quote 117 % (statt der bisher berechneten Quote von 100 %). Die Bankverschuldungsquote (definiert als Verhältnis der Kreditaufnahmen bei inländischen Banken zu den Gesamt-

verbindlichkeiten laut GFR-Konzept) verändert sich relativ wenig, da vor allem Wertpapieremissionen staatlich kontrollierter Einheiten von der Verschiebung in den Staatssektor betroffen sind. Auch die Jahreswachstumsrate der Bankkredite ist, da es sich vorwiegend um Niveaushiftungen handelt, deutlich weniger stark betroffen. Von der Veränderung der Verschuldungsseite betroffen sind aber auch die von der Europäischen Kommission entwickelten Indikatoren zur Messung volkswirtschaftlicher Ungleichgewichte (Macroeconomic Imbalance Procedure, MIP). Die um innersektorale Finanzbeziehungen bereinigte (konsolidierte) Verschuldung aus Krediten und Wertpapieren der nichtfinanziellen Unternehmen zum Jahresultimo 2013 geht auf Basis der neuen Berechnung von 91 % des BIP auf 74 % des BIP zurück. Die private Verschul-

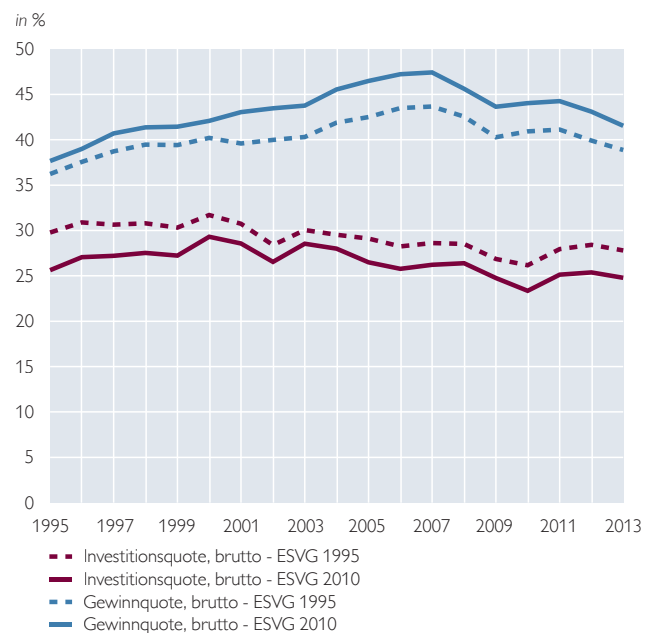
Grafik 8

Nichtfinanzielle Unternehmen

Gesamtverbindlichkeiten



Investitionen, Gewinn



Quelle: Statistik Austria, OeNB.

dung (von Unternehmen, Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) in Relation zum BIP – einer der verwendeten Indikatoren – verringert sich aufgrund der Umstellung auf das ESGV 2010 dementsprechend von 144 % des BIP auf rund 128 % des BIP.

Wie schon beim Haushaltssektor zu beobachten ist, spielen die sektoralen Verschiebungen auch bei der Berechnung realwirtschaftlicher Größen eine Rolle. Die Investitionsquote¹⁰ ging nicht zuletzt aufgrund der Verschiebung der Bruttoanlageinvestitionen der staatlich kontrollierten Einheiten zurück. Die

Erhöhung der Investitionen durch die Berücksichtigung von Forschung und Entwicklung als Investitionsbestandteil seit dem Umstieg auf ESGV 2010 spielt hier ebenfalls eine Rolle. Die Gewinnquote¹¹ verbesserte sich hingegen. Hier dürften die relativ geringen Gewinnmargen von staatlich kontrollierten Einheiten, die aufgrund der adaptierten 50-Prozent-Regel im ESGV 2010 als Staatseinheiten zu zählen sind, zur Erhöhung der Quote für die verbliebenen Einheiten im Unternehmenssektor geführt haben, ebenso wie die Berücksichtigung von Forschung und Entwicklung als Teil der Innenfinanzierung.

¹⁰ Definiert als das Verhältnis von Bruttoanlageinvestitionen zu sektoraler Bruttowertschöpfung.

¹¹ Definiert als das Verhältnis von Betriebsüberschuss zu sektoraler Bruttowertschöpfung.

Tabelle 1

Neue Berechnungen basierend auf der ESVG 2010-Umstellung und sonstigen Revisionsarbeiten im Zuge der Umstellung

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Finanzvermögen	<i>in Mrd EUR</i>									
Inland	877	933	995	1.076	1.205	1.309	1.371	1.412	1.506	1.639
Nichtfinanzielle Unternehmen	94	101	114	118	140	151	157	173	191	203
Finanzsektor	470	505	542	598	676	744	781	793	844	941
h.v. Monetäre Finanzinstitute	382	404	421	457	501	542	576	573	601	669
h.v. Investmentfonds o. GMF	24	32	42	56	81	92	99	102	110	124
h.v. Sonstige Finanzinstitute	18	22	25	27	31	43	37	45	53	60
h.v. Versicherungen	43	46	52	53	56	59	62	65	70	78
h.v. Pensionskassen	2	2	3	5	7	8	8	8	9	10
Staat	60	59	60	68	80	87	98	102	108	106
Haushalte	252	267	278	291	306	325	334	342	362	387
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	1	1	1	1	1	2	2	2	2	2
Nachrichtlich: Finanzvermögen im Ausland	124	133	154	178	240	294	322	328	359	423
Verpflichtungen	<i>in Mrd EUR</i>									
Inland	901	960	1.019	1.104	1.235	1.345	1.412	1.456	1.542	1.677
Nichtfinanzielle Unternehmen	221	234	260	274	303	330	346	364	385	409
Finanzsektor	479	516	551	608	688	757	793	800	859	954
h.v. Monetäre Finanzinstitute	392	414	432	464	513	551	574	568	606	675
h.v. Investmentfonds o. GMF	24	31	41	56	80	92	99	103	112	126
h.v. Sonstige Finanzinstitute	17	20	23	29	32	47	49	54	61	66
h.v. Versicherungen	44	49	50	52	56	60	63	66	71	76
h.v. Pensionskassen	2	2	4	6	7	8	8	9	9	10
Staat	126	132	127	139	153	162	172	187	189	195
Haushalte	74	78	81	83	90	96	100	104	108	115
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	0	0	0	0	0	0	0	0	1	3
Nachrichtlich: Verpflichtungen im Ausland	148	160	179	206	270	330	362	372	395	460
Nettovermögen	<i>in Mrd EUR</i>									
Inland	-24	-27	-24	-28	-30	-36	-40	-44	-35	-38
Nichtfinanzielle Unternehmen	-127	-133	-146	-156	-163	-179	-189	-191	-194	-206
Finanzsektor	-9	-11	-8	-9	-12	-13	-12	-7	-16	-13
h.v. Monetäre Finanzinstitute	-9	-10	-11	-8	-12	-9	2	5	-4	-6
h.v. Investmentfonds o. GMF	0	0	1	1	0	0	0	0	-1	-2
h.v. Sonstige Finanzinstitute	1	2	2	-2	-1	-4	-12	-9	-9	-6
h.v. Versicherungen	-1	-3	1	1	0	-1	-2	-1	-1	2
h.v. Pensionskassen	0	0	-1	-2	0	0	0	-1	0	0
Staat	-65	-73	-67	-71	-73	-74	-74	-85	-81	-89
Haushalte	178	189	196	207	216	229	234	237	254	272
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2
Nachrichtlich: Nettoposition gegenüber dem Ausland	-24	-27	-24	-28	-30	-36	-40	-44	-35	-38

Neue Berechnungen basierend auf der ESVG 2010-Umstellung und sonstigen Revisionsarbeiten im Zuge der Umstellung

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Finanzvermögen	<i>in Mrd EUR</i>								
Inland	1.952	2.131	2.351	2.493	2.527	2.565	2.632	2.684	2.649
Nichtfinanzielle Unternehmen	249	282	327	319	327	368	392	400	416
Finanzsektor	1.157	1.272	1.416	1.571	1.555	1.513	1.547	1.560	1.503
h.v. Monetäre Finanzinstitute	769	844	928	1.133	1.081	1.040	1.089	1.052	993
h.v. Investmentfonds o. GMF	156	169	163	130	141	148	136	147	149
h.v. Sonstige Finanzinstitute	134	160	225	207	222	209	206	235	233
h.v. Versicherungen	87	87	87	90	98	101	100	109	111
h.v. Pensionskassen	12	12	13	12	14	15	15	16	18
Staat	119	118	124	129	135	152	157	167	164
Haushalte	422	448	473	467	502	525	528	548	557
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	5	11	11	7	7	8	8	8	9
Nachrichtlich: Finanzvermögen im Ausland	578	678	772	783	797	807	840	862	859

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Verpflichtungen	<i>in Mrd EUR</i>								
Inland	1.980	2.166	2.379	2.524	2.541	2.581	2.639	2.694	2.649
Nichtfinanzielle Unternehmen	451	516	579	540	552	589	607	630	641
Finanzsektor	1.168	1.276	1.416	1.572	1.557	1.528	1.548	1.548	1.493
h.v. Monetäre Finanzinstitute	775	824	921	1.112	1.059	1.038	1.066	1.032	972
h.v. Investmentfonds o. GMF	157	171	167	129	141	149	138	149	151
h.v. Sonstige Finanzinstitute	136	178	221	221	241	219	222	239	240
h.v. Versicherungen	88	90	94	97	103	108	107	112	113
h.v. Pensionskassen	11	12	13	13	14	14	15	16	17
Staat	228	232	236	257	276	301	318	349	350
Haushalte	132	141	147	154	155	162	166	166	165
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Nachrichtlich: Verpflichtungen im Ausland	607	713	800	813	811	822	847	872	859

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Nettovermögen	<i>in Mrd EUR</i>								
Inland	-28	-35	-28	-30	-15	-16	-7	-10	-0
Nichtfinanzielle Unternehmen	-202	-235	-252	-221	-225	-222	-215	-230	-225
Finanzsektor	-11	-4	-1	-0	-2	-14	-1	12	10
h.v. Monetäre Finanzinstitute	-6	20	7	20	22	3	23	20	21
h.v. Investmentfonds o. GMF	-1	-3	-4	1	-0	-1	-1	-2	-2
h.v. Sonstige Finanzinstitute	-2	-18	4	-13	-19	-10	-16	-5	-7
h.v. Versicherungen	-1	-4	-7	-8	-5	-7	-7	-2	-2
h.v. Pensionskassen	0	0	0	-1	-0	1	-0	0	1
Staat	-110	-113	-112	-128	-141	-149	-161	-181	-185
Haushalte	290	308	326	313	347	362	362	382	392
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	4	10	11	6	7	7	8	7	8
Nachrichtlich: Nettoposition gegenüber dem Ausland	-28	-35	-28	-30	-15	-16	-7	-10	-0

Quelle: OeNB. Neue Berechnungen basierend auf ESVG 2010-Umstellung und sonstigen Revisionsarbeiten im Zuge der Umstellung.

Tabelle 2

Unterschiede zwischen Daten laut ESVG 2010 einschließlich sonstiger Adaptierungen und bisherigen Berechnungen vom Stand Juli 2014

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Finanzvermögen	<i>in Mrd EUR</i>									
Inland	48,7	50,0	55,5	60,0	62,2	76,3	80,5	89,1	101,8	105,9
Nichtfinanzielle Unternehmen	16,8	18,5	18,9	20,2	21,2	23,3	26,5	32,6	34,4	35,3
Finanzsektor	11,0	11,7	15,5	17,3	19,8	27,6	20,3	21,7	25,6	27,8
h.v. Monetäre Finanzinstitute	-0,3	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,0
h.v. Investmentfonds ohne GMF	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
h.v. Sonstige Finanzinstitute	7,8	9,8	11,6	14,0	16,5	23,0	15,7	16,6	20,8	22,6
h.v. Versicherungen	3,6	1,5	3,9	3,3	3,3	4,6	4,6	5,2	4,8	5,2
h.v. Pensionskassen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Staat	2,8	0,3	1,3	1,7	2,0	2,0	9,2	9,6	14,6	14,2
Haushalte	18,0	19,2	19,4	20,4	18,7	22,4	23,4	24,0	26,0	32,2
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	0,2	0,3	0,4	0,5	0,6	1,0	1,1	1,2	1,2	-3,4
Nachrichtlich: Finanzvermögen im Ausland	2,3	0,2	2,5	2,1	2,9	3,6	3,8	3,5	3,8	3,8
Verpflichtungen	<i>in Mrd EUR</i>									
Inland	49,4	52,9	54,5	59,1	62,1	75,0	79,5	88,4	101,7	105,7
Nichtfinanzielle Unternehmen	34,2	34,4	35,5	36,7	37,5	41,5	45,0	47,3	50,5	52,7
Finanzsektor	13,8	17,4	17,7	20,5	21,9	30,9	28,4	30,0	38,0	39,9
h.v. Monetäre Finanzinstitute	5,5	6,7	5,4	5,4	3,1	3,2	3,4	3,6	3,6	4,1
h.v. Investmentfonds ohne GMF	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,4	2,4
h.v. Sonstige Finanzinstitute	6,9	8,9	11,8	14,6	17,7	26,3	23,1	24,2	29,3	30,6
h.v. Versicherungen	3,0	3,3	1,4	0,9	1,7	1,8	2,1	2,3	2,6	2,8
h.v. Pensionskassen	-1,7	-1,5	-0,9	-0,4	-0,6	-0,3	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Staat	0,6	0,8	1,7	2,3	3,5	4,0	7,5	12,7	14,0	13,7
Haushalte	0,8	0,2	-0,5	-0,7	-1,1	-1,8	-1,9	-2,1	-1,2	-1,1
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	0,1	0,1	0,2	0,2	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Nachrichtlich: Verpflichtungen im Ausland	3,0	3,1	1,5	1,2	2,8	2,4	2,8	2,9	3,7	3,6
Nettovermögen	<i>in Mrd EUR</i>									
Inland	-0,7	-2,9	1,0	0,9	0,1	1,2	0,9	0,7	0,1	0,2
Nichtfinanzielle Unternehmen	-17,4	-15,9	-16,6	-16,6	-16,3	-18,2	-18,5	-14,7	-16,1	-17,5
Finanzsektor	-2,7	-5,7	-2,1	-3,3	-2,1	-3,3	-8,2	-8,3	-12,4	-12,1
h.v. Monetäre Finanzinstitute	-5,9	-6,2	-5,4	-5,4	-3,1	-3,2	-3,4	-3,6	-3,6	-4,1
h.v. Investmentfonds ohne GMF	0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-2,4	-2,4
h.v. Sonstige Finanzinstitute	0,9	0,9	-0,1	-0,6	-1,2	-3,3	-7,4	-7,7	-8,5	-8,0
h.v. Versicherungen	0,5	-1,8	2,5	2,3	1,6	2,8	2,6	3,0	2,1	2,4
h.v. Pensionskassen	1,7	1,5	0,9	0,4	0,6	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1
Staat	2,1	-0,5	-0,4	-0,6	-1,5	-2,0	1,7	-3,1	0,6	0,5
Haushalte	17,2	19,0	19,9	21,2	19,7	24,2	25,4	26,1	27,3	33,3
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	0,1	0,2	0,2	0,3	0,3	0,6	0,6	0,7	0,7	-4,0
Nachrichtlich: Nettoposition gegenüber dem Ausland	-0,7	-2,9	1,0	0,9	0,1	1,2	0,9	0,7	0,1	0,2

Unterschiede zwischen Daten laut ESVG 2010 einschließlich sonstiger Adaptierungen und bisherigen Berechnungen vom Stand Juli 2014

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Finanzvermögen	<i>in Mrd EUR</i>								
Inland	130,3	81,9	99,9	90,4	94,2	101,4	103,6	107,1	104,2
Nichtfinanzielle Unternehmen	-14,2	-51,6	-72,8	-77,1	-72,7	-59,5	-78,9	-91,5	-90,2
Finanzsektor	89,4	92,4	128,8	128,2	125,3	110,3	134,3	150,1	144,5
h.v. Monetäre Finanzinstitute	4,4	5,1	4,2	5,4	1,6	0,8	-0,1	-2,4	2,9
h.v. Investmentfonds ohne GMF	0,0	2,2	1,9	2,7	1,4	1,4	1,5	1,5	1,6
h.v. Sonstige Finanzinstitute	86,1	84,7	123,5	121,2	122,3	108,1	132,9	150,9	139,7
h.v. Versicherungen	-1,1	0,4	-0,8	-1,0	0,0	-0,0	-0,0	0,1	0,3
h.v. Pensionskassen	0,0	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Staat	20,3	14,6	15,7	15,0	16,4	23,4	22,4	24,4	23,7
Haushalte	46,2	50,1	56,0	50,9	55,8	58,9	56,6	56,7	59,2
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	-11,5	-23,6	-27,8	-26,6	-30,6	-31,7	-30,8	-32,6	-32,9
Nachrichtlich: Finanzvermögen im Ausland	4,7	1,6	8,2	2,9	10,0	8,4	0,4	-1,1	2,7

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Verpflichtungen	<i>in Mrd EUR</i>								
Inland	126,9	82,8	91,0	90,0	88,9	98,4	108,9	119,9	103,2
Nichtfinanzielle Unternehmen	-12,5	-60,8	-84,7	-91,3	-104,5	-95,4	-107,1	-111,2	-123,8
Finanzsektor	103,2	104,1	134,9	138,0	148,5	146,0	167,9	178,8	171,8
h.v. Monetäre Finanzinstitute	4,3	-9,8	-2,0	2,7	3,9	10,4	16,6	16,8	8,0
h.v. Investmentfonds ohne GMF	3,4	4,6	5,8	0,5	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2
h.v. Sonstige Finanzinstitute	94,2	108,0	130,0	133,9	143,5	134,6	149,6	161,3	162,8
h.v. Versicherungen	1,3	1,3	1,2	0,8	0,9	0,9	1,7	0,6	0,9
h.v. Pensionskassen	0,0	-0,1	-0,1	0,1	0,0	-0,0	-0,2	-0,2	-0,1
Staat	37,0	40,4	41,6	44,3	45,7	49,0	49,2	54,3	57,5
Haushalte	1,3	1,6	1,6	1,5	1,4	1,3	1,1	0,2	-0,0
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	-2,1	-2,4	-2,3	-2,5	-2,2	-2,4	-2,3	-2,2	-2,1
Nachrichtlich: Verpflichtungen im Ausland	1,3	2,5	-0,7	2,4	4,8	5,5	5,6	11,8	1,7

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Nettovermögen	<i>in Mrd EUR</i>								
Inland	3,4	-0,9	8,9	0,4	5,2	2,9	-5,3	-12,9	1,0
Nichtfinanzielle Unternehmen	-1,7	9,2	11,9	14,2	31,7	36,0	28,2	19,7	33,6
Finanzsektor	-13,7	-11,6	-6,0	-9,8	-23,2	-35,7	-33,7	-28,7	-27,3
h.v. Monetäre Finanzinstitute	0,1	14,9	6,2	2,7	-2,3	-9,5	-16,6	-19,3	-5,1
h.v. Investmentfonds ohne GMF	-3,4	-2,5	-3,8	2,2	1,2	1,2	1,2	1,3	1,3
h.v. Sonstige Finanzinstitute	-8,1	-23,3	-6,5	-12,8	-21,2	-26,5	-16,7	-10,3	-23,0
h.v. Versicherungen	-2,4	-0,9	-2,0	-1,8	-0,9	-0,9	-1,7	-0,5	-0,6
h.v. Pensionskassen	0,0	0,1	0,1	-0,1	-0,1	0,0	0,2	0,2	0,1
Staat	-16,7	-25,7	-25,9	-29,3	-29,3	-25,6	-26,8	-29,9	-33,7
Haushalte	44,9	48,5	54,4	49,4	54,4	57,6	55,5	56,5	59,2
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	-9,4	-21,2	-25,5	-24,1	-28,3	-29,4	-28,5	-30,4	-30,8
Nachrichtlich: Nettoposition gegenüber dem Ausland	3,4	-0,9	8,9	0,4	5,2	2,9	-5,3	-12,9	1,0

Quelle: OeNB.

Tabelle 3

Kennzahlen Private Haushalte

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
<i>in Mrd EUR bzw. %</i>										
Finanzvermögen – ESVG 1995	234,6	248,6	259,3	271,3	289,1	304,6	311,9	319,8	338,0	356,8
Finanzvermögen – ESVG 2010	252,6	267,8	278,6	291,7	307,8	327,0	335,3	343,7	364,0	389,0
	18,0	19,2	19,4	20,4	18,7	22,4	23,4	24,0	26,0	32,2
Verbindlichkeiten – ESVG 1995	73,7	78,2	81,8	84,1	91,7	98,3	102,1	107,0	110,1	119,8
Verbindlichkeiten – ESVG 2010	74,5	78,4	81,3	83,3	90,7	96,4	100,2	104,9	108,8	118,7
	0,8	0,2	-0,5	-0,7	-1,1	-1,8	-1,9	-2,1	-1,2	-1,1
Finanzvermögen in % BIP – ESVG 1995	134,2	137,7	140,7	141,4	145,1	146,1	145,6	145,0	150,2	152,0
Finanzvermögen in % BIP – ESVG 2010	143,3	147,0	148,0	149,0	151,3	153,4	152,3	151,9	157,6	161,1
	9,1	9,4	7,3	7,6	6,2	7,3	6,8	6,9	7,4	9,0
Verbindlichkeiten in % BIP – ESVG 1995	42,2	43,3	44,4	43,8	46,0	47,1	47,7	48,5	48,9	51,1
Verbindlichkeiten in % BIP – ESVG 2010	42,3	43,0	43,2	42,5	44,6	45,2	45,5	46,4	47,1	49,2
	0,1	-0,3	-1,2	-1,3	-1,5	-1,9	-2,1	-2,2	-1,8	-1,9
Verfügbares Nettoeinkommen – ESVG 1995	110,9	112,1	112,0	115,3	120,5	125,6	127,2	130,0	134,5	140,6
Verfügbares Nettoeinkommen – ESVG 2010	113,2	114,5	114,9	118,4	123,1	127,7	129,9	132,3	137,0	142,5
	2,3	2,4	2,9	3,0	2,7	2,1	2,7	2,4	2,5	1,9
Sparquote – ESVG 1995	12,7	9,7	7,9	8,5	9,9	9,3	7,6	7,9	8,7	9,1
Sparquote – ESVG 2010	14,6	11,9	10,4	10,4	11,7	10,5	8,8	8,9	9,2	9,2
	2,0	2,2	2,5	1,8	1,8	1,1	1,3	1,1	0,5	0,1
Finanzierungssaldo – ESVG 1995	x	6,9	5,4	6,1	8,4	8,4	6,5	8,4	9,5	10,1
Finanzierungssaldo – ESVG 2010	x	8,3	6,8	7,5	10,3	12,9	7,7	9,4	10,7	10,1
	x	1,3	1,3	1,4	1,9	4,5	1,2	1,0	1,2	0,0
Nachrichtlich:										
BIP – ESVG 1995	174,8	180,6	184,3	191,9	199,3	208,5	214,2	220,5	225,0	234,7
BIP – ESVG 2010	176,2	182,1	188,3	195,8	203,4	213,2	220,1	226,3	231,0	241,5
	1,4	1,6	4,0	3,9	4,2	4,7	5,9	5,8	6,0	6,8

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
<i>in Mrd EUR bzw. %</i>									
Finanzvermögen – ESVG 1995	380,5	398,4	417,2	415,8	446,0	465,6	471,4	491,3	498,0
Finanzvermögen – ESVG 2010	426,7	448,5	473,2	466,7	501,8	524,5	528,0	548,0	557,2
	46,2	50,1	56,0	50,9	55,8	58,9	56,6	56,7	59,2
Verbindlichkeiten – ESVG 1995	131,6	139,3	145,7	152,7	153,2	160,9	164,5	165,6	165,0
Verbindlichkeiten – ESVG 2010	132,9	140,9	147,3	154,2	154,6	162,2	165,6	165,8	165,0
	1,3	1,6	1,6	1,5	1,4	1,3	1,1	0,2	-0,0
Finanzvermögen in % BIP – ESVG 1995	155,2	153,8	152,3	147,1	161,5	163,3	157,5	160,0	159,1
Finanzvermögen in % BIP – ESVG 2010	168,7	168,3	167,6	159,9	175,3	178,3	171,1	172,7	172,7
	13,5	14,5	15,3	12,8	13,9	15,0	13,5	12,7	13,6
Verbindlichkeiten in % BIP – ESVG 1995	53,7	53,8	53,2	54,0	55,5	56,4	55,0	53,9	52,7
Verbindlichkeiten in % BIP – ESVG 2010	52,5	52,9	52,2	52,8	54,0	55,1	53,7	52,3	51,1
	-1,1	-0,9	-1,0	-1,2	-1,4	-1,3	-1,3	-1,7	-1,6
Verfügbares Nettoeinkommen – ESVG 1995	148,4	155,6	163,4	168,4	169,1	171,3	175,1	181,7	183,8
Verfügbares Nettoeinkommen – ESVG 2010	152,0	159,3	166,8	171,6	171,9	174,1	178,0	185,6	185,8
	3,6	3,7	3,4	3,3	2,8	2,8	2,8	3,9	2,0
Sparquote – ESVG 1995	9,6	10,4	11,6	11,5	11,2	8,9	6,7	7,4	6,6
Sparquote – ESVG 2010	10,7	11,3	12,1	11,9	11,3	9,4	7,8	9,0	7,3
	1,1	0,9	0,5	0,4	0,1	0,6	1,1	1,7	0,7
Finanzierungssaldo – ESVG 1995	11,4	13,1	15,4	15,1	14,9	11,1	6,5	9,8	6,7
Finanzierungssaldo – ESVG 2010	13,0	14,6	17,1	16,6	14,9	11,5	7,4	10,2	6,9
	1,6	1,5	1,7	1,4	-0,0	0,4	0,9	0,5	0,2
Nachrichtlich:									
BIP – ESVG 1995	245,2	259,0	274,0	282,7	276,2	285,2	299,2	307,0	313,1
BIP – ESVG 2010	253,0	266,5	282,3	291,9	286,2	294,2	308,7	317,2	322,6
	7,8	7,4	8,3	9,2	10,0	9,0	9,4	10,2	9,5

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Tabelle 4

Kennzahlen Nichtfinanzielle Unternehmen

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
<i>in Mrd EUR bzw. %</i>										
Finanzvermögen – ESVG 1995	77,4	82,8	95,1	97,5	119,3	127,3	130,3	140,5	156,4	167,7
Finanzvermögen – ESVG 2010	94,2	101,3	114,1	117,6	140,4	150,6	156,8	173,1	190,8	203,0
	16,8	18,5	18,9	20,2	21,2	23,3	26,5	32,6	34,4	35,3
Verbindlichkeiten – ESVG 1995	187,1	199,5	224,6	237,3	265,8	288,0	300,9	316,3	334,5	356,2
Verbindlichkeiten – ESVG 2010	221,3	234,0	260,1	274,0	303,3	329,5	345,9	363,6	385,0	408,9
	34,2	34,4	35,5	36,7	37,5	41,5	45,0	47,3	50,5	52,7
Finanzvermögen in % BIP – ESVG 1995	44,3	45,8	51,6	50,8	59,9	61,1	60,8	63,7	69,5	71,4
Finanzvermögen in % BIP – ESVG 2010	53,5	55,6	60,6	60,1	69,0	70,6	71,3	76,5	82,6	84,0
	9,2	9,8	9,0	9,3	9,2	9,6	10,4	12,8	13,1	12,6
Verbindlichkeiten in % BIP – ESVG 1995	107,0	110,5	121,9	123,6	133,4	138,2	140,5	143,4	148,7	151,7
Verbindlichkeiten in % BIP – ESVG 2010	125,6	128,5	138,1	139,9	149,1	154,6	157,2	160,7	166,6	169,3
	18,6	18,0	16,3	16,3	15,7	16,4	16,7	17,3	18,0	17,6
Eigenkapital – ESVG 1995	75,0	82,8	94,8	100,1	113,5	117,2	122,2	134,4	142,3	162,6
Eigenkapital – ESVG 2010	77,3	85,1	97,0	102,2	115,6	119,2	124,0	136,4	144,1	164,4
	2,3	2,3	2,2	2,1	2,1	2,0	1,8	2,0	1,7	1,8
Fremdkapital – ESVG 1995	112,1	116,8	129,8	137,1	152,3	170,8	178,6	181,9	192,1	193,6
Fremdkapital – ESVG 2010	144,0	148,9	163,2	171,8	187,7	210,4	221,8	227,3	240,9	244,5
	31,9	32,1	33,3	34,6	35,4	39,5	43,2	45,4	48,8	50,9
Debt/Equity-Ratio – ESVG 1995	149,5	141,1	137,0	137,0	134,2	145,7	146,1	135,3	135,0	119,1
Debt/Equity-Ratio – ESVG 2010	186,1	174,9	168,3	168,0	162,4	176,5	178,8	166,6	167,2	148,7
	36,7	33,8	31,3	31,0	28,2	30,8	32,7	31,3	32,2	29,7
Bankkredite – ESVG 1995	86,7	93,7	101,7	106,3	110,2	119,8	123,4	119,5	120,0	121,4
Bankkredite – ESVG 2010	85,9	93,0	100,4	104,9	107,8	117,0	120,7	116,4	117,2	118,5
	-0,7	-0,8	-1,2	-1,4	-2,4	-2,8	-2,7	-3,0	-2,9	-2,9
Bankverschuldungsquote – ESVG 1995	46,3	47,0	45,3	44,8	41,4	41,6	41,0	37,8	35,9	34,1
Bankverschuldungsquote – ESVG 2010	38,8	39,7	38,6	38,3	35,5	35,5	34,9	32,0	30,4	29,0
	-7,5	-7,2	-6,6	-6,5	-5,9	-6,1	-6,1	-5,8	-5,5	-5,1
Jahreswachstumsrate der Bankkredite – ESVG 1995	x	8,2	6,2	5,9	8,1	8,6	4,2	-1,6	2,4	3,1
Jahreswachstumsrate der Bankkredite – ESVG 2010	x	8,1	6,2	6,0	8,2	8,4	4,3	-1,9	2,6	3,1
	x	-0,1	-0,0	0,0	0,1	-0,2	0,2	-0,3	0,2	0,0
Bruttowertschöpfung – ESVG 1995	83,8	86,5	93,1	97,3	100,9	106,4	111,8	115,0	117,5	122,3
Bruttowertschöpfung – ESVG 2010	88,4	91,4	96,6	101,7	106,0	112,4	117,5	121,0	124,2	129,6
	4,6	4,9	3,5	4,4	5,1	5,9	5,7	6,0	6,6	7,3
Bruttoanlageinvestitionen – ESVG 1995	24,9	26,7	28,5	30,0	30,6	33,7	34,4	32,7	35,3	36,1
Bruttoanlageinvestitionen – ESVG 2010	22,6	24,7	26,3	28,0	28,9	32,9	33,5	32,1	35,4	36,3
	-2,3	-2,0	-2,2	-2,0	-1,7	-0,8	-0,8	-0,5	0,1	0,2
Betriebsüberschuss – ESVG 1995	30,4	32,5	36,0	38,4	39,8	42,8	44,2	46,0	47,4	51,2
Betriebsüberschuss – ESVG 2010	33,3	35,6	39,3	42,1	43,9	47,3	50,6	52,6	54,3	59,0
	2,9	3,2	3,3	3,7	4,2	4,5	6,3	6,6	6,9	7,8
Investitionsquote, brutto – ESVG 1995	29,8	30,9	30,6	30,8	30,3	31,7	30,7	28,4	30,0	29,5
Investitionsquote, brutto – ESVG 2010	25,6	27,1	27,2	27,5	27,2	29,3	28,6	26,5	28,5	28,0
	-4,1	-3,8	-3,4	-3,3	-3,1	-2,4	-2,2	-1,9	-1,5	-1,5
Gewinnquote, brutto – ESVG 1995	36,2	37,6	38,7	39,5	39,4	40,2	39,6	40,0	40,3	41,9
Gewinnquote, brutto – ESVG 2010	37,7	39,0	40,7	41,4	41,4	42,1	43,0	43,5	43,7	45,5
	1,4	1,4	2,0	1,9	2,0	1,9	3,5	3,5	3,4	3,7
Nachrichtlich:										
BIP – ESVG 1995	174,8	180,6	184,3	191,9	199,3	208,5	214,2	220,5	225,0	234,7
BIP – ESVG 2010	176,2	182,1	188,3	195,8	203,4	213,2	220,1	226,3	231,0	241,5
	1,4	1,6	4,0	3,9	4,2	4,7	5,9	5,8	6,0	6,8

Fortsetzung Tabelle 4

Kennzahlen Nichtfinanzielle Unternehmen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	<i>in Mrd EUR bzw. %</i>								
Finanzvermögen – ESVG 1995	263,4	333,4	399,7	396,4	400,2	427,0	470,7	492,0	505,9
Finanzvermögen – ESVG 2010	249,3	281,8	326,9	319,3	327,4	367,5	391,8	400,5	415,6
	-14,2	-51,6	-72,8	-77,1	-72,7	-59,5	-78,9	-91,5	-90,2
Verbindlichkeiten – ESVG 1995	463,3	577,3	663,4	631,2	656,8	684,7	714,3	741,4	764,5
Verbindlichkeiten – ESVG 2010	450,8	516,5	578,7	539,9	552,3	589,2	607,1	630,2	640,6
	-12,5	-60,8	-84,7	-91,3	-104,5	-95,4	-107,1	-111,2	-123,8
Finanzvermögen in % BIP – ESVG 1995	107,4	128,7	145,9	140,2	144,9	149,7	157,3	160,3	161,6
Finanzvermögen in % BIP – ESVG 2010	98,5	105,8	115,8	109,4	114,4	124,9	126,9	126,3	128,8
	-8,9	-23,0	-30,1	-30,8	-30,5	-24,8	-30,4	-34,0	-32,7
Verbindlichkeiten in % BIP – ESVG 1995	188,9	222,9	242,1	223,2	237,8	240,1	238,7	241,5	244,2
Verbindlichkeiten in % BIP – ESVG 2010	178,2	193,8	205,0	185,0	193,0	200,3	196,7	198,7	198,6
	-10,7	-29,1	-37,1	-38,3	-44,8	-39,8	-42,0	-42,8	-45,6
Eigenkapital – ESVG 1995	260,3	309,4	355,7	306,8	343,5	339,3	344,2	358,3	381,5
Eigenkapital – ESVG 2010	203,9	247,6	273,0	219,4	254,2	270,6	268,3	283,9	295,5
	-56,4	-61,8	-82,7	-87,4	-89,3	-68,7	-75,9	-74,4	-85,9
Fremdkapital – ESVG 1995	203,0	267,9	307,7	324,4	313,3	345,3	370,1	383,2	383,0
Fremdkapital – ESVG 2010	246,9	268,9	305,7	320,5	298,1	318,6	338,8	346,4	345,1
	43,8	1,0	-2,0	-3,9	-15,2	-26,7	-31,3	-36,8	-37,9
Debt/Equity-Ratio – ESVG 1995	78,0	86,6	86,5	105,7	91,2	101,8	107,5	106,9	100,4
Debt/Equity-Ratio – ESVG 2010	121,1	108,6	112,0	146,0	117,3	117,8	126,3	122,0	116,8
	43,1	22,0	25,5	40,3	26,0	16,0	18,8	15,1	16,4
Bankkredite – ESVG 1995	126,6	132,3	136,4	148,8	146,5	150,4	154,2	156,1	155,2
Bankkredite – ESVG 2010	117,3	131,6	135,7	148,0	138,2	141,2	144,7	146,8	146,0
	-9,2	-0,7	-0,8	-0,8	-8,4	-9,2	-9,5	-9,3	-9,2
Bankverschuldungsquote – ESVG 1995	27,3	22,9	20,6	23,6	22,3	22,0	21,6	21,1	20,3
Bankverschuldungsquote – ESVG 2010	26,0	25,5	23,4	27,4	25,0	24,0	23,8	23,3	22,8
	-1,3	2,6	2,9	3,8	2,7	2,0	2,2	2,2	2,5
Jahreswachstumsrate der Bankkredite – ESVG 1995	3,6	5,6	5,0	8,2	-1,2	1,1	2,6	2,3	-0,1
Jahreswachstumsrate der Bankkredite – ESVG 2010	3,3	5,7	5,0	8,3	-1,4	1,3	2,5	1,0	0,0
	-0,3	0,1	-0,0	0,0	-0,2	0,2	-0,1	-1,3	0,1
Bruttowertschöpfung – ESVG 1995	127,6	135,6	143,7	148,9	143,2	147,3	155,8	159,3	162,1
Bruttowertschöpfung – ESVG 2010	135,0	144,5	154,2	159,4	153,4	157,8	167,0	172,0	174,0
	7,4	8,9	10,5	10,5	10,2	10,4	11,3	12,7	11,9
Bruttoanlageinvestitionen – ESVG 1995	37,1	38,3	41,1	42,5	38,5	38,6	43,5	45,3	45,1
Bruttoanlageinvestitionen – ESVG 2010	35,8	37,2	40,4	42,1	38,0	36,8	42,0	43,6	43,1
	-1,4	-1,1	-0,7	-0,4	-0,5	-1,7	-1,6	-1,6	-1,9
Betriebsüberschuss – ESVG 1995	54,2	58,9	62,7	63,4	57,7	60,3	64,0	63,6	63,0
Betriebsüberschuss – ESVG 2010	62,8	68,2	73,1	72,7	66,9	69,5	73,9	74,2	72,3
	8,6	9,3	10,4	9,4	9,2	9,2	9,9	10,6	9,3
Investitionsquote, brutto – ESVG 1995	29,1	28,2	28,6	28,5	26,9	26,2	27,9	28,4	27,8
Investitionsquote, brutto – ESVG 2010	26,5	25,8	26,2	26,4	24,7	23,3	25,1	25,4	24,8
	-2,6	-2,5	-2,4	-2,1	-2,1	-2,8	-2,8	-3,0	-3,0
Gewinnquote, brutto – ESVG 1995	42,5	43,5	43,7	42,6	40,3	40,9	41,1	39,9	38,9
Gewinnquote, brutto – ESVG 2010	46,5	47,2	47,4	45,6	43,6	44,0	44,3	43,1	41,5
	4,0	3,8	3,7	3,1	3,4	3,1	3,1	3,2	2,7
Nachrichtlich:									
BIP – ESVG 1995	245,2	259,0	274,0	282,7	276,2	285,2	299,2	307,0	313,1
BIP – ESVG 2010	253,0	266,5	282,3	291,9	286,2	294,2	308,7	317,2	322,6
	7,8	7,4	8,3	9,2	10,0	9,0	9,4	10,2	9,5

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Beschreibung der einzelnen Reklassifikationsschritte

	Quelle	Rechenschritte	Notwendige Annahmen	Qualität der Rückrechnung	Anmerkung
Reklassifikation von SPEs in den neuen ESVG-Sektor „Firmeneigene Kapitalgeber“ S.127	Zahlungsbilanz Quartalsdaten ab 2005	Umstellung auf Basis von Einzeleinheiten	Keine	Hoch	
Reklassifikation von Holdings in den Sektor S.127 bzw. finanzielle Beteiligungsgesellschaften in den Sektor S.126	Bilanzdaten (SABINA-Datenbank) Daten für 2006 bis 2012 auf Jahresbasis; GmbH-Auswertung (Eigentümerbeziehung je Unternehmen mit Rechtsform GmbH)	<ul style="list-style-type: none"> a) Identifikation von Einheiten (80% Anteilsrechte an Aktivseite, max. 3 MA, max. 500.000 Umsatz) b) Extrapolation für ZR 1995–2005 anhand von VAE-Raten aus 2006 bis 2012 und Gründungsdatum c) Erhebung von Counterpartsektoren i.W. anhand von GmbH-Auswertung d) Interpolation von Quartalsdaten 	<ul style="list-style-type: none"> a) Basiserhebung für 2011 bleibt konstant für alle Perioden b) stabiles Umfeld für Rückrechnung vor 2006 	Relativ hoch für die Meldeperioden ab 2006, davor mittel	
Reklassifikation von Privatstiftungen in den Sektor S.127	WP-Statistik, GmbH-Auswertung, Bilanzdaten (SABINA-Datenbank), GFR-Daten für die Sektoren S.11, S.14 und S.15 (teilweise nur bis 2006); Daten des Privatstiftungsverbands für 2000, 2005 und 2009; Anzahl der Stiftungen für gesamte Periode	<ul style="list-style-type: none"> a) Verknüpfung der OeNB-Daten mit Daten des Privatstiftungsverbands b) Extrapolation der Datenreihe vor 2000 (große Steigerung im Jahr 2000 aufgrund steuerlicher Änderung) und Interpolation für die Jahre 2000–2009; sowie für Quartalsdaten auf Basis von Bilanzdaten c) Reklassifikation der Vermögen der Privatstiftungen aus dem Sektor S.11/S.14 für die Jahre 1995 bis 2005 und aus dem Sektor S.15 ab 2006 (jeweils Berichtsperiode) und Aufteilung der „fiktiven“ Anteilsrechte von Privatstiftungen auf die „Begünstigten“ der Privatstiftungen: 93% Haushalte, 1% private Organisationen ohne Erwerbszweck, 6% nichtfinanzielle Unternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> a) Anzahl der Stiftungen ist aussagekräftiger Indikator für die Entwicklung des Gesamtvermögens für Extrapolation und Interpolation b) Ratios für die Referenzjahre 2000, 2005 und 2009 sind umlegbar auf andere Berichtsperioden c) Schätzungen für das Immobilienvermögen nach 2009 d) Struktur der Begünstigten 	Mittel für Werte vor 2000 bzw. 2001–2005 sowie für die Daten zum Immobilienvermögen ab 2009; relativ hoch für Finanzvermögen und Verschuldung ab Berichtsperiode 2006	
Reklassifikation von ausgewählten staatlich kontrollierten Einheiten in den Sektor Staat S.13	WP-Statistik, GmbH-Auswertung, Bilanzdaten (SABINA-Datenbank), GFR Daten für die Sektoren S.11, S.12 und S.13 (teilweise nur bis 2006); Direktdate vom Sektor Staat	<ul style="list-style-type: none"> a) Identifikation der Einheiten (durch Statistik Austria) b) abhängig von den vorhandenen Daten Überführung einzelner Einheiten oder Gruppen von Einheiten vom Sektor S.11 und S.12 (sonstige Finanzinstitute) in den Sektor Staat c) Rückführung von „imputierten“ Aktiva staatlich kontrollierter Einheiten aufgrund von „Rerouting“-Vorschriften aus dem ESVG 1995 d) möglichst hohe Konsistenz mit Daten der budgetären Notifikation herstellen 	Hohe Datenqualität der direkten Daten von Bund, Ländern und Gemeinden	Hoch	Übergang der Berechnung der Finanzkonten für den Sektor Staat mit Berichtsjahr 2012 an Statistik Austria;

Beschreibung der einzelnen Reklassifikationsschritte

	Quelle	Rechenschritte	Notwendige Annahmen	Qualität der Rückrechnung	Anmerkung
Pensionsrückstellungen a) direkte Leistungszusagen b) betriebliche Kollektivversicherungen	Bilanzdaten für Banken (anhand der Jahresabschlüsse) und für Versicherungen (anhand der Daten der FMA zu Jahresabschlüssen); Zusatzerhebung der FMA zur betrieblichen Kollektivversicherung; Bilanzdaten (SABINA-Datenbank) für Unternehmen; Zusatzinformationen des WIFO; Schätzungen von Statistik Austria	<ul style="list-style-type: none"> a) Identifikation der nichtfinanziellen Unternehmen mit direkten Leistungszusagen inklusive Schließen der Zeitreihenbrüche b) Zusammenführung bestehender Daten für den Unternehmenssektor mit Bilanzdaten aus SABINA-Datenbank c) abgestimmte Darstellung der realwirtschaftlichen Transaktionen aus Beiträgen, Leistungen, Übertragungen auf Pensionskassen bzw. betriebliche Kollektivversicherungen, Nachschusleistungen, Erträgen aus sonstigen Vermögensveränderungen i.W. aus Bewertungseffekten sowie die finanziellen Transaktionen und Bestände d) Interpolation der Bilanzdaten auf Quartalswerte 	a) hoher Abdeckungsgrad der Unternehmen mit direkten Leistungszusagen und Übertragungen an Pensionskassen	Relativ hoch; Daten für die direkte Leistungszusage vor 2006 teilweise auf Basis von Rückrechnung und Erhebungen des WIFO	Daten sind auch Bestandteil der neuen Liefertabelle 29 an Eurostat mit der Bezeichnung „Im Rahmen von Sozialversicherungssystemen aufgelaufene Alterssicherungsansprüche“
Finanzleasingkredite	Daten aus der GKE/ZRKM sowie Bilanzdaten (SABINA-Datenbank)	<ul style="list-style-type: none"> a) Identifikation von Leasinggesellschaften lt. BWG als Finanzleasinggesellschaft durch Gegenüberstellung der aushaftenden Kredite aus GKE/ZRKM und Bilanzsumme b) Berechnung der Kredite von Finanzleasingunternehmen im Sektor S.125 und Leasingunternehmen im Sektor S.11 gegenüber inländischen Kreditnehmern (ohne Sektor Staat) aus Standnettoveränderungen c) Rückrechnung und teilweise Schätzungen für Perioden, für die keine GKE-Daten verfügbar sind 	Stabile sektorale Verteilung der Kreditnehmer für Perioden ohne GKE anhand der Daten ab dem Berichtsjahr 2000	Relativ hoch, Rückrechnungsperiode vor dem Jahr 2000 durch Schätzungen beeinflusst	
Sonstige Änderungen in der Zahlungsbilanz mit Auswirkungen auf das Außenkonto in der GFR	Zahlungsbilanz ab 2005 (Quartalsdaten)	<ul style="list-style-type: none"> a) Einstellung der Verbindlichkeitsposition aus der Zuteilung von Sonderziehungsrechten (vor 2005 durch Zusatzinformationen) b) Rückrechnung der Garantiedepots (vor 2005 durch Zusatzdaten der FMA) c) verbesserte Datenlage für ausländische Lebensversicherungen und Rückversicherungsgeschäft d) Einbuchung von reinvestierten Gewinnen in Investmentfonds (auch für Inlandsbeziehungen) d) Umwandlung von bestimmten Beteiligungen an internationalen Finanzinstitutionen in Kapitaltransfers 	Keine	Hoch	

Quelle: OeNB.

Zahlungsbilanz im ersten Halbjahr 2014

Ergebnisse und inhaltliche Neuerungen

René Dell'mour,
Patricia Walter¹

Österreichs Leistungsbilanz wies im ersten Halbjahr 2014 einen geringen Überschuss in Höhe von 0,3 Mrd EUR aus, der de facto als ausgeglichenes Ergebnis interpretiert werden kann. Damit wird ersichtlich, dass die schwache Welthandelsdynamik deutliche Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft zeigt. Neben einer weiteren Eintrübung der Güterbilanz und einem gesunkenen Einnahmenüberschuss aus dem Dienstleistungsverkehr erwartet die OeNB für das Jahr 2014 eine mäßige Ertragsentwicklung bei heimischen Direktinvestitionen im Ausland. Die bislang deutlich positive Leistungsbilanz, Ausdruck der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und Voraussetzung für seine Rolle als aktiver Investor, folgt damit einem fallenden Trend. Methodische Neuerungen zur Harmonisierung der österreichischen Zahlungsbilanz gemäß internationalen Statistikvorgaben (6. Zahlungsbilanzmanual des IWF, BPM6, Europäisches System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010, ESVG 2010) führten zu strukturellen Änderungen und Detaillierungen der Leistungsbilanz, machten jedoch – abgesehen von regulär stattfindenden Revisionen – keine substantiellen Änderungen der bisher veröffentlichten Ergebnisse erforderlich.

1 Einleitung

Im Einklang mit internationalen statistischen Vorgaben (BPM6, ESVG 2010) wurde die Zahlungsbilanzstatistik in Österreich im Oktober 2014 auf neue methodische Grundlagen gestellt. Im Ergebnis führte diese außerordentliche Revision zu strukturellen Änderungen der Zahlungsbilanzstatistik, machte jedoch – abgesehen von regulär stattfindenden Revisionen – keine substantiellen Änderungen der bisher veröffentlichten Ergebnisse erforderlich. Gleichzeitig erlaubt die neue Darstellungsform eine noch detailliertere und realitätsgetreuere Darstellung des Außenwirtschaftsgeschehens.

Im Folgenden werden die inhaltlichen Änderungen, ihre Auswirkungen im Bereich der Statistik sowie aktuelle Entwicklungen in der Außenwirtschaft im ersten Halbjahr 2014 beschrieben. Kapitel 2 beschäftigt sich mit den Ergebnissen der Leistungsbilanz, Kapitel 3 mit jenen des Kapitalverkehrs.

2 Leistungsbilanz

Die Einführung des BPM6 des IWF folgte dem Ziel, das realwirtschaftliche Faktum internationaler Produktions- und Wertschöpfungsketten als Folge der Auslagerung von einzelnen Produktionsschritten in Billiglohnländer statistisch zu erfassen. Die bisherige Darstellung der Außenwirtschaftsströme wurde diesem Anspruch nicht gerecht: Sie bildete lediglich die Vervielfachung der Güterströme ab, nicht jedoch die Wertschöpfung des jeweiligen Landes. Darüber hinaus wurde mit dem BPM6 eine weitestgehende Harmonisierung mit dem Außenkonto im System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen umgesetzt. Die Änderungen, die sich daraus für die Darstellung der Leistungsbilanz ergaben, sind im Wesentlichen:²

Reklassifikation des Güterhandels

- Streichung der Ein- und Ausfuhr von Waren zum Zweck der Weiterverarbeitung (Lohnveredelung)

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, rene.dellmour@oenb.at; patricia.walter@oenb.at

² Für eine detaillierte Beschreibung siehe Walter, P. (2014). Revision der Leistungsbilanz. Statistiken – Daten & Analysen Q1/2014, S. 71–78.

- Streichung der Ein- und Ausfuhr von Transportfahrzeugen (Flugzeuge, Schiffe) zum Zweck der Instandhaltung und Reparatur
- Integration des Transithandels als Export in Höhe der Differenz zwischen dem Kauf und Verkauf von Waren (vormals Dienstleistungsverkehr)
- Integration der Ein- und Ausfuhr wertvoller Güter im Zuge des Reiseverkehrs (vormals Dienstleistungsverkehr)
- Integration des Warenverkehrs über Drittstaaten im Zuge der Lohnveredelung
- Bereinigung der Handelsströme um Ein- und Ausfuhr von Unternehmen, die in Österreich eine Steuernummer zur Umsatzsteuervoranmeldung besitzen (Meldepopulation der Außenhandelsstatistik), aber laut Firmenregister nicht gebietsansässig sind

Reklassifikation des Dienstleistungsverkehrs

- Integration der Gebühr für die Weiterverarbeitung von Waren (Lohnveredelung, vormals Bruttoströme im Güterhandel)
- Integration der Gebühr für Instandhaltung und Reparatur (Transportmedien: vormals Bruttoströme im Güterhandel; Anlagegüter: vormals Architektur-, Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen)
- Integration der indirekt verrechneten Kundengebühren im Bankgeschäft („Financial Services Indirectly Measured“, FISIM; vormals Vermögenseinkommen)
- Integration des Erwerbs/der Veräußerung von Patenten und Lizenzen als Ergebnisse von Forschung und Entwicklung (vormals Vermögensübertragungen)
- Reklassifikation von Regiekosten zur jeweiligen Dienstleistungsart (vormals

Dienstleistungen zwischen verbundenen Unternehmen)

Reklassifikation von Einkommen und Laufenden Transfers

- Trennung in Primäreinkommen (im Zusammenhang mit Produktionsprozessen und Vermögensbildung bzw. Finanzierung) und Sekundäreinkommen (im Zusammenhang mit Umverteilung)
- Streichung von indirekt verrechneten Kundengebühren im Bankgeschäft (FISIM)
- Reklassifikation von Zentralbankgewinn im Rahmen des ESZB (vormals Laufende Transfers bzw. Sekundäreinkommen).

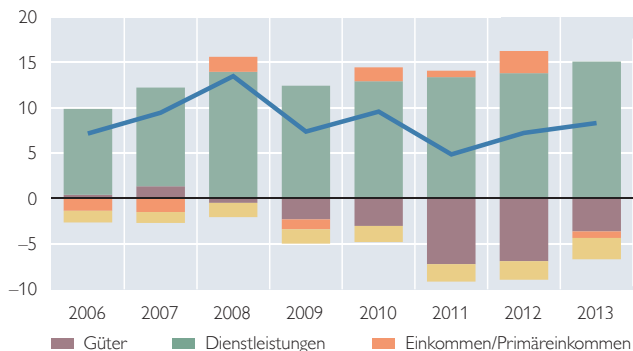
2.1 Entwicklung der Leistungsbilanz in den Jahren 2006 bis 2013

Die Leistungsbilanz ergab im Jahr 2013 – nach erfolgter Statistikumstellung – einen Überschuss in Höhe von rund 3,3 Mrd EUR oder 1 % des BIP (laut ESVG 2010). Der Vergleich mit dem letztveröffentlichten Ergebnis (8,5 Mrd EUR oder 2,7 % des BIP) zeigt eine deutliche Verringerung des Leistungsbilanzüberschusses. Darin spiegelt sich jedoch nicht die konzeptionelle Änderung wider, sondern eine regulär stattfindende Revision der Erträge aus Direktinvestitionen. Bis diese auf Basis der Unternehmensbilanzen für das jeweilige Berichtsjahr gemeldet werden können, müssen die Ergebnisse geschätzt werden. In Zeiten wirtschaftlicher Umbrüche unterliegen diese Schätzungen im besonderen Maß der Unsicherheit, weshalb die Entwicklung der Direktinvestitionen im Ausland für die Jahre 2012 und 2013 zu positiv angenommen wurde. Folglich trübte sich die Bilanz der Primäreinkommen in den Jahren 2012 und 2013 nach erfolgter Revision ein. Darüber hinaus reduziert sich der Indikator „Leistungsbilanz in

Zusammensetzung der Leistungsbilanz in den Jahren 2006 bis 2013

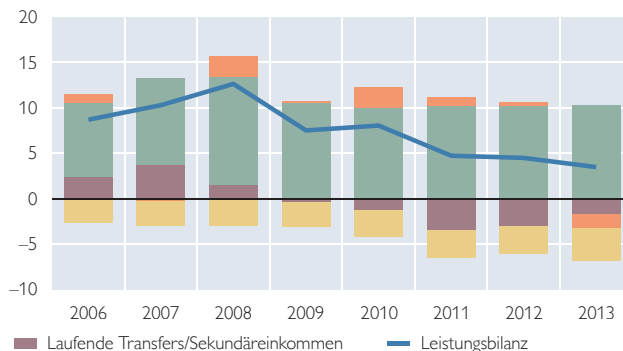
vor Revision

in Mrd EUR



nach Revision

in Mrd EUR



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Prozent des Bruttoinlandsprodukts“ wie alle am BIP gemessenen Quoten, da die Umsetzung des ESVG 2010 zu einer Erhöhung des BIP im Ausmaß von rund 3,5 % geführt hat.

Im Beobachtungszeitraum 2006 bis 2013, für den die Leistungsbilanzergebnisse bislang nach dem neuen Statistikkonzept rückgerechnet wurden, haben die beschriebenen Umschichtungen zwischen Güter- und Dienstleistungshandel zu einer Verbesserung (tendenzielle Aktivierung) des Saldos der Güterbilanz und umgekehrt zu einer Verringerung des Überschusses aus dem Dienstleistungsverkehr geführt. Das bedeutet, die spiegelbildlichen Reklassifikationen hatten weitestgehend keinen Einfluss auf das Leistungsbilanzergebnis. Die Bilanz der Sekundäreinkommen (vormals Laufende Transfers) hat sich im Zuge der Neuberechnung im gesamten Beobachtungszeitraum passiviert. Das ist einerseits auf bessere Informationen aus administrativen Datenquellen zurückzuführen, die im Zuge der Statistikumstellung berück-

sichtigt wurden, andererseits auf Umschichtungen zu anderen Teilbilanzen. Im Speziellen ist auf die Reklassifikation von Zentralbankgewinn, der innerhalb des ESZB ausgeschüttet wird, hinzuweisen. Diese Zuflüsse werden seit der Revision als Primäreinkommen klassifiziert. Damit schlägt sich auch die Passivierung der Sekundäreinkommen nur zu einem Teil auf das Leistungsbilanzergebnis nieder.

Für den Zeitraum 2006 bis 2011, der keinen tourlichen Revisionen mehr unterlag, bestätigen die aktuellen Statistikergebnisse den zuvor beobachteten außenwirtschaftlichen Trend:³ Österreich hat in diesem Zeitraum mehr Güter und Dienstleistungen exportiert als importiert, was der Volkswirtschaft insgesamt ermöglichte, nicht auf eine Finanzierung im Ausland angewiesen zu sein, sondern aktiv im Ausland investieren zu können. Obwohl sich der Leistungsbilanzüberschuss im Zuge der Finanz-, Wirtschafts- und Fiskalkrise eintrübte, blieb das Ergebnis deutlich über der Null-Linie. Damit konnte die

³ Die scheinbare statistische Glättung des Trends im Jahr 2010 wird durch die Neuberechnung des Transithandels-ertrags aus den zugrundeliegenden Warenströmen verursacht, was zu realitätsnäheren, gleichzeitig jedoch volatileren Ergebnissen führt als das bislang angewandte Spannenkonzept (Anwendung der Handelsspanne auf Basis der Meldung im Rahmen der Leistungs- und Strukturstatistik).

vor dem EU-Beitritt und der Marktöffnung in Osteuropa historisch aufgebaute Nettoschuldnerposition Österreichs gegenüber dem Ausland sukzessive abgebaut werden.

2.2 Entwicklung der Güterbilanz in den Jahren 2006 bis 2013

Der Güterhandel hat der Verringerung des Leistungsbilanzüberschusses, der nach erfolgter Revision in den vergangenen drei Jahren zu beobachten ist, entgegengewirkt: Das Handelsdefizit halbierte sich zwischen 2011 und 2013 auf rund –1,9 Mrd EUR. Wurde im Jahr 2012 noch eine positive Expansionsrate der Exporte verzeichnet (+1,9% oder +2,3 Mrd EUR), die über jener der Importe lag (+1,5% oder 1,9 Mrd EUR), schrumpften die Exporte im Jahr 2013 (–1,2% oder –1,5 Mrd EUR), während der Rückgang der Importe ungefähr doppelt so hoch ausfiel (–2,2% oder –2,8 Mrd EUR).⁴ Im Gegensatz dazu verzeichnete die Außenhandelsstatistik im vergangenen Jahr eine positive Entwicklung der Ausfuhren. Dieser Umstand ist auf konzeptionelle Unterschiede zurückzuführen. So wird in der Zahlungsbilanzstatistik seit der Einführung des BPM6 das ausschließliche Prinzip des Eigentumsübergangs angewandt, während die Außenhandelsstatistik auf das Faktum des Grenzübertritts abstellt. Für die Erfassung des Warenverkehrs in der Güterbilanz bedeutet das, dass Ein- und Ausfuhren von Waren zum Zweck der Weiterverarbeitung (Lohnveredelung) nicht mehr berücksichtigt werden, ebenso wenig wie Ein- und Ausfuhren von Unternehmen, die in Österreich nicht gebietsansässig sind. Demgegenüber werden sowohl Wareneinkäufe

und Verkäufe berücksichtigt, die ein ansässiges Unternehmen über Drittstaaten im Zuge der Lohnveredelung abwickelt, als auch der Transithandel. Der Ertrag aus dem Transithandel ging in Österreich im Jahr 2013 deutlich zurück (2,3 Mrd EUR gegenüber 3,8 Mrd EUR im Jahr 2012). Stellt man die gesunkenen internationalen Rohstoffpreise als Ergebnis einer geringeren Nachfrage im Zuge der globalen Konjunkturschwäche in Rechnung, muss auch die Handelsspanne der Transithändler gesunken sein. Die konzeptionellen Unterschiede zwischen Außenhandelsstatistik und Zahlungsbilanz sind in Tabelle 1 dargestellt.

Die erfolgte Statistikumstellung hat zu einer Verbesserung bzw. tendenziellen Aktivierung der Güterbilanz beigetragen. Das ist vor allem auf die

Tabelle 1

Konzeptionelle Unterschiede zwischen Außenhandelsstatistik und Zahlungsbilanz

	Warenverkehr im engeren Sinn
+	Lohnveredelung im Ausland
+	Lohnveredelung im Inland
+	Hafendienste
	Warenverkehr gemäß Außenhandelsstatistik
–	Lohnveredelung im Ausland
–	Lohnveredelung im Inland
–	Cif/fob Korrektur
–	Korrektur um EU-Zollgebühren
–	Korrektur um ausländische Unternehmenseinheiten
+	Illegaler Warenverkehr
+	Hilfslieferungen
+	wertvolle Güter im Reiseverkehr
+	Transithandelsströme
+	Warenverkehr ohne Grenzübertritt
	Allgemeiner Warenverkehr gemäß Zahlungsbilanzstatistik
+	Nichtmonetäres Gold
	Güterbilanz gemäß Zahlungsbilanzstatistik

Quelle: OeNB.

⁴ Der stärkste Rückgang war bei der Einfuhr von Brennstoffen und Energie zu verzeichnen (–2,5 Mrd EUR oder –14,7%). Rückläufig war vor allem die Importmenge von Öl und Gas. Hinzu kam der gesunkene internationale Rohstoffpreis.

Erhöhung der Exporte durch die Integration des Transithandels zurückzuführen. Hinzu kommt die Streichung von Ein- und Ausfuhren zum Zweck der Lohnveredelung. Da Österreich als entwickelte Volkswirtschaft mehr Tätigkeiten einfacher Technologie ins Ausland auslagert als umgekehrt ausländische Firmen in Österreich durchführen lassen, ist der Saldo daraus tendenziell negativ.

2.3 Entwicklung der Dienstleistungsbilanz in den Jahren 2006 bis 2013

Auch der Dienstleistungsverkehr trug nicht zum Abschwung des Leistungsbilanzüberschusses seit dem Jahr 2011 bei, sondern übte vielmehr einen stabilisierenden Einfluss aus: Zwischen 2011 und 2013 erhöhte sich der positive Saldo auf 10,8 Mrd EUR. Im Jahr 2013 belebte sich sowohl die Expansionsrate der Exporte (+7,1%) als auch jene der Importe (+9%). Fasst man die über 70 verschiedenen Dienstleistungsarten in die sechs Kategorien Reiseverkehr, Transport, technische Dienstleistungen, Beratungsleistungen, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen sowie traditionelle Dienstleistungen zusammen, so zeigt sich folgendes Detailbild auf Basis des neuen Statistikkonzepts:⁵ Den höchsten Einnahmenüberschuss im Jahr 2013 ergab der Reiseverkehr mit einem Plus von 7,5 Mrd EUR. Damit leistete der Tourismus einen Deckungsbeitrag zum Handelsdefizit in Höhe von rund dem Vierfachen. Hinter dem Reiseverkehr verzeichneten die technischen Dienstleistungsarten den zweithöchsten Einnahmenüberschuss in Höhe von

3,3 Mrd EUR. Dazu trugen insbesondere Ingenieursleistungen (Planung und Konstruktion von technischen Systemen wie Maschinen, technische Instrumente, Verfahren und Materialien), EDV-Dienstleistungen (unter anderem Hardware- und Software-Beratung und Implementierung, Entwicklung von Betriebssystemen, Netzwerkbetreuung) sowie Leistungen in Forschung und Entwicklung bei. Die höchste Exportdynamik verzeichneten im Jahr 2013 die Lohnveredelung sowie die Beratungsleistungen, im Besonderen Unternehmensberatung sowie Werbung und Marktforschung. Auch auf der Importseite entwickelte sich Lohnveredelung dynamisch, gefolgt von Instandhaltung und Reparatur.

Die Verschiebung der Lohnveredelung zu den Dienstleistungen und die gleichzeitige Streichung des Transithandels aus dieser Teilbilanz im Zuge der erfolgten Statistikumstellung haben im gesamten Beobachtungszeitraum zu einer Verringerung des Saldos aus dem Dienstleistungsverkehr geführt, spiegelbildlich zur Verbesserung der Güterbilanz. Gebremst wurde dieser Effekt durch die Umschichtung der indirekt verrechneten Bankgebühren zu den Dienstleistungen, wodurch sich gleichzeitig der Saldo der Primäreinkommen aus diesem Titel verringerte.

Der Außenbeitrag (Saldo aus Güter- und Dienstleistungshandel) betrug im Jahr 2013 nach dem neuen Statistikkonzept 8,9 Mrd EUR oder 2,7% des BIP. Im Vergleich zu den bislang veröffentlichten Ergebnissen sank der Beitrag der Außenwirtschaft zur Wirtschaftsleistung um 2,7 Mrd EUR oder

⁵ Technische Dienstleistungen: Instandhaltung und Reparatur, Gebühren für die Nutzung geistigen Eigentums, Telekommunikations-, Computer- und Informationsdienstleistungen, Dienstleistungen der Forschung und Entwicklung, technische Dienstleistungen i.e.S.; Beratungsleistungen: Rechts-, Steuer-, Unternehmensberatung, Werbung und Marktforschung; traditionelle Dienstleistungen: Lohnveredelung, Bauleistungen, Abfallbehandlung, Landwirtschaft und Bergbau, Vermietung, Handelsdienstleistungen, persönliche Dienstleistungen, staatliche Dienstleistungen, übrige unternehmensbezogene Dienstleistungen.

um einen Prozentpunkt. Die Außenwirtschaftsströme (Exporte und Importe von Gütern und Dienstleistungen) erreichten laut neuem Konzept ein Ausmaß von rund 334 Mrd EUR oder 104% des BIP gegenüber 342 Mrd EUR oder 109% des BIP laut bisheriger Veröffentlichung. Neben dem Effekt des gemäß ESVG 2010 gestiegenen BIP gaben die Neuberechnung des Transithandels sowie die Streichung von Warenströmen (im Zuge von Lohnveredelung und Reparatur sowie Transaktionen ausländischer Einheiten) für diese Revisionen den Ausschlag.

2.4 Entwicklung der Leistungsbilanz im ersten Halbjahr 2014

Im ersten Halbjahr 2014 erfuhr der Schrumpfungsprozess des außenwirtschaftlichen Überschusses eine deutliche Beschleunigung: Der positive Saldo der Leistungsbilanz reduzierte sich von mehr als 2 Mrd EUR auf rund 0,3 Mrd EUR. In Anbetracht der statistischen Unschärfe einer volkswirtschaftlichen Bilanz, die jährliche Außenwirtschaftsströme in Höhe von rund 200 Mrd EUR darstellt, kann eigentlich von einem ausgeglichenen Ergebnis gesprochen werden. Darin spiegelt sich die Unterbrechung der Welthandelsdynamik wider, die im Verlauf des Jahres 2014 nicht wie erwartet angezogen hat, sondern sich vor allem aufgrund der Importschwäche der Schwellenländer verringerte.⁶ Das Defizit aus dem Güterhandel stieg auf -1,6 Mrd EUR (1. Halbjahr 2013: -0,3 Mrd EUR). Zwar kehrte sich die Exportentwicklung laut Zahlungsbilanz ins Positive (+0,6%), die Importe wuchsen jedoch deutlich stärker (+2,7%, jeweils nominal). Neben den klassischen Außenhandelströmen trug auch der Transithandel zur Schwäche der Exportentwicklung bei.

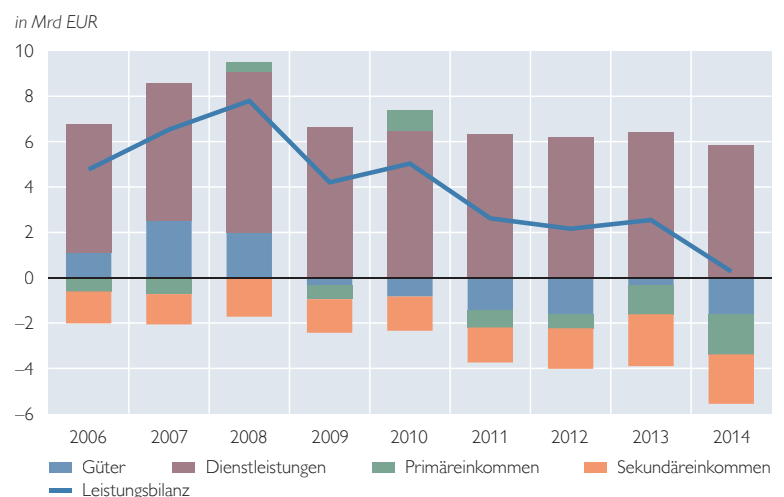
handel zur Schwäche der Exportentwicklung bei.

Aus dem Dienstleistungsverkehr wurde im ersten Halbjahr 2014 weiterhin ein solider Einnahmenüberschuss erzielt (5,8 Mrd EUR), der aber hinter dem Ergebnis des Vergleichszeitraums zurückblieb (6,4 Mrd EUR). Die erfolgreiche Entwicklung der Reiseverkehreinnahmen erhielt im Jahr 2014 eine Dämpfung. Von Jänner bis Juni 2014 sank die Zahl der Übernachtungen ausländischer Gäste um 2,1%. Dass gleichzeitig die Zahl der Ankünfte aus dem Ausland gestiegen ist, weist darauf hin, dass sich der Trend zu Kurzurlauben fortsetzt. Die negative Entwicklung der Nächtigungszahlen ist zu einem Gutteil auf den wichtigsten Herkunftsmarkt, Deutschland, zurückzuführen.

Neben dem Reiseverkehr flachte sich auch die Entwicklung der Auslandsnachfrage in den Dienstleistungsbereichen Lohnveredelung, Beratungs-

Grafik 2

Zusammensetzung der Leistungsbilanz in den Jahren 2006 bis 2014 im ersten Halbjahr



⁶ Schiman, S. (2014). Jähe Unterbrechung der Konjunkturerholung im 1. Halbjahr 2014. *Wifo-Monatsberichte* 9/2014, S. 587.

leistungen sowie in den bislang dynamisch wachsenden Sparten EDV und Ingenieurwesen ab. Getrennt nach den wichtigsten Partnerländern ist zu beobachten, dass die Dienstleistungsexporte im wichtigsten Zielmarkt Deutschland im ersten Halbjahr 2014 noch um rund 3% expandierten, während sich die Exportdynamik gegenüber der Schweiz deutlich verlangsamte (+1,2%) und aus Italien ein Nachfragerückgang zu verzeichnen war (-2,7%). Rückläufige Exporterlöse ergab auch der Dienstleistungsverkehr mit den USA (-5,6%), während sich die Nachfrage aus dem Vereinigten Königreich (+10,6%) und den Niederlanden (+3%) positiv entwickelte. Im Gegensatz zum Warenverkehr (laut Außenhandelsstatistik -12%) waren die Dienstleistungsexporte nach Russland, die zu rund der Hälfte auf Reiseverkehrseinnahmen beruhen, bislang nur geringfügig von den aktuellen geopolitischen Spannungen betroffen (-0,9%).

Neben der weiteren Passivierung der Güterbilanz und dem gesunkenen Einnahmenüberschuss aus dem Dienstleistungsverkehr ergaben sich im ersten Halbjahr 2014 per Saldo Einkommensabflüsse (Primär- und Sekundäreinkommen) in Höhe von rund 4 Mrd EUR. Das steht im Einklang mit der OeNB-Prognose, wonach sich die Erträge heimischer Direktinvestitionen im Ausland im aktuellen Jahr nur mäßig entwickeln werden. Im Ergebnis folgt die Leistungsbilanz – bislang deutlich positiv als Ausdruck der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und Voraussetzung seiner Rolle als aktiver Investor – einem fallenden Trend.

3 Kapitalbilanz

Die Umsetzung des BPM6 und ESVG 2010 bewirkt zwei Änderungen, die sich auf die gesamte Kapitalbilanz beziehen: Erstere betrifft die Vorzeichen-

regelung: Bisher richteten sich die Vorzeichen nach der „Richtung des Geldflusses“. Der Zukauf ausländischer Wertpapiere, der Erwerb von Unternehmensanteilen im Ausland, die Kreditgewährung der Banken an Ausländer oder das Wachstum der Währungsreserven – mit anderen Worten, der Aufbau von Auslandsforderungen – wurde bisher stets mit einem negativen Vorzeichen ausgewiesen, weil dabei Geld ins Ausland abfloss. Der Aufbau von Verbindlichkeiten, verbunden mit einem Geldzufluss nach Österreich, war dagegen mit einem positiven Vorzeichen versehen. Die Nettoposition ergab sich als Summe der Änderung von Forderungen und Verpflichtungen. Ein Kapitalexport, das Spiegelbild eines Leistungsbilanzüberschusses, hatte ein negatives Vorzeichen. In der Erwartung, dem breiten Publikum das Verständnis der Zahlungsbilanz zu erleichtern, wurde mit dem BPM6 eine „Bestandsrichtweise“ eingeführt: Zuwächse – sowohl von Forderungen, als auch von Verpflichtungen – werden ab sofort mit einem positiven Vorzeichen versehen. Die Änderung der Nettoauslandsposition ergibt sich nunmehr als Differenz zwischen dem Zuwachs an Auslandsforderungen abzüglich des Zuwachses an Auslandsverpflichtungen. Konsequenterweise hat ein Netto-Kapitalexport nunmehr ein positives Vorzeichen.

Um den Anforderungen des ESVG 2010 zu genügen, wurde außerdem in der Kapitalbilanz eine durchgehende Gliederung nach den einzelnen volkswirtschaftlichen Sektoren vorgenommen. Zusätzlich wurde der Finanzsektor tiefer gegliedert, um der zunehmenden Komplexität dieses Wirtschaftsbereichs besser Rechnung zu tragen. Dabei wurden Holdinggesellschaften ohne Managementfunktion aus dem Sektor der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften in den finanziellen Sektor umgeschich-

tet.⁷ Die Abgrenzungen zwischen den Sektoren wurden neu definiert, was im Falle Österreichs zu merklichen Umschichtungen aus dem Unternehmenssektor in den Staatssektor geführt hat.

3.1 Neue internationale Richtlinien für die Berichterstattung zu den Direktinvestitionen

Die konzeptionellen Änderungen im Bereich der Direktinvestitionen, wie sie durch das BPM6 und die 4. Auflage der sogenannten „benchmark definition“ der OECD⁸ bestimmt werden, lassen sich in vier Bereiche zusammenfassen:

1. Reichweite der „Direktinvestitionsbeziehung“
2. Ausweitung der Finanzierungsinstrumente
3. Zusätzliche Gliederungen
4. Zusätzliche Darstellung nach Forderungen und Verpflichtungen

Die unter den Punkten eins und zwei zu nennenden Änderungen lassen sich auch als „Ausweitung“ des Direktinvestitionsbegriffs interpretieren. Beide Änderungen wurden in Österreich bereits seit 2006 schrittweise implementiert, sodass sich aus diesem Titel ab dem Berichtsjahr 2010 keine weiteren Veränderungen ergaben.

Während sich die Direktinvestitionsbeziehungen bis einschließlich 2005 auf direkte und indirekte Beteiligungen (ab 10%) konzentriert hatten, sind seit dem Berichtsjahr 2006 auch Beziehungen über längere Ketten zu berücksichtigen, sofern es sich um Kontrollbeziehungen (>50%) handelt. Neu ist auch die Einbeziehung sämtlicher „Schwesternbeziehungen“,⁹ die bis 2005 gar nicht, ab 2006 nur dann

berücksichtigt wurden, wenn der österreichische Partner in zumindest eine unmittelbare Direktinvestitionsbeziehung eingebunden war. Die entsprechenden Kreditbeziehungen waren bis dahin als „Einlagen und Kredite“ unter den „sonstigen Investitionen“ verbucht worden.

Die Ausweitung im Bereich der Finanzierungsinstrumente geht heute so weit, dass im Prinzip alle finanziellen Beziehungen zwischen allen Angehörigen eines „Direktinvestitionsnetzes“ zu erfassen sind. Damit findet ein stetiger Ausweitungprozess ein Ende, der begann, als man neben den Eigenkapitalanteilen zunächst die langfristigen, später auch die kurzfristigen konzerninternen Kredite dem Direktinvestitionskapital zurechnete. Mittlerweile sind auch Wertpapiere, Eigenkapitalbeziehungen zwischen Schwestern und Anteile von Töchtern an Müttern („reverse equity“) zum Direktinvestitionskapital zu rechnen. Ein Nachteil dieser Begriffsausweitung liegt darin, dass die typische „Stabilität“ von Direktinvestitionsbeziehungen, die eigentlich den analytischen Wert des Begriffs ausmacht, verloren zu gehen droht. Die Manuals schließen heute nur mehr konzerninterne Finanzbeziehungen auf Basis von Derivaten sowie Kreditbeziehungen zwischen verbundenen Banken aus der Direktinvestitionsstatistik aus.

Unter den zusätzlichen Gliederungen ist vor allem die gesonderte Ausweisung von „Special Purpose Entities“ (SPEs) hervorzuheben, die nach europäischen Rechtsvorschriften, in jenen Ländern, wo SPEs eine Rolle spielen, als „Hievon-Position“ zu melden sind. In

⁷ Für eine detaillierte Beschreibung siehe im vorliegenden Heft Andreasch et al. (2014). Auswirkungen der ESVG 2010-Umstellung auf die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung.

⁸ OECD Benchmark Definition of Foreign Direct Investment; fourth edition 2008, Paris 2008.

⁹ Dabei handelt es sich um Unternehmen, die ein und demselben Konzern angehören, aber nicht miteinander kapitalmäßig verflochten sind.

Österreich sind SPEs erstmals im Jahr 2005 aufgetreten und werden bereits seit 2006 gesondert publiziert. Weiters empfiehlt die OECD, die passiven Direktinvestitionsbestände nach dem „Ursprungsland-Prinzip“ auszuweisen und die aktiven Direktinvestitionen nach der Branche des Tochterunternehmens zu gliedern. Beide Vorschläge werden in Österreich bereits seit Langem umgesetzt. Auch die Unterteilung des Eigenkapitals in börsennotierte Aktien, nicht-börsennotierte Aktien und „sonstiges Eigenkapital“ ist in Österreich ab sofort verfügbar. Die Empfehlung, bei den Direktinvestitionsflüssen „Mergers and Acquisitions“ – also die Beteiligung an oder die Übernahme von bestehenden Unternehmen – von sonstigen Formen von Direktinvestitionen (Neugründungen, Erweiterungsinvestitionen) zu trennen, befindet sich in Österreich in einer Testphase.

Neu ist schließlich auch die zusätzliche Darstellung der Direktinvestitionen nach dem sogenannten „assets and liabilities principle“, also die Zusammenfassung aller Forderungen bzw. aller Verpflichtungen aus Direktinvestitionen ohne Rücksicht auf die Richtung der Direktinvestitionsbeziehung (aktiv oder passiv). Dabei handelt es sich nur um eine geänderte Darstellungsform, die die einzelnen Komponenten der üblichen Direktinvestitionsstatistik nach dem „directional principle“ anders zusammenfasst. Während in der derzeitigen (und auch künftig weitergeführten) Standardform der Darstellung „reverse investments“, also Forderungen der Töchter gegen die Mütter in Form von Krediten (oder Eigenkapitalanteilen), mit den grundlegenden Direktinvestitionsbeziehungen saldiert werden, sollen künftig in der Zahlungsbilanz und in

der Internationalen Vermögensposition die Bruttowerte aller Forderungen und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Direktinvestitionen (bzw. deren Veränderung) ausgewiesen werden.¹⁰

Die auf Anregung diverser internationaler Organisationen angestellte Rückrechnung führt nur im Zeitraum 2006 bis 2009 zu konzeptionellen Änderungen, da die Einrechnung von Schwesternkrediten damals noch unvollständig war. Ab dem Berichtsjahr 2010 gab es – abgesehen von der Darstellungsform – keine weiteren substanziellen Änderungen aufgrund geänderter Richtlinien. Alle Änderungen im Vergleich zu früheren Publikationen gehen daher ausschließlich auf außerordentliche (2010 bis 2012) oder reguläre (2012 und 2013) Revisionen zurück, die durch nachträglich bekannt gewordene Sachverhalte bedingt sind.

3.2 Entwicklung der Direktinvestitionen im ersten Halbjahr 2014

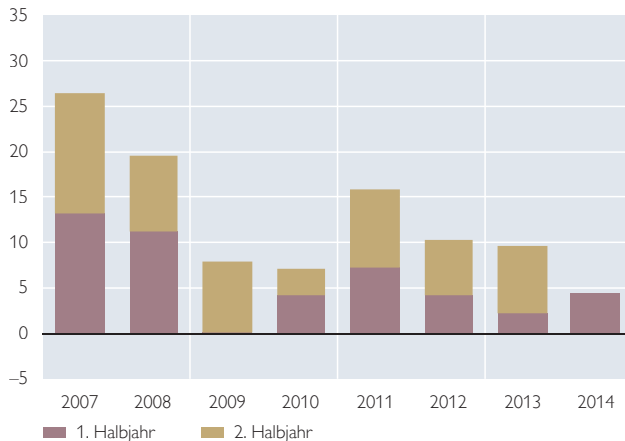
Österreichs Direktinvestitionen verharrten im ersten Halbjahr 2014 auf bescheidenem Niveau, nahe dem Durchschnitt der Jahre seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise. Investoren mit Sitz in Österreich haben 4,5 Mrd EUR in ihren Auslandsbeteiligungen neu veranlagt, ausländische Eigentümer haben ihrerseits 3,5 Mrd EUR in österreichischen Tochterunternehmen investiert. Auffallend ist die Tatsache, dass erstmals seit 1992 auf beiden Seiten Eigenkapital abgebaut wurde: Bei sehr niedrigen Transaktionsvolumina haben aktive Investoren 1,1 Mrd EUR abgezogen, passive Investoren haben ihren Bestand um knapp 1 Mrd EUR reduziert. Dass es dennoch zu einer Ausweitung der Direktinvestitionen kam, ist in erster

¹⁰ Für eine detaillierte Beschreibung siehe Dell'mour, R. (2014). *Direktinvestitionen 2012. Österreichische Direktinvestitionen im Ausland und ausländische Direktinvestitionen in Österreich*, Tabelle 5, OeNB.

Direktinvestitionsumsätze – Transaktionen im Semester

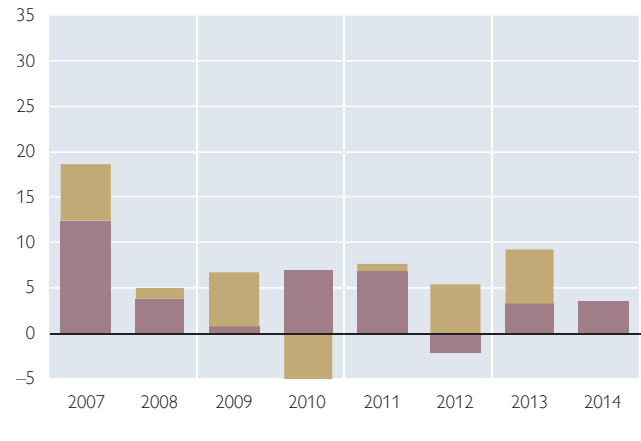
Österreichische Direktinvestitionen im Ausland

in Mrd EUR



Ausländische Direktinvestitionen in Österreich

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

Linie der Gewährung von zusätzlichen Konzernkrediten zu verdanken. Österreichische Konzerne haben ihre Kreditgewährung an ausländische Konzerngesellschaften um 3,5 Mrd EUR ausgeweitet, umgekehrt haben ausländische Eigentümer ihr Kreditangebot netto um 1,7 Mrd EUR erhöht. Die dritte Komponente der Direktinvestitionen, die reinvestierten Gewinne, ergeben sich als Differenz zwischen dem (auf Schätzungen beruhenden) Jahresgewinn für das Jahr 2014 und den tatsächlich gemeldeten Gewinnausschüttungen. Sie können daher stärkeren Revisionen unterliegen. Dabei ergeben sich für die aktiven Direktinvestitionen bisher 2,1 Mrd EUR und für die passiven Direktinvestitionen 2,8 Mrd EUR an Reinvestitionen. Beide Werte sind überdurchschnittlich hoch, was die Folge deutlich gesunkener Dividendenausschüttungen ist. Dieser Rückgang der Dividendenausschüttungen könnte ein Indiz für eine verschlechterte Ertragslage sein, was eine künftige Revision der Ertragsprognose und damit auch der Direktinvestitionsflüsse nach unten zur Folge hätte.

Trotz einer bescheidenen Ausweitung in globaler Hinsicht ergeben sich in regionaler Betrachtung erhebliche Unterschiede. Einem verstärkten Engagement in Frankreich (+1,5 Mrd EUR), Kroatien (+0,8 Mrd EUR), China (+0,7 Mrd EUR) und der Tschechischen Republik (+0,6 Mrd EUR) stehen Rückgänge in Malta (-0,8 Mrd EUR), der Schweiz (-0,3 Mrd EUR) und Italien (-0,2 Mrd EUR) gegenüber. Dabei war in Frankreich und Kroatien die Kreditgewährung entscheidend für den Zuwachs, in China dominieren die Gewinnerwartungen und damit die Reinvestitionen, während bei den übrigen erwähnten Ländern Eigenkapitaltransaktionen das Ergebnis bestimmten.

Auf der Passivseite standen Luxemburg, Frankreich und die Niederlande mit Netto-Neuinvestitionen von etwa 1 Mrd EUR an der Spitze, während Investoren aus Belgien und von den Kaiman-Inseln ihr Engagement (in Form von Krediten) signifikant (um mehr als 800 Mio EUR) verringerten. Im Falle Frankreichs bestanden die Direktinvestitionen vor allem aus Krediten, Luxemburg und die Niederlande als traditio-

nell wichtige Investoren verzeichneten neben Krediten auch zusätzlich hohe Reinvestitionen von Gewinnen. Die Niederlande erreichten den dritten Platz, trotz einer Reduktion des Eigenkapitals um 800 Mio EUR. Deutschland, historisch wichtigster Investor in Österreich, hat im Jahr 2014 vor allem Gewinne reinvestiert, während Eigenkapitalabbau und zusätzliche Konzernkredite einander ausglich. Bemerkenswert sind die Aktivitäten russischer Investoren, die trotz der Ukraine-Krise beinahe 300 Mio EUR an Eigenkapital nach Österreich transferierten (der mit Abstand höchste Wert unter allen Ländern) und weitere 300 Mio EUR an Gewinnen reinvestierten; nur die Kredite wurden um 350 Mio EUR reduziert. Die übrigen wichtigen Investoren, Italien und USA, haben ihr Engagement im ersten Halbjahr 2014 einerseits um 200 Mio EUR in Form von reinvestierten Gewinnen aufgebaut bzw. um 300 Mio EUR an Eigenkapital und Krediten abgebaut.

3.3 Sonstige Änderungen in der Darstellung des Kapitalverkehrs

Die Neuerungen bei Portfolioinvestitionen betreffen überwiegend eine detailliertere Darstellung der Ausprägung von Wertpapieren und deren Emittenten. Neben den bereits heute verfügbaren Informationen über Ursprungslaufzeiten von Schuldverschreibungen ist auch eine Untergliederung der Restlaufzeiten beinhaltet. Erweitert wurde auch die Darstellung der aktiven Portfolioinvestitionen um Emissionswährungen wie auch um die volkswirtschaftlichen Sektoren der ausländischen Emittenten. Die bei den Direktinvesti-

tionen angesprochenen konzerninternen Wertpapierbestände werden nicht mehr in den Portfolioinvestitionen berücksichtigt.

Der Begriff der Sonstigen Investitionen, der bisher vor allem traditionelle Kredite, Einlagen und sonstige Guthaben umfasste, wurde explizit um Komponenten erweitert, die bisher nur teilweise erfasst bzw. nur unter der Sammelposition „Sonstige Forderungen/Verbindlichkeiten“ ausgewiesen wurden. Ein Beispiel sind „sonstige Anteilsrechte“, die keine Direktinvestitionen sind (Beteiligung <10 % außerhalb des Konzernverbands), aber auch keine Wertpapierverbriefungen im Sinne von Portfolioinvestitionen darstellen. In erster Linie handelt es sich dabei um Minderheitsanteile an „limited partnerships“ und ähnlichen Rechtsformen. Des Weiteren sind Forderungen und Verbindlichkeiten aus versicherungstechnischen Rückstellungen gesondert auszuweisen. Aufgrund der geänderten Klassifikation von Kredit- und Einlagenbeziehungen zwischen „Schwesterunternehmen“ als Direktinvestitionskapital sind diese Finanzbeziehungen nicht mehr in den Sonstigen Investitionen beinhaltet.

Bei den Währungsreserven kam es zu keinen Änderungen der Definition und der Abgrenzung von anderen Finanztransaktionen. Eine Neuerung betrifft jedoch die Darstellung der Sonderziehungsrechte beim IWF. Bislang wurden diese Sonderziehungsrechte nur als Aktivposten in der Zahlungsbilanz dargestellt, was eine unvollständige Abbildung der volkswirtschaftlichen Realität bedeutete und auch nicht mit der betriebswirtschaftlichen Bilanzierung der Zentralbanken übereinstimmte.¹¹ Mit

¹¹ Ziehungsrechte sowie Sonderziehungsrechte sind eine vom IWF geschaffene, künstliche Währungseinheit, die zu den Währungsreserven zählt. Sie bieten den Währungsbehörden eines Landes die Möglichkeit, Devisen beim IWF bzw. bei anderen Ländern gegen Hergabe eigener Währung zu erhalten. Der Wechselkurs eines Sonderziehungsrechts ist durch einen Währungskorb wichtiger Weltwährungen definiert und wird werktäglich vom IWF errechnet. Seit 1. Jänner 2011 enthält dieser Korb 41,9 % USD, 37,4 % EUR, 11,3 % GBP und 9,4 % JPY.

der erfolgten Statistikumstellung wurde deshalb den Forderungen, die in den Währungsreserven ausgewiesen werden, eine Verbindlichkeit für die vom Währungsfonds zugeteilten Sonderziehungsrechte als Sonstige Investition

gegenübergestellt. Schließlich wurde der Empfehlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) nachgekommen, die Goldbestände der Notenbank getrennt in physischem Gold und Buchgold darzustellen.

Literaturverzeichnis

- Andreasch, M., Schnabl, N., Wicho, M., Wiesinger, S., Wimmer, G. (2014).** Auswirkungen der ESVG 2010-Umstellung auf die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung. Statistiken – Daten & Analysen Q4/2014, OeNB.
- Dell'mour, R. (2014).** Direktinvestitionen 2012. Österreichische Direktinvestitionen im Ausland und ausländische Direktinvestitionen in Österreich, Sonderheft Statistiken, OeNB, September.
- OECD (2008).** OECD Benchmark Definition of Foreign Direct Investment, fourth edition, Paris.
- Schiman, S. (2014).** Jähre Unterbrechung der Konjunkturerholung im 1. Halbjahr 2014, Wifo-Monatsberichte 9/2014, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien.
- Walter, P. (2014).** Revision der Leistungsbilanz, Die Änderungen im Detail und erste Ergebnisse. Statistiken – Daten & Analysen Q1/2014, OeNB.

Trotz Bilanzkonsolidierung der Kreditinstitute geringfügiges Wachstum von Einlagen und Krediten von privaten Haushalten

Wesentliche Entwicklungen im inländischen Finanzwesen
Jänner bis August 2014

Norbert Schuh¹

Der seit 2011 anhaltende Bilanzsummenrückgang setzte sich weiter fort, wofür der Zwischenbankverkehr verantwortlich war. In der Folge der Leitzinssenkung vom Juni 2014 sanken Einlagen- und Kreditzinssätze weiter. Trotz der historisch niedrigen Zinssätze kam es zu einem mäßigen Einlagenwachstum, das zuletzt von starken Zuwächsen von Investmentfonds und Sozialversicherungsträgern geprägt war. Das Kreditwachstum nichtfinanzieller Unternehmen nahm wieder zu. Die Kredite an private Haushalte gewannen durch Wohnbaukredite wieder etwas an Dynamik. Versicherungen erfreuen sich steigender Beliebtheit bei privaten Anlegern.

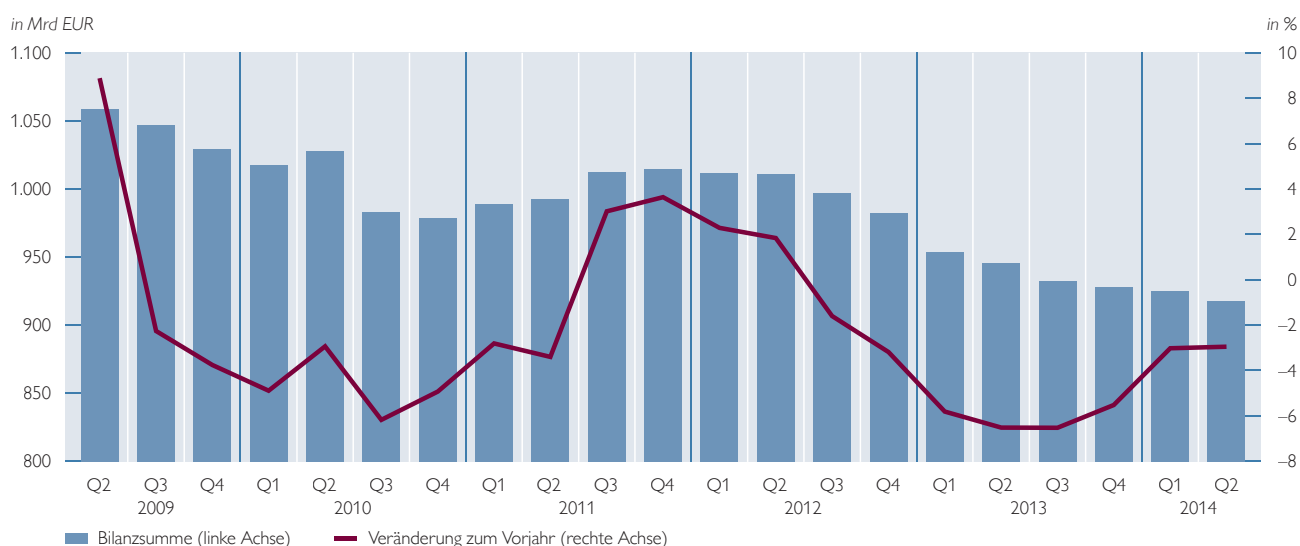
1 Weiterhin rückläufige unkonsolidierte Bilanzsumme

Die unkonsolidierte Bilanzsumme der österreichischen Kreditinstitute reduzierte sich im ersten Halbjahr 2014 um weitere 9,3 Mrd EUR oder 1,0% auf 917,8 Mrd EUR und erreichte den niedrigsten Wert seit Ende 2007 (900,0 Mrd EUR). Im Jahresabstand betrug der

Rückgang 27,7 Mrd EUR oder 2,9%, womit 2014 zumindest eine Abschwächung der negativen Dynamik zu verzeichnen war. Ein durchgängiger Rückgang ist seit Ende 2011 zu beobachten. Für diesen Rückgang in Höhe von 96,5 Mrd EUR oder 9,5% war vor allem der Zwischenbankverkehr im In- und Ausland verantwortlich.

Grafik 1

Unkonsolidierte Bilanzsumme der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute



Quelle: OeNB.

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, norbert.schuh@oebn.at. Der Autor dankt den Mitarbeitern der Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen für wertvolle Vorarbeiten.

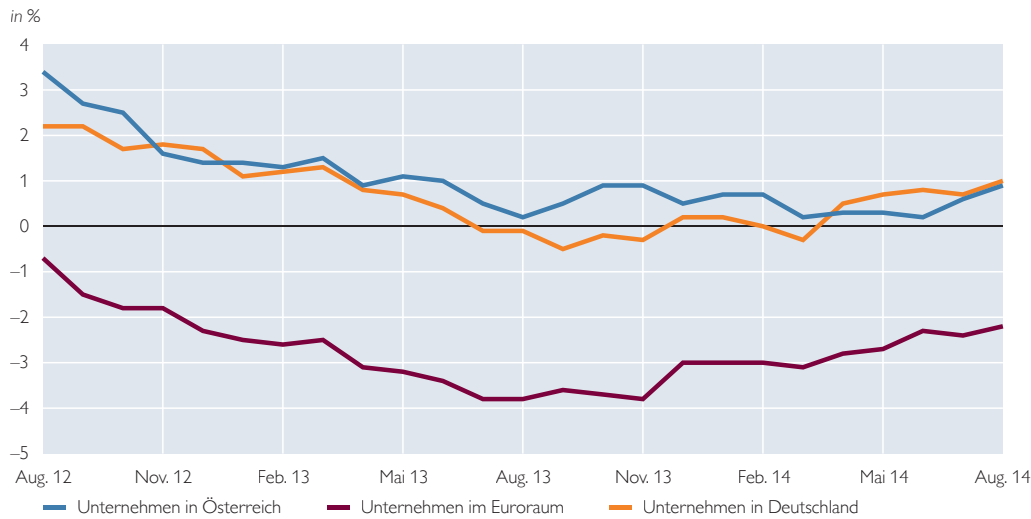
2 Wohnbaukredite und Unternehmenskredite steigen an²

Der um Wechselkurseffekte, Abschreibungen und Reklassifikationen bereinigte Jahresveränderungswert des Volumens von Krediten an nichtfinanzielle Unternehmen in Österreich lag im August 2014 bei 0,9%. Damit scheint die Stagnationsphase bei den Unter-

nehmenskrediten überwunden. Gleichzeitig bauten Unternehmen auch ihre hohen Einlagenbestände ab, wobei diese nach wie vor nahe bei den historischen Höchstwerten lagen. Die Einlagen könnten noch immer Investitionsvolumina von rund fünf Quartalen finanzieren. Angesichts historischer Tiefststände der Einlagenzinssätze dürfte daher der

Grafik 2

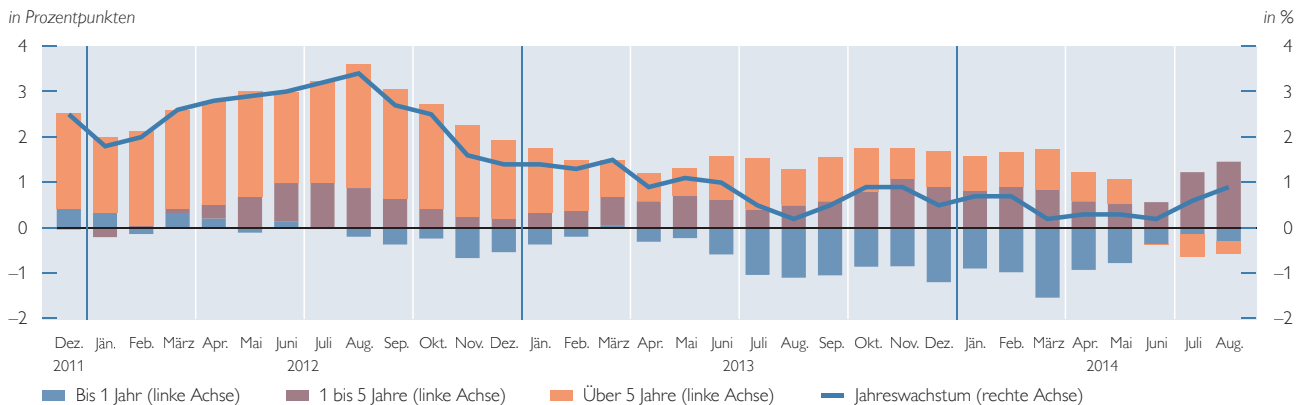
Bereinigte Veränderung der Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen im Vorjahresvergleich



Quelle: OeNB, EZB.

Grafik 3

Beitrag der Komponenten zum Wachstum der Unternehmenskredite



Quelle: OeNB.

² Im Folgenden werden Daten der Monetärstatistik benützt, da die Standveränderungen um nichttransaktionsbedingte Veränderungen bereinigt werden können.

mäßige Kreditanstieg vorrangig nachfrageseitig begründet sein.

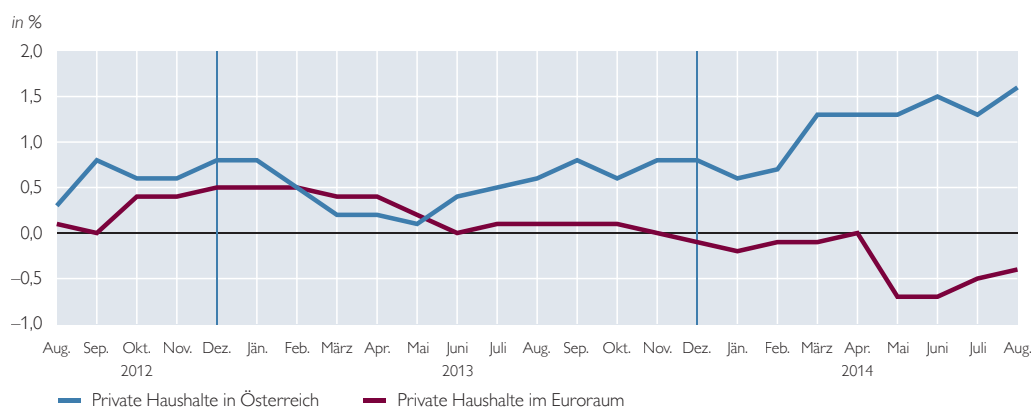
Der Vergleich mit der Entwicklung bei Unternehmenskrediten mit dem Euroraum-Durchschnitt unterstreicht die relativ günstige Situation der heimischen Unternehmen. Die Wachstumsrate der Kredite an Unternehmen in Österreich lag im August 2014 deutlich über dem Durchschnitt des Euroraums von $-2,2\%$, wobei der Kreditrückgang im Euroraum allerdings vor allem auf

die Situation in einigen südeuropäischen Ländern zurückzuführen ist.

Außerdem zeigte sich, dass die Unternehmen die niedrigen Zinssätze nützten, um ihre Finanzierung auf eine stabilere Basis zu bringen. Der Anteil der kurzfristigen Kredite sank in den letzten vier Jahren um 2,8 Prozentpunkte auf $22,6\%$, während die Anteile der Kredite mit längerer Laufzeit (Laufzeit über fünf Jahre) im selben Zeitraum um 1,6 Prozentpunkte bzw. um

Grafik 4

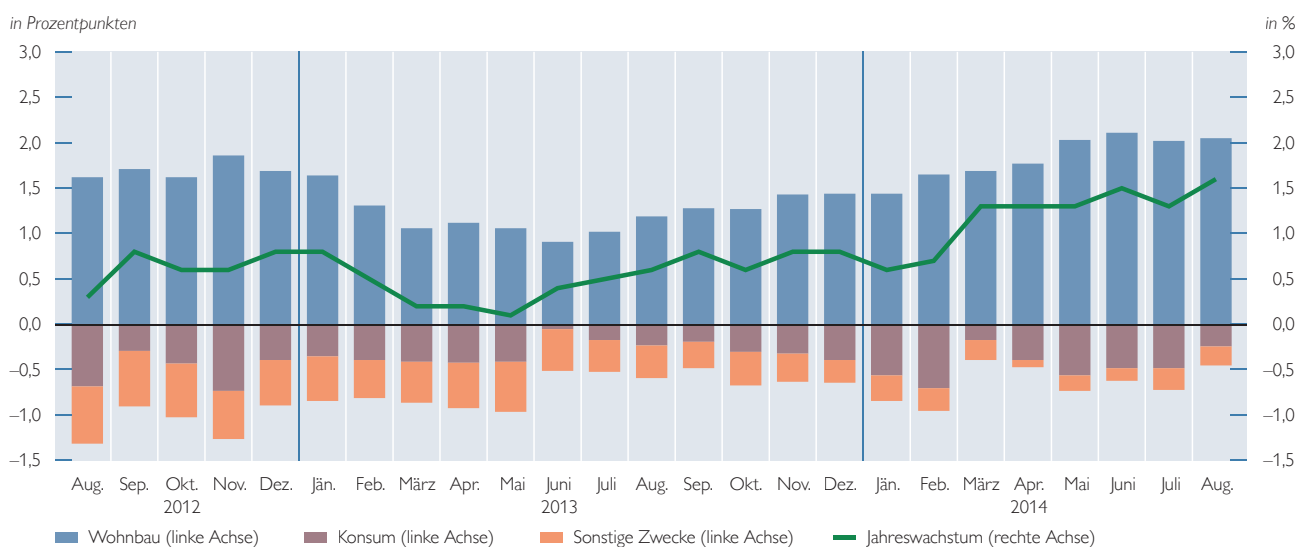
Bereinigte Veränderung der Kredite an private Haushalte im Vorjahresvergleich



Quelle: OeNB, EZB.

Grafik 5

Beitrag der Verwendungszwecke zum Wachstum von Krediten an private Haushalte



Quelle: OeNB.

1,1 Prozentpunkte (Laufzeit von ein bis fünf Jahre) stiegen.

Beim Wachstum der Kredite an private Haushalte in Österreich zeichnete sich seit Mai 2013 (+0,1%) ein leichter Aufwärtstrend ab, der sich im Laufe des Jahres 2014 beschleunigte. Per Ende August 2014 betrug das Wachstum der Kredite an private Haushalte 1,6%. Die Kredite privater Haushalte im Euroraum zeigten 2014 hingegen durchwegs negative Wachstumsraten (im August 2014: -0,4%).

Das Wachstum von Krediten an private Haushalte in Österreich ging in den letzten beiden Jahren ausschließlich auf Wohnbaukredite zurück. Konsumkredite und Kredite für sonstige Zwecke sind dagegen seit Dezember 2011 ständig rückläufig.

3 Einlagenwachstum trotz weiter sinkender Zinssätze

Trotz weiter sinkender Einlagenzinssätze erhöhte sich das aushaftende Einlagenvolumen im August 2014, verglichen mit dem Vorjahr, um 0,7% auf 301,2 Mrd EUR. Hauptverantwortlich für die Anstiege waren Investmentfonds (+10,2%), aber auch Einlagen von Versicherungen und Pensionskassen (+3,8%) bzw. von Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern (+3,8%) wuchsen überdurchschnittlich. Private Haushalte (+0,7%), die mit 214,8 Mrd EUR oder 71,3% den Löwenanteil der Einlagen aller Sektoren ausmachen, stockten ihre Einlagen (+0,7%) ebenfalls auf, Bund und nichtfinanzielle Unternehmen reduzierten hingegen ihre Einlagen.

Bei den privaten Haushalten setzte sich angesichts der niedrigen Zinssätze und einer flachen Zinsstrukturkurve der Trend zu einer Umschichtung zugunsten täglich fälliger Einlagen weiter fort. Während täglich fällige Einlagen im 12-Monats-Abstand um 7,6% zulegten, gingen die Einlagen mit Bindungsfrist

Tabelle 1

Einlagen von österreichischen Nichtbanken

	Stand Aug. 2014	Jahresabstand	
		Aug. 2014	Aug. 2013
	in Mio EUR	in %	
Insgesamt	301.184	0,7	1,2
Private Haushalte	214.841	0,7	0,8
Nichtfinanzielle Unternehmen	51.972	-2,0	1,8
Sonstige Finanzintermediäre	13.210	10,2	-2,2
Versicherungen und Pensionskassen	5.667	3,8	-1,2
Sonstiger Staat	12.063	3,8	9,7
Zentralstaat	3.431	-7,7	8,5

Quelle: OeNB.

Tabelle 2

Einlagen von privaten Haushalten

	Stand Aug. 2014	Jahresabstand	
		Aug. 2014	Aug. 2013
	in Mio EUR	in %	
Insgesamt	214.841	0,7	0,8
Täglich fällig	87.697	7,6	13,3
Einlagen mit Bindungsfrist	127.015	-3,6	-5,7
Bindungsfrist bis 1 Jahr	62.537	-5,0	-13,1
Bindungsfrist 1 bis 2 Jahre	26.024	1,0	12,9
Bindungsfrist über 2 Jahre	38.454	-4,2	-2,3

Quelle: OeNB.

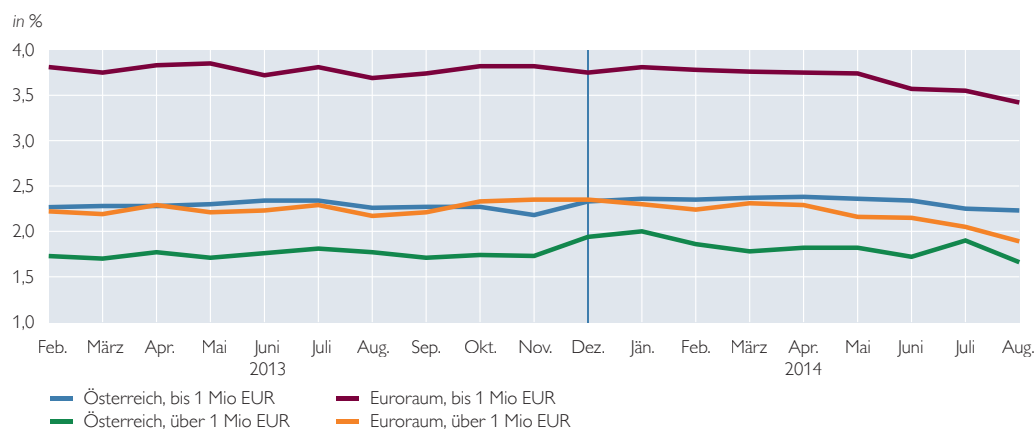
um 3,6% zurück. Sparer suchen in Zeiten mangelnder Orientierung nach größtmöglicher Flexibilität, um jederzeit rasch auf Veränderungen reagieren zu können. Gleichzeitig wenden sich private Haushalte alternativen Veranlagungsformen wie Investmentfonds zu.

4 Leitzinssenkung verbessert die Finanzierungsbedingungen weiter

4.1 Deutlich niedrigere Zinssätze insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen

Die EZB-Leitzinssatzsenkung vom 11. Juni 2014 auf das historisch niedrige Niveau von 0,15% zeigte erste Auswirkungen auf die Geldmarktzinssätze und folglich auch auf die von Banken

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen im Neugeschäft



Quelle: OeNB, EZB.

gebotenen Kundenzinssätze in Österreich.

Die Zinssätze für Kredite bis 1 Mio EUR – diese betreffen häufig Kredite an kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) – gingen seit Ende Mai 2014 um 13 Basispunkte auf 2,23% weiter zurück. Österreichische Unternehmen bezahlten für Kredite bis 1 Mio EUR im August 2014 mit 2,23% um rund 35% weniger an Zinsen als Unternehmen im Euroraum. Für Kredite über 1 Mio EUR (1,66% im März 2014) betrug der Zinsvorteil Österreichs gegenüber dem Euroraum zuletzt (März 2014) rund 12%.

Das historisch niedrige Zinsniveau hält nun schon seit Anfang 2009 an. Für Kredite bis 1 Mio EUR liegt der Zinssatz seit Dezember 2011 unter 3%. Der Zinssatz für Kredite über 1 Mio EUR liegt seit August 2012 sogar unter der 2-Prozent-Marke.

4.2 Zinsvorteil für Konsumkredite bei 30%

Auch die Zinssätze für Konsumkredite in Österreich profitierten von der Leitzinssenkung im Juni und lagen im August 2014 mit 4,94% um 19 Basispunkte unter dem Wert von Ende Mai 2014. Im gesamten Euroraum musste ein

Konsument durchschnittlich 6,37% und damit um knapp 30% mehr bezahlen.

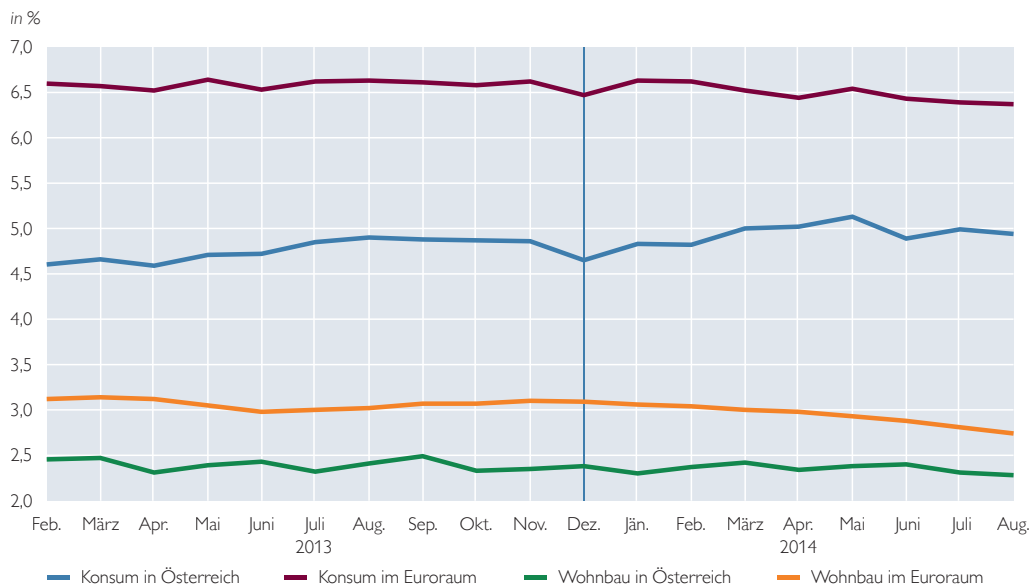
Der Zinssatz für Wohnbaukredite lag im August 2014 mit 2,28% um 10 Basispunkte unter dem Wert vom Mai. In diesem Kreditsegment musste im Euroraumdurchschnitt um 20% mehr für Zinsen aufgewendet werden.

4.3 Historische Tiefststände bei Zinssätzen neu vergebener Einlagen mit Bindungsfrist

Bereits im Juni 2014 wurden bei neu vergebenen Einlagenzinssätzen historische Tiefststände erreicht. Vor dem Hintergrund weiter sinkender Geldmarktzinssätze – der 3-Monats-Euribor (0,19%) reduzierte sich im August um weitere 2 Basispunkte – gingen die Einlagenzinssätze auch im August zurück. Durchschnittlich bekamen private Haushalte in Österreich bei Neuabschluss eines gebundenen Einlagenprodukts einen Zinssatz von 0,65%, und damit um 5 Basispunkte weniger als im Vormonat, geboten. Der entsprechende Euroraum-Vergleichswert lag mit 1,25% (–9 Basispunkte gegenüber Juli) deutlich über dem Zinssatz in Österreich. Im Jahresverlauf war jedoch im Euroraum-Durchschnitt mit –60 Basispunkten

Grafik 7

Kreditzinssätze für private Haushalte im Neugeschäft



Quelle: OeNB, EZB.

eine deutlich stärkere rückläufige Tendenz als in Österreich (-12 Basispunkte) erkennbar. Sowohl in Österreich als auch im Euroraum-Durchschnitt wurden somit neue historische Tiefstände bei Zinssätzen neu vergebener Einlagen mit Bindungsfrist erreicht.

5 Versicherungsgeschäft gewinnt wieder an Dynamik

Zur Jahresmitte 2014 betrug die Bilanzsumme der heimischen Versicherungsunternehmen in Summe 136,2 Mrd

EUR und erhöhte sich damit im Jahresabstand um +6,3%. Im Vergleich dazu wuchs die Bilanzsumme aller Versicherer des Euroraums im Jahresabstand um +7,8% und belief sich zum Ende des zweiten Quartals 2014 auf insgesamt 6.592,5 Mrd EUR. Damit erreichten die Jahreswachstumsraten erstmals wieder ein Niveau wie zuletzt Ende 2012 (Österreich: +7,9%, Euroraum: +6,3%). Der Anteil Österreichs am Vermögensbestand des Euroraums blieb mit 2,1% weitgehend konstant.

Kreditrichtlinien der österreichischen Banken leicht gelockert

Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft vom Oktober 2014

Walter Waschiczek¹

Die Ergebnisse der vierteljährlichen Umfrage über das Kreditgeschäft vom Oktober 2014 zeigen, dass die österreichischen Banken ihre Richtlinien für Kredite an Unternehmen und private Haushalte im dritten Quartal 2014 leicht gelockert haben. Für das vierte Quartal 2014 erwarten die Umfrageteilnehmer einerseits eine minimale Straffung der Kreditrichtlinien im Firmenkundenbereich, andererseits eine geringfügige Lockerung für Wohnbau- und Konsumkredite an private Haushalte. In Hinblick auf die Kreditnachfrage der Unternehmen verzeichneten die befragten Banken im dritten Quartal 2014 einen geringfügigen Rückgang, die Kreditnachfrage der privaten Haushalte blieb stabil. Für das laufende Quartal erwarten die Banken keine Veränderung der Kreditnachfrage der Unternehmen, während im Privatkundengeschäft ein geringfügiger Rückgang der Nachfrage nach Wohnbaukrediten und ein minimaler Anstieg der Nachfrage nach Konsumkrediten erwartet werden.

Im dritten Quartal 2014 haben die österreichischen Banken ihre Kreditvergabepolitik gegenüber Unternehmen und privaten Haushalten leicht gelockert. Das zeigen die Ergebnisse der vierteljährlichen Umfrage über das Kreditgeschäft vom Oktober 2014. Nachdem in den ersten beiden Quartalen des laufenden Jahres eine geringfügige Verschärfung zu verzeichnen gewesen war, haben die Banken im dritten Quartal ihre *Kreditrichtlinien*² im *Firmenkundengeschäft* etwas gelockert. Diese Lockerung, die sowohl Ausleihungen an Großbetriebe als auch KMU-Finanzierungen betraf, begründeten die befragten Institute mit Verbesserungen ihrer Finanzierungsbedingungen auf dem Geld- und Anleihemarkt sowie ihrer Liquiditätsposition. Für das vierte Quartal 2014 erwarten die Umfrageteilnehmer eine minimale Straffung der Kreditrichtlinien.

Darüber hinaus wurden im abgelaufenen Quartal auch einige *Kreditbedingungen*³ für Unternehmensfinanzierungen geringfügig verschärft. Sowohl für Kreditnehmer durchschnittlicher Bonität als auch für risikoreichere Engagements wurden die Margen leicht angehoben. Die übrigen abgefragten Kreditbedingungen (Kreditnebenkosten, Zusatz- oder Nebenvereinbarungen, Sicherheitenerfordernisse, Kredithöhe und Fristigkeit) blieben unverändert.

In Hinblick auf die *Kreditnachfrage* der Unternehmen verzeichneten die befragten Banken im Berichtszeitraum einen geringfügigen Rückgang, nachdem in der Vorperiode keine Veränderung der Nachfrage konstatiert worden war. Als wichtigster Grund wurde – wie schon in den beiden Quartalen zuvor – ein geringerer Finanzierungsbedarf für Anlageinvestitionen genannt. Für das laufende Quartal erwarten die Banken

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, walter.waschiczek@oenb.at

² Kreditrichtlinien sind die internen Kriterien, die festlegen, welche Art von Krediten eine Bank als wünschenswert erachtet. Sie umfassen sowohl die schriftlich festgelegten als auch die ungeschriebenen Regelungen oder sonstigen Gepflogenheiten in Zusammenhang mit dieser Politik.

³ Unter Kreditbedingungen sind die speziellen Verpflichtungen zu verstehen, auf die sich Kreditgeber und Kreditnehmer geeinigt haben.

keine weitere Veränderung der Kreditnachfrage der Unternehmen.

Im *Privatkundengeschäft* wurden im dritten Quartal 2014 die *Kreditrichtlinien* sowohl für Wohnbaufinanzierungen als auch für Konsumkredite minimal gelockert. Als wesentlichsten Faktor nannten die befragten Institute die verschärfte Konkurrenz durch andere Banken. Für das vierte Quartal 2014 wird eine weitere geringfügige Lockerung der Standards sowohl für Wohnbau- als auch für Konsumkredite erwartet. Bei den *Kreditbedingungen* wurden die Margen für Wohnbaufinanzierungen und Konsumkredite durchschnittlicher Bonität geringfügig vermindert, für risikoreichere Engagements wurden sie hingegen marginal verschärft.

Die *Nachfrage* der privaten Haushalte war im dritten Quartal 2014

unverändert; das galt sowohl für Wohnbaufinanzierungen als auch für Konsumkredite. Für das vierte Quartal 2014 werden ein geringfügiger Rückgang der Nachfrage nach Wohnbaukrediten und ein minimaler Anstieg der Nachfrage nach Konsumkrediten erwartet.

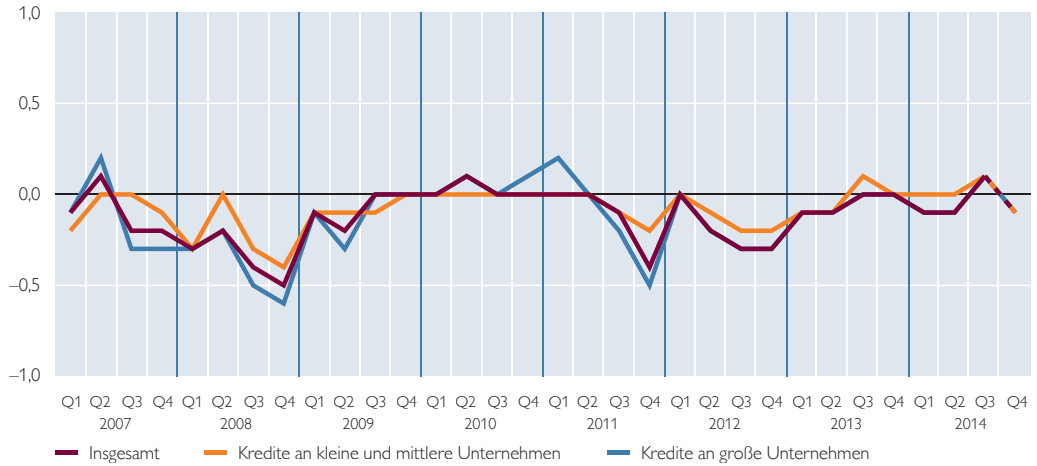
Die Antworten auf die Zusatzfragen zur Refinanzierungssituation der Banken, die der Fragebogen beim aktuellen Befragungstermin wieder enthielt, deuten auf eine relativ stabile Entwicklung im dritten Quartal 2014 hin. Zwar wurden vereinzelt leichte Beeinträchtigungen der Mittelaufnahme auf dem Geld- und Anleihemarkt sowie bei den Kundeneinlagen festgestellt, die Entwicklungen auf den europäischen Staatsanleihemärkten trugen hingegen per saldo minimal zur Lockerung der Finanzierungsbedingungen der österreichischen Banken bei.

Grafik 1

Richtlinien für die Gewährung von Krediten an Unternehmen

Veränderung in den letzten drei Monaten¹

-1 = deutlich verschärft / -0,5 = leicht verschärft / 0 = nicht verändert / 0,5 = leicht gelockert / 1 = deutlich gelockert



Quelle: OeNB.

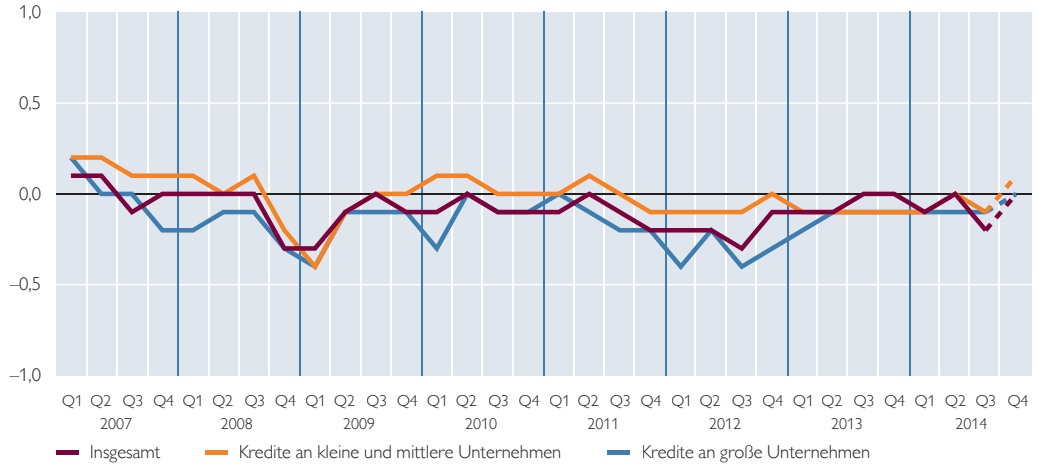
¹ Der letzte Wert stellt die Erwartung der Banken für die Entwicklung in den nächsten drei Monaten dar.

Grafik 2

Nachfrage nach Krediten durch Unternehmen

Veränderung in den letzten drei Monaten¹

-1 = deutlich gesunken, -0,5 = leicht gesunken, 0 = nicht verändert, 0,5 = leicht gestiegen, 1 = deutlich gestiegen



Quelle: OeNB.

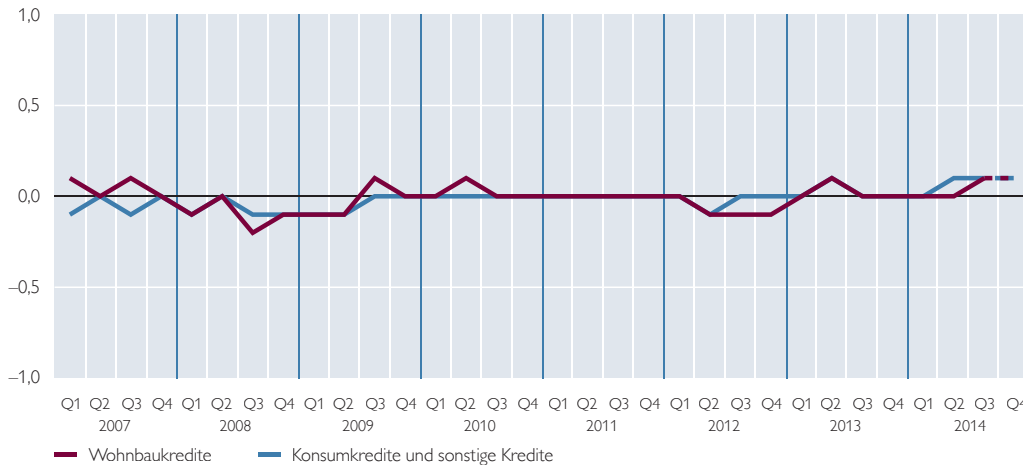
¹ Der letzte Wert stellt die Erwartung der Banken für die Entwicklung in den nächsten drei Monaten dar.

Grafik 3

Richtlinien für die Gewährung von Krediten an private Haushalte

Veränderung in den letzten drei Monaten¹

-1 = deutlich gesunken, -0,5 = leicht gesunken, 0 = nicht verändert, 0,5 = leicht gestiegen, 1 = deutlich gestiegen



Quelle: OeNB.

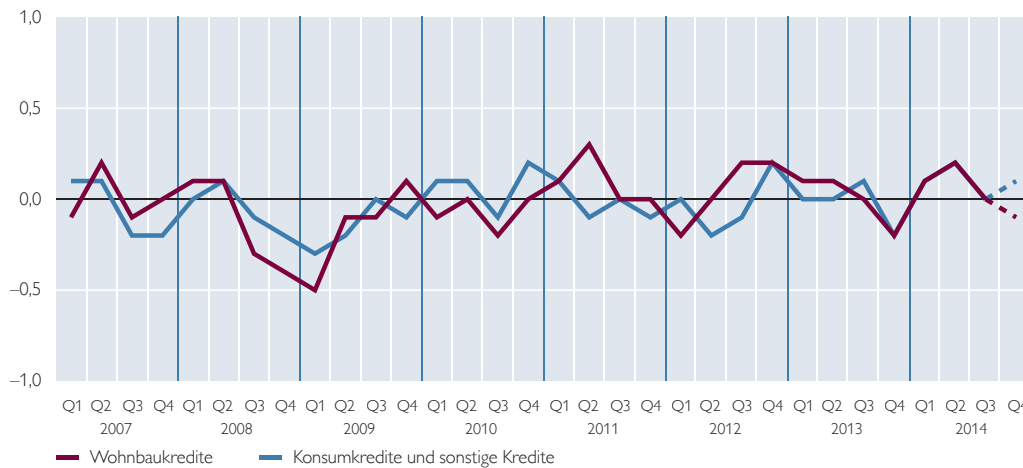
¹ Der letzte Wert stellt die Erwartung der Banken für die Entwicklung in den nächsten drei Monaten dar.

Grafik 4

Nachfrage nach Krediten durch private Haushalte

Veränderung in den letzten drei Monaten¹

-1 = deutlich gesunken, -0,5 = leicht gesunken, 0 = nicht verändert, 0,5 = leicht gestiegen, 1 = deutlich gestiegen



Quelle: OeNB.

¹ Der letzte Wert stellt die Erwartung der Banken für die Entwicklung in den nächsten drei Monaten dar.

ITS on Supervisory Reporting/COREP: Ordnungsnormen NEU

Bernhard Hirsch

Seit 1. Jänner 2014 ist die Capital Requirements Regulation (CRR), d. i. die Verordnung (EU) Nr. 575/2013, in Kraft. Die CRR regelt die Aufsichts-anforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen im Hinblick auf Eigenmittel, Eigenmittelanforderungen, Großkredite, Liquidität, Verschuldung und Offenlegung innerhalb der gesamten Europäischen Union. Begleitend dazu werden sämtliche Meldebestimmungen, die diesen Ordnungsnormen entsprechen, im Bereich Common Solvency Reporting (COREP) des Implementing Technical Standard (ITS) on Supervisory Reporting, d. i. die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 680/2014 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die aufsichtlichen Meldungen der Institute gemäß der CRR, festgelegt. Sie lösen die nationalen Meldeverordnungen zu den Ordnungsnormen ab. COREP ist in Schaubilder (CA 1 bis CA 61) gegliedert, welche die Meldepositionen zu den jeweiligen Teilbereichen enthalten; diese Schaubilder wiederum werden zu nationalen Meldebelegen (mit unterschiedlicher Meldefrequenz) wie folgt zusammengefasst:

- Eigenmittelübersicht (CA 1 bis CA 6): Belege 80/81 (vierteljährlich)
- Eigenmittel – Details zu Kredit-, Markt- und operationellem Risiko (CA 7 bis CA 16 und CA 18 bis CA 25): Belege 82/83 (vierteljährlich)
- Großkredite (CA 26 bis CA 31): Belege VU/VK (vierteljährlich)
- Verlustdaten (CA 17): Belege UV/KV (halbjährlich)
- Liquidität gem. § 25 BWG: Belege PU/PK (monatlich bis 31.12.2014)
- Liquiditätsdeckung (CA 51 bis CA 54): Belege CU/CK (monatlich)
- Stabile Refinanzierung (CA 60, CA 61): Belege NU/NK (vierteljährlich)

- Verschuldung (CA 40 bis CA 46): Belege LU/LK (vierteljährlich)

Zum Meldestichtag 31. März 2014 erfolgten erstmals die COREP-Meldungen zu den Bereichen Eigenmittel, Großkredite, Liquidität und Verschuldung (vormals: Ordnungsnormenausweis) auf Basis des maximalharmonisierten ITS on Supervisory Reporting.

Wichtigste methodologische Neuerungen

Die *Eigenmittel* sind dreistufig gegliedert in das harte Kernkapital (gem. Art. 50 CRR), das zusätzliche Kernkapital (gem. Art. 61 CRR) und das Ergänzungskapital (gem. Art. 71 CRR). Das Tier 3-Kapital entfällt. Der Schwerpunkt wird auf das harte Kernkapital gelegt, das quantitativ durch fixe Kapitalquoten gem. Art. 92 Abs. 1 CRR und die schrittweise Einführung von Kapitalpuffern gem. §§ 23 bis 23d BWG erhöht und qualitativ durch Kriterienkataloge (gem. Art. 28, 52 und 63 CRR) für die Kapitalinstrumente erhärtet wird. Die Eigenmittelanforderungen werden nicht mehr als (absolutes) Eigenmittelerfordernis errechnet, sondern in Form von Kapitalquoten in Relation zum Gesamtrisikobetrag ausgedrückt. Die Detailtemplates zu den Eigenmitteln sind in weiten Teilen an die bisherigen angelehnt, allerdings sind die zu meldenden Daten umfassender und granularer. Die Daten enthalten zum Beispiel zusätzliche Risikopositionen gegenüber KMUs und einen Geographical Breakdown.

Im Bereich der *Großkredite* melden die Institute individuell die zulässige Obergrenze für Großkredite gegenüber Instituten und Nichtinstituten iSd Art. 395 Abs. 1 CRR (CA 26) sowie die detaillierte Kennung der Gegenpartei (CA 27). Die ursprünglichen Risi-

Tabelle 1

Zentrale Meldepositionen in COREP

Beleg	Bezeichnung	Rechtsgrundlage (CRR)	Template	Position
80/81	Hartes Kernkapital (CET-1)	Art. 50	CA 1	7810002
	Kernkapital (Tier 1)	Art. 25	CA 1	7810000
	Eigenmittel	Art. 72	CA 1	7800000
	Gesamtrisikobetrag	Art. 92 (3)	CA 2	7980000
	Harte Kernkapitalquote	Art. 92 (2) a.	CA 3	7910001
	Kernkapitalquote	Art. 92 (2) b.	CA 3	7910003
	Gesamtkapitalquote	Art. 92 (2) c.	CA 3	7620005
	Capital Add-on	§ 70 (4a) BWG	CA 4	8129000
	Kombinierte Kapitalpufferanforderung	§§ 23-23d BWG	CA 4	8127000
	Für die Zwecke von Großkrediten anrechenbare Eigenmittel	Art. 4 (1) Z 71 b.	CA 4	7850055
VU/VK	Obergrenzen für Großkredite gegenüber Nichtinstituten	Art. 395 (1)	CA 26	9100100
	Obergrenzen für Großkredite gegenüber Instituten	Art. 395 (1)	CA 26	9100200
	Risikopositionswert vor der Anwendung von Ausnahmen und CRM	Art. 390 iVm Art. 394 (1) b.	CA 28 / CA 29	7410004/ 7410003
	Risikopositionswert nach der Anwendung von Ausnahmen und CRM	Art. 395 (1)	CA 28/ CA 29	7410028/ 7410043
LU/LK	Durchschnittliche Verschuldungsquote (gem. endgültiger Bestimmungen)	Art. 429 (2) iVm Art. 499 (1)	CA 45	5983034
	Durchschnittliche Verschuldungsquote (gem. Übergangsbestimmungen)	Art. 429 (2) iVm Art. 499 (1)	CA 45	5983036

kpositionen eines Großkredits werden nun wesentlich detaillierter dargestellt. Die Detaildarstellung der Risikopositionen gegenüber Einzelkun-

den innerhalb von Gruppen verbundener Kunden (CA 29) bildet sämtliche Risikopositionen und anrechenbaren kreditrisikomindernden Techniken ab.

Tabelle 2

Meldung der Ordnungsnormen**Ordnungsnormen ALT (bis 31.12.2013)**

Bereich	Liquidität gem. § 25 BWG	Großveranlagungen	Eigenmittel Übersicht	Eigenmittel Detail
Rechtsgrundlage	§ 25 BWG	§ 27 BWG	§§ 22-23 BWG	SolvaV
Beleg	Beleg 80/81			82 83
Frequenz	M			Q Q

Ordnungsnormen NEU (ab 31.03.2014)

Bereich	Liquidität gem. § 25 BWG (bis 31.12.2014)		Großkredite		Eigenmittel Übersicht		Eigenmittel Detail		Verlustdaten		LCR (Monitoring-phase)		NSFR (Monitoring-phase)		Leverage Ratio	
Rechtsgrundlage	§ 25 BWG		Art. 394 CRR iVm ITS		Art. 99 CRR iVm ITS		Art. 99 und 101 CRR iVm ITS		Art. 99 CRR iVm ITS		Art. 415 CRR iVm ITS		Art. 415 CRR iVm ITS		Art. 430 CRR iVm ITS	
Beleg	PU	PK	VU	VK	80	81	82	83	UV	KV	CU	CK	NU	NK	LU	LK
Frequenz	M		Q		Q		Q		H		M		Q		Q	
CA Templates			CA 26–31		CA 1–6		CA 7–16, CA 18–25		CA 17		CA 51–54		CA 60–61		CA 40–46	

Die Darstellung der *Liquiditätsausstattung* von Instituten gem. § 25 BWG läuft voraussichtlich mit Ende 2014 aus und wird durch die Meldung der *Liquiditätsdeckung* und der *stabilen Refinanzierung* abgelöst. Weder die Deckungsquoten der Liquidität (LCR, NSFR) noch die aggregierten Positionen (Summe liquider Aktiva, Liquiditätszu- und -abflüsse; Summe der Positionen, die eine stabile Refinanzierung bieten bzw. erfordern) werden jedoch gemeldet; im Gegensatz zur Meldung der Eigenmittel werden nur die einzelnen Bestandteile der Liquiditätsdeckung und der stabilen Refinanzierung in den Schaubildern erfasst.

Die *Verschuldungsquote* (Leverage Ratio) wurde in Art. 429 und 430 CRR neu eingeführt. In den Belegen LU/LK sind die einzelnen Risikopositionen, z. B. nicht risikogewichtete Staatsanleihen oder Derivate, unter verschiedenen Aspekten (z. B. Bilanzwert oder Nominalwert) aufgeschlüsselt enthalten.

Tabelle 1 gibt einen Überblick über die zentralen COREP-Meldepositionen. Tabelle 2 stellt die wichtigsten Veränderungen in der Meldelandschaft bei den Ordnungsnormen grafisch dar.

Meldung der Ordnungsnormen gem. ITS on Supervisory Reporting

Eigenmittel

Die Meldung zu den Eigenmitteln wird in den CA-Templates 1 bis 25 erfasst. Wie bisher gibt es eine Unterteilung in die Übersichtstemplates (CA 1 bis 6, Beleg 80/81) und die Detailtemplates zum Kredit-, Markt- und operationellen Risiko (CA 7 bis 25, Beleg 82/83). Während die Bestandteile der Eigenmittel und des Eigenmittelerfordernisses (nunmehr: des Gesamtrisikobetrags) weiterhin im Beleg 80/81 gemeldet werden, wurden diese Belege um zusätzliche Templates erweitert, wel-

che die Eigenmittelquoten, die Memorandum Items und Übergangsbestimmungen abbilden.

Ergänzend ist noch zu erwähnen, dass sich im Zuge der Kommissionsübersetzung der CRR viele Bezeichnungen von bereits nach alter Rechtslage existenten Positionen geändert haben. Zum Beispiel heißen Retailpositionen jetzt Positionen aus dem Mengengeschäft, während die risikogewichteten Aktiva (RWA) jetzt als Gesamtrisikopositionen bezeichnet werden.

Eigenmittel und Eigenmittelanforderungen: CA 1, CA 2

Die Meldung der Eigenmittel und der Eigenmittelanforderungen stellt einen zentralen Bestandteil der Ordnungsnormenmeldung dar. Bis 31. Dezember 2013 wurden im Beleg 80/81 die Eigenmittel gem. § 23 BWG und das Eigenmittelerfordernis gem. § 22 BWG gemeldet. Die neuen Templates CA 1 und CA 2 bilden somit nicht gänzlich neue Meldepositionen, sondern vielmehr die geänderte Rechtslage ab.

Die Eigenmittel werden nun im Teil 2, Titel I der CRR (Art. 25 bis 80) geregelt. Die wichtigsten Neuerungen sind die Aufteilung des Kernkapitals (Tier 1) in ein hartes Kernkapital und ein zusätzliches Kernkapital sowie der Wegfall des nachrangigen Kapitals (Tier 3). Die Gliederung ist daher dreistufig: Die Eigenmittel bestehen aus dem

- harten Kernkapital (Common Equity Tier 1, CET-1),
- zusätzlichen Kernkapital (Additional Tier 1, AT 1) und
- Ergänzungskapital (Tier 2).

Für das Kern- und Ergänzungskapital gibt es nun eine explizite Zweckwidmung: Das Kernkapital dient zur Verlustabsorption im Going Concern, während das Ergänzungskapital die Ansprüche der Gläubiger im Falle der

Liquidation befriedigen soll. Das harte Kernkapital (das im Wesentlichen aus dem Kernkapital abzüglich des Hybridkapitals besteht) wird quantitativ durch die Einführung von höheren Kapitalquoten gestärkt und qualitativ durch den Prinzipienkatalog für die anrechenbaren Kapitalinstrumente erhärtet. Dieser Prinzipienkatalog für die Kapitalinstrumente des harten und zusätzlichen Kernkapitals sowie des Ergänzungskapitals (Art. 28, 52 und 63 CRR) sieht im Sinne eines „Function over form“-Zugangs bestimmte Kriterien (wie z. B. effektive Kapitaleinzahlung, Bilanzierungseinstufung als „equity“, Verlusttragungsfähigkeit, Flexibilität etc.) vor, welche ein Kapitalinstrument für den jeweiligen Eigenmittelbestandteil qualifizieren. Sofern diese Kriterien erfüllt sind, können Kapitalinstrumente unbeschränkt den Eigenmitteln zugerechnet werden. Es gibt daher keine relativen Grenzen mehr, welche die Anrechenbarkeit des Ergänzungskapitals auf 100 % des Kernkapitals oder das hybride Kapital und das Lower Tier 2 auf 50 % des Kernkapitals beschränken. Demzufolge fällt überhaupt die Unterscheidung zwischen Upper und Lower Tier 1 weg.

Von den Kapitalinstrumenten werden die in Art. 36, 56 und 66 CRR genannten Posten in Abzug gebracht. Somit ergeben sich die drei Eigenmittelbestandteile jeweils als Residualgrößen, die aus der Differenz der Kapitalinstrumente und der Abzugsposten resultieren.

Das Template CA 2 erfasst die Eigenmittelanforderungen. Der große Unterschied zur bisherigen Meldepraxis besteht darin, dass nunmehr risikogewichtete Beträge und nicht das aus diesen resultierende Eigenmittelerfordernis zu melden ist. Nach der alten Rechtslage wurde aus den risikogewichteten Aktiva ein Eigenmittelerfordernis ausgerechnet, das (als absoluter Betrag) die Untergrenze der vorgeschriebenen Eigenmittel darstellt. Für das Kreditrisiko wurde beispielsweise der risikogewichtete Betrag mit 8 % multipliziert, um das Eigenmittelerfordernis aus dem Kreditrisiko zu errechnen (vgl. Art. 47 CRD I bzw. § 22 Abs. 1 Z 1 BWG bis 31. Dezember 2013). Diese Berechnung des absoluten Eigenmittelerfordernisses, die je nach Risikoklasse (Kredit- und operationelles Risiko, Risiken des Handelsbuchs etc.) differierte, ist nun nicht mehr erforder-

Tabelle 3

Eigenmittelanforderungen gem. Teil 3, Titel I CRR (CA 2 Template)

COREP	Rechtsgrundlage (CRR)	Bezeichnung	Position
10	Art. 92 (3)	1. Gesamtrisikobetrag	7980000
40	Art. 92 (3) a., f. iVm Teil 3, Titel II	1.1. Kredit-, Gegenparteausfall- und Verwässerungsrisiko	7511000
50	Teil 3, Titel II, Kap. 2	1.1.1. Standardansatz	7511100
240	Teil 3, Titel II, Kap. 3	1.1.2. IRB-Ansatz	7511200
460	Art. 307 bis 309	1.1.3. Ausfallfonds einer ZGP	7511300
490	Art. 92 (3) c.ii., Art. 92 (4) b. iVm Teil 3, Titel V	1.2. Abwicklungs- und Lieferrisiko	7512000
520	Art. 92 (3) b.i., c.i., c.iii., Art. 92 (4) b. iVm Teil 3, Titel IV	1.3. Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiko	7513000
590	Art. 92 (3) e., Art. 92 (4) b. iVm Teil 3, Titel III	1.4. Operationelles Risiko	7514000
600	Teil 3, Titel III, Kap. 2	1.4.1. Basisindikatoransatz für OpR	7514100
610	Teil 3, Titel III, Kap. 3	1.4.2. Standardansatz (STA) / alternativer Standardansatz (ASA)	7514200
620	Teil 3, Titel III, Kap. 4	1.4.3. Fortgeschrittener Messansatz (AMA)	7514300
630	Art. 95 (2), Art. 96 (2), Art. 97 (2), Art. 98 (1) a.	1.5. Zusätzlicher Risikopositionsbetrag aufgrund fixer Gemeinkosten	7515000
640	Art. 92 (3) d. iVm Teil 3, Titel VI	1.6. Anpassung der Kreditbewertung (CVA)	7516000
680	Art. 92 (3) b.ii, Art. 395 bis 401	1.7. Großkredite im Handelsbuch	7517000
690	Art. 3, Art. 458, Art. 459	1.8. Sonstige Risikopositionsbeträge	7518000

lich, da die Eigenmittelanforderung gem. Art. 92 CRR nur mehr als Quote vom Gesamtrisikobetrag über alle Risikoklassen ausgedrückt wird. Tabelle 3 gibt das auf die übergeordneten Positionen reduzierte Template CA 2 wieder, anhand dessen die Zusammensetzung des Gesamtrisikobetrags ersichtlich wird.

Kapitalquoten, Memorandum Items und Übergangsbestimmungen: CA 3 bis CA 5

Die Templates CA 3 bis CA 5 bilden gänzlich neue Meldeinhalte ab. Die Meldung der Kapitalquoten (in Prozent des Gesamtrisikobetrags) und der Überschuss- bzw. Defizitbeträge im Hinblick auf das harte Kernkapital, das Kernkapital und die gesamten Eigenmittel im Schaubild CA 3 dient dazu, die Einhaltung der Mindestkapitalquoten gem. Art. 92 CRR nachzuvollziehen (siehe Tabelle 4). Dieser Kernbestandteil der Säule I-Anforderungen wird als Zusatzinformation auch auf der Ebene der Säule II abgebildet. So müssen jene Institute, denen ein zusätzliches Eigenmittelerfordernis (Capital Add-on) gem. § 70 Abs. 4a BWG auferlegt wurde oder bei denen Säule II-Anpassungen der Kapitalquoten vorgenommen wurden, sowohl die angepassten Kapitalquoten als auch die neuen Zielquoten melden. Das CA 3-Template wird daher für die Überprüfung der Ordnungsnormen im Bereich der Eigenmittel (BWG-/CRR-Nichteinhal-

tungsüberprüfung iSd § 74 Abs. 4 BWG) herangezogen.

Das Template CA 4 enthält die Memorandum Items. Darunter sind folgende Meldeinhalte erfasst:

- Latente Steueransprüche und Steuerschulden gem. Art. 38 und Art. 39 CRR
- Kreditrisikoanpassungen und erwartete Verluste gem. Art. 158 und Art. 159 CRR
- Schwellenwerte für Abzüge des harten Kernkapitals gem. Art. 46 und Art. 48 CRR
- Wesentliche und unwesentliche Beteiligungen an Unternehmen der Finanzbranche gem. Art. 4 Abs. 1 Z 27 iVm Art. 44 bis 47, 58 bis 60 und 68 bis 70 CRR
- Befristete Ausnahmen vom Abzug von Eigenmitteln für Beteiligungen an Unternehmen der Finanzbranche gem. Art. 79 CRR
- Kapitalpuffer gem. §§ 23 bis 23d BWG
- Eigenmittelanforderungen nach Säule II (Capital Add-on) gem. § 70 Abs. 4a BWG
- Zusatzangaben
- Basel-I-Untergrenze gem. Art. 500 CRR

Den größten Teil des Schaubilds nehmen dabei die Detailinformationen zu den Beteiligungen an Unternehmen der Finanzbranche ein. Für die Überprüfung der (erweiterten) Eigenmittelanforderungen sind jedoch insbesondere

Tabelle 4

Säule I-Kapitalquoten gem. Teil 3, Titel I CRR (CA 3 Template)

COREP	Rechtsgrundlage (CRR)	Bezeichnung	Position
10	Art. 92 (2) a.	1. Harte Kernkapitalquote (CET-1)	7910001
20	Art. 92 (1) a.	2. Überschuss (+) bzw. Defizit (-) des harten Kernkapitals	7910002
30	Art. 92 (2) b.	3. Kernkapitalquote (Tier 1)	7910003
40	Art. 92 (1) b.	4. Überschuss (+) bzw. Defizit (-) des Kernkapitals	7910004
50	Art. 92 (2) c.	5. Gesamtkapitalquote	7620005
60	Art. 92 (1) c.	6. Überschuss (+) bzw. Defizit (-) der Gesamteigenmittel	7620000

Tabelle 5

Memorandum Items (CA 4 Template)

Bereich	COREP	Rechtsgrundlage (BWG/CRR)	Bezeichnung	Position
Anrechenbare Eigenmittel	220	Art. 4 (1) Z 71	Für die Zwecke von qualifizierten Beteiligungen außerhalb der Finanzbranche und von Großkrediten anrechenbare Eigenmittel	7850055
Kapitalpuffer	740	§§23-23d BWG	Kombinierte Kapitalpufferanforderung	8127000
	750	§ 23 BWG	Kapitalerhaltungspuffer (KEP)	8127010
	760	Art. 458 (2) d.iv	KEP aufgrund von Makroaufsichten oder Systemrisiken, die auf Ebene eines Mitgliedstaats ermittelt wurden	8127020
	770	§ 23a BWG	Institutsspezifischer antizyklischer Kapital-puffer	8127030
	780	§ 23d BWG	Systemrisikopuffer	8128000
	790	§§ 23b und 23c BWG	Puffer für systemrelevante Institute	8128010
	800	§ 23b BWG	Puffer für global systemrelevante Institute	8128020
	810	§ 23c BWG	Puffer für sonstige systemrelevante Institute	8128030
Capital Add-on	820	§ 70 (4a) BWG	Eigenmittelanforderungen aufgrund von Anpassungen nach Säule II	8129000
Basel-I-Untergrenze	870	Art. 500 (4)	Anpassungen der Gesamteigenmittel	8134000
	880	Art. 500 (4)	Eigenmittel vollständig angepasst an die Basel-I-Untergrenze	8135000
	890	Art. 500 (1) b.	Eigenmittelanforderungen nach der Basel-I-Untergrenze	8136000
	900	Art. 500 (2) und (3)	Eigenmittelanforderungen nach der Basel-I-Untergrenze – Standardansatz	8137000

die in Tabelle 5 genannten Positionen von zentralem Interesse.

Das Template CA 5.1 enthält jene Differenzbeträge, die sich aufgrund von Übergangsbestimmungen gem. Teil 10, Titel I, Kapitel 1 und 2 CRR zwischen den Eigenmittelbeträgen nach den derzeit geltenden und jenen nach den endgültigen Bestimmungen gem. Teil 2, Titel II der CRR ergeben und zu Anpassungen beim harten Kernkapital, zusätzlichen Kernkapital, Ergänzungskapital und bei den risikogewichteten Aktiva führen. Innerhalb der Übergangsbestimmungen werden jene Anpassungen, die aus bestandsgeschützten Instrumenten (Grandfathering) gem. Art. 483 bis 491 CRR resultieren, zusätzlich noch detailliert im Schaubild CA 5.2 ausgewiesen. Die anderen wesentlichen Anpassungsbereiche, die von den Übergangsbestimmungen betroffen sind, betreffen Minderheitsbeteiligungen (gem. Art. 479 und 480 CRR), nicht realisierte Gewinne und Verluste (gem. Art. 467 und 468 CRR), eigene Instrumente (gem. Art.

469 Abs. 1, 472 Abs. 8 und 478 CRR) sowie Beteiligungen an Unternehmen der Finanzbranche (gem. Art. 469 bis 478 CRR).

Eigenmittel für Kredit-, Markt- und operationelles Risiko: CA 7 bis CA 25

Im Beleg 83 werden konsolidiert (82 unkonsolidiert) vierteljährlich Details zu Beleg 81 (80 unkonsolidiert) gemeldet. Dies stellt insofern eine Neuerung dar, als bisher die Belege 80/81 und 82/83 teilweise gleiche Meldeinhalte, aber eine andere Periodizität hatten. Die neuen Detailtemplates sind in weiten Teilen an die bisherigen angelehnt, allerdings sind die zu meldenden Daten umfassender und granularer. So wurde das Kreditrisiko in den Standardansatz-Templates CA 7, CA 9.1 und CA 12 im Vergleich zum alten Beleg 82/83 um wesentliche Teile erweitert. Sie beinhalten nunmehr zusätzliche Informationen über Forderungen gegenüber KMUs, durch Wohnimmobilien besicherte Risikopositionen, neue Risikogewichte und Details zu Bonitätsbeurteilungen. Völlig

neu ist die Erweiterung um Geographical Breakdowns (CA 9.1), welche die Risikopositionen nach dem Sitzland des Schuldners aufschlüsseln. Analog findet man diese Erweiterung auch in den Templates zum Kreditrisiko im IRB-Ansatz (CA 8.1, CA 8.2, CA 9.2, CA 9.3, CA 10.1, CA 10.2, CA 13). Zusätzlich ist dort auch ein gesonderter Ausweis der LGD-Schätzungen für große Unternehmen der Finanzbranche und nicht beaufsichtigte Finanzunternehmen zu finden. Betreffend das Kreditrisiko aus Verbriefungen (CA 12, CA 13) wurden die Aufschlüsselungen der Risikopositionswerte nach Risikogewichten angepasst sowie risikogewichtete Positionsbeträge aus synthetischen Verbriefungen extra ausgewiesen. Neu in diesem Beleg ist zudem die Meldung über Risikopositionen und Verluste aus immobilienbesicherten Darlehensgeschäften (CA 15, d.i. CR IP-Verluste), die allerdings nur halbjährlich zu melden sind.

Betreffend das Marktrisiko (CA 18 – CA 24) wurde ebenfalls insgesamt die Granularität erhöht; so gibt es beispielsweise mehr Informationen zu Positionsrisiken bei Aktieninstrumenten. Mittels des Belegs UV/KV (bisher Beleg 13) sind halbjährlich die Bruttoverlustdaten für das operationelle Risiko zu melden. Diese liefern die Datenbasis für die Zuordnung von Verlusten zu Geschäftsfeldern und Ereigniskategorien.

Großkredite

Die Meldungen zu den Großkrediten erfolgen in den Belegen VU/VK, wel-

che die Templates CA 26 bis CA 31 enthalten. Die neuen Schaubilder umfassen die Informationen zu den von den Instituten selbst iSd Art. 395 Abs. 1 CRR zu meldenden Obergrenzen für Großkredite gegenüber Nichtinstituten und Instituten (CA 26),¹ zur Kennung der Gegenpartei (CA 27) und zu den Restlaufzeiten der zehn größten Kredite gegenüber Instituten und nicht beaufsichtigten Finanzunternehmen (CA 30 und CA 31).

Die zentralen Schaubilder sind jedoch CA 28 und CA 29, welche Risikopositionen gegenüber einer Gegenpartei (CA 28) bzw. die Details der Risikopositionen gegenüber Einzelkunden innerhalb von Gruppen verbundener Kunden (CA 29) darstellen. Diese Schaubilder sind in sechs Informationsblöcke gegliedert:

- Gegenpartei
- Ursprüngliche Risikopositionen
- Wertanpassungen, Rückstellungen und abgezogene Risikopositionen
- Risikopositionswert vor der Anwendung von Ausnahmen und kreditrisikomindernden Techniken (CRM)²
- Anrechenbare Techniken zur Kreditrisikominderung
- Risikopositionswert nach der Anwendung von Ausnahmen und CRM³.

Der Zusammenhang zwischen den Positionen, anhand derer der zu überprüfende Wert eines Großkredits nach Anwendung von kreditrisikomindernden Techniken hergeleitet werden kann, wird schematisch in Tabelle 6 dargestellt.

¹ Diese Positionen werden auch zur Ermittlung von BWG-/CRR-Nichteinhaltungen iSd § 74 Abs. 4 BWG im Bereich der Großkredite herangezogen.

² Dieser Wert entspricht jenem Betrag, anhand dessen bestimmt wird, ob es sich bei einer Risikoposition um einen Großkredit iSd Art. 392 CRR handelt.

³ Dieser Wert entspricht jenem Betrag, welcher im Zuge der Überprüfung der Ordnungsnormen gem. § 74 Abs. 4 BWG der Obergrenze für Großkredite gegenübergestellt wird, um die Einhaltung des Art. 395 Abs. 1 CRR feststellen zu können.

Ermittlung des Risikopositionswerts bei Großkrediten (CA 28/CA 29)

Bezeichnung	Rechtsgrundlage (CRR)	Position CA 28	Position CA 29
Direkte Risikopositionen		9212000 bis 9217000	9312000 bis 9317000
+ Indirekte Risikopositionen	Art. 403	9218000 bis 9223000	9318000 bis 9323000
+ Zusätzliche Risikopositionen	Art. 390 (7)	9224000	9324000
= Ursprüngliche Risikopositionen insgesamt	Art. 389	7410002	9310000
- Wertanpassungen und Rückstellungen	Art. 24, Art. 110	9225000	9325000
- Von den Eigenmitteln abgezogene Positionen	Art. 390 (6) e.	9226000	9326000
= Risikopositionswert vor der Anwendung von Ausnahmen und CRM	Art. 390 iVm Art. 394 (1) b.	7410004	7410003
- Substitutionseffekt von anrechenbaren CRM	Art. 403	9230000 bis 9235000	9330000 bis 9335000
- Besicherung mit Sicherheitsleistung außer Substitutionseffekt	Art. 401	9236000	9336000
- Immobilien	Art. 402	9237000	9337000
- Befreite Beträge	Art. 400	9238000	9338000
= Risikopositionswert nach der Anwendung von Ausnahmen und CRM	Art. 395 (1)	7410028	7410043

Liquidität

Die mit der CRR in Teil 6 eingeführten und durch den ITS on Supervisory Reporting implementierten Liquiditätsbestimmungen führen zu Meldungen betreffend die kurzfristige Liquiditätsdeckung (Liquidity Coverage) gem. Teil 6, Titel II CRR bzw. betreffend die langfristige stabile Refinanzierung (Net Stable Funding) gem. Teil 6, Titel III CRR.⁴ Diese Daten bilden die Grundlage für die Berechnung der LCR bzw. NSFR. Weder diese Quoten noch die aggregierten Positionen (Summe liquider Aktiva, Liquiditätszu- und -abflüsse, Summe der Positionen, die eine stabile Refinanzierung bieten bzw. erfordern) werden jedoch gemeldet; im Gegensatz zur Meldung der Eigenmittel werden nur die einzelnen Bestandteile der Liquiditätsdeckung und der stabilen Refinanzierung in den Schaubildern erfasst. Für die Liquiditätsdeckung erfolgt die Meldung monatlich und für die stabile Refinanzierung vierteljährlich, beginnend mit dem Stichtag 31. März 2014. Die Meldung der Belege CK und NK erfolgt derzeit für 53 konsolidierte Institute (UniCre-

dit BA ist konsolidiert nicht meldepflichtig).

Liquiditätsdeckung

Die in den ITS Templates CA 51 bis CA 54⁵ abgebildete Liquiditätsdeckung wird im Beleg CK konsolidiert (CU unkonsolidiert) gemeldet. In diesem Beleg sind alle Meldepositionen, die zur Berechnung der Liquidity Coverage Ratio (LCR) benötigt werden, enthalten. Die Aufteilung der ITS-Schaubilder erfolgt in liquide Aktiva (gem. Art. 416 bis 419 CRR, CA 51), Abflüsse (gem. Art. 420 bis 424 CRR, CA 52), Zuflüsse (gem. Art. 425 CRR, CA 53) und Sicherheitentauschgeschäfte (gem. Art. 415 Abs. 1 CRR, CA 54). Die Komponenten der Liquiditätsdeckungsanforderung eines Instituts werden verschiedenen Kategorien (z. B. Barmittel bei den liquiden Aktiva) zugeordnet, die sich hinsichtlich des Produkts und der Liquidität unterscheiden. Die Meldung der Liquiditätsdeckung erfolgt in EUR und in signifikanten Währungen, wobei unterschiedliche Währungen in Dimensionen abgebildet und nicht in zusätzlichen Positionsnummern erfasst werden.

⁴ Die CRR-Liquiditätsbestimmungen befinden sich derzeit in einer Monitoringphase.

⁵ ITS-Annex XII; in Annex XIII finden sich ergänzende Informationen über die einzelnen Positionen.

Stabile Refinanzierung

Die in den ITS-Templates CA 60 und CA 61 abgebildete stabile Refinanzierung wird vierteljährlich im Beleg NK konsolidiert (NU unkonsolidiert) gemeldet. Sie ist grundsätzlich ähnlich wie die Meldung der Liquiditätsdeckung aufgebaut (so greifen beide Meldungen teilweise auf dieselben CRR-Definitionen zurück). Sie unterteilt sich in Positionen, die eine stabile Refinanzierung gem. Art. 428 CRR erfordern (CA 60), und solche, die eine stabile Refinanzierung gem. Art. 427 CRR bieten (CA 61). Da die NSFR allerdings die Liquiditätsanforderungen eines ganzen Jahres abbilden soll, werden die Positionen zusätzlich in dreimonatige Zeiteinheiten unterteilt. Dadurch ist es theoretisch möglich, nicht nur die Refinanzierung für ein Jahr zu messen, sondern z. B. auch für sechs Monate. Analog zur Liquiditätsdeckungsanforderung erfolgt die Meldung der stabilen Refinanzierung für verschiedene Währungen in verschiedenen Dimensionen.

Verschuldung

Die Daten zur neu eingeführten Verschuldungsquote (Leverage Ratio gem. Art 429 und Art. 430 CRR) aus den ITS-Templates CA 40 bis CA 46 werden vierteljährlich im Beleg LK konsolidiert gemeldet (LU unkonsolidiert). In diesem Beleg sind die einzelnen Risikopositionen, z. B. nicht risikogewichtete Staatsanleihen oder Derivate, unter verschiedenen Aspekten (z. B. Bilanzwert oder Nominalwert) aufgeschlüsselt enthalten.

Fazit

Der ITS on Supervisory Reporting stellt eine substanzielle Erweiterung der Meldebestimmungen in den Bereichen Eigenmittel, Großkredite, Liquidität und Verschuldung dar. Damit wird einerseits den neuen europarechtlichen Bestimmungen entsprochen und andererseits den wesentlich umfangreicheren aufsichtlichen Datenanforderungen zu den Ordnungsnormen, die ein hohes Maß an Granularität erfordern, Rechnung getragen.

Methodische Verbesserungen im HFCS Austria

In dieser Studie werden die methodischen Verbesserungen der zweiten Welle des Household Finance and Consumption Survey (HFCS) Austria vorgestellt und analysiert. Die in der ersten Welle gewonnenen Erfahrungen wurden genutzt, um Optimierungen insbesondere im Bereich des Fragebogens sowie des Stichprobendesigns und der Schulung der Interviewer vorzunehmen. Es zeigt sich, dass auf Basis des veränderten Stichprobendesigns die Effizienz der aus dem HFCS resultierenden Schätzer erhöht werden kann. Andere Erhebungen können durch das Verständnis der im HFCS durchgeführten Adaptierungen profitieren, indem sie die angewendeten Lösungsansätze übernehmen.

Peter Lindner,
Martin Schürz,
Jun Chao Zhan¹

Die methodischen Grundlagen des HFCS Austria 2010 wurden ausgiebig dokumentiert und evaluiert (siehe Albacete et al., 2012). Hilfreich war dabei der Vergleich mit den HFCS-Methoden und -Ergebnissen in anderen Ländern. Insbesondere die Zusammenarbeit von OeNB und Deutscher Bundesbank beim HFCS erwies sich als sehr wichtig, da Deutschland hinsichtlich seiner institutionellen Struktur, seinen Finanzmarktspezifika und seiner Volkswirtschaft Ähnlichkeiten mit Österreich aufweist (siehe auch Deutsche Bundesbank, 2013).

Über methodische Verbesserungen zu schreiben, bevor noch Ergebnisse des HFCS Austria 2014 vorliegen, verlangt einen spezifisch eingegrenzten Fokus: Im vorliegenden Beitrag wird speziell auf das Fragebogendesign, das komplexe Stichprobendesign und die daraus resultierenden Design-Gewichte, die sich aus der Inversen der Ziehungswahrscheinlichkeit eines Haushalts ergeben, sowie auf die Interviewer-Schulung fokussiert. Weitere Verbesserungen wie z. B. im Bereich der Paradata² werden lediglich kurz zusammengefasst. Eine Analyse

der Ergebnisse wird nach Abschluss der zweiten Welle des HFCS Austria Anfang 2016 möglich sein. Ebenfalls werden Optimierungen im Bereich der multiplen Imputationen erst im weiteren Verlauf der zweiten Welle abgeschlossen und sind aus diesem Grund nicht Teil des vorliegenden Beitrags. Im Folgenden werden die wesentlichen methodischen Verbesserungen dargelegt.

1 Der HFCS-Fragebogen

Der von der EZB vorgegebene Core-Fragebogen des HFCS entspricht fast zur Gänze³ jenem der ersten Welle. Dieser harmonisierte Kernfragenbereich ist für alle teilnehmenden Länder des Euro-raums ident.⁴ Die Ergebnisse werden daher über beide Erhebungswellen vergleichbar sein und es wird möglich sein, Entwicklungen zu analysieren. International unterscheiden sich die Durchführungszeiträume zwar voneinander und dürften auch in der dritten Welle des HFCS 2017 nicht abgeglichen werden können, die Daten zu den Haushaltsfinanzen erweisen sich aber als stabil im Zeitablauf.

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, peter.lindner@oebn.at, martin.schuerz@oebn.at, junchao.zhan@oebn.at.

² Für eine Analyse der Paradata der ersten Welle des HFCS siehe Albacete und Schürz (2014a, 2014b).

³ Die zwei umfangreichsten Änderungen bestehen in der Aufnahme von zusätzlichen Fragen zu Konsumausgaben (gesamte Konsumausgaben und Erwerb eines Kraftfahrzeugs) und der Trennung von privaten Krediten und anderen nicht besicherten Krediten, die in der ersten Welle des HFCS in einer gemeinsamen Schleife erfasst wurden.

⁴ Dies bedeutet, dass alle Fragen international akkordiert sind und die Informationen in einer einheitlichen Form erfasst werden. Einige Ausnahmen, wie z. B. der Abschnitt zu Erbschaften und Schenkungen, der in Italien nicht erfasst wurde, bleiben bestehen.

Für Österreich werden von der OeNB in der zweiten Welle des HFCS neue Non-Core-Informationen erhoben, die für die Forschung zur Finanzstabilität und Geldpolitik hilfreich sein werden. Wie bereits in der ersten Welle ist eine Trennung von in Euro denominierten Krediten und Fremdwährungskrediten auf Basis von zusätzlich erhobenen Informationen möglich. Ebenso werden Informationen zu endfälligen Krediten gesammelt. Darüber hinaus werden nun in der zweiten Welle neue Indikatoren erhoben, die Aufschluss über die Einstellung der Befragten zur Kreditaufnahme sowie über kreditbeschränkte Haushalte und deren Kreditablehnung geben. Auch bei den Haushaltsausgaben, die für Stressanalysen der privaten Haushalte in Österreich notwendig sind (siehe auch Albacete und Lindner, 2013), kam es zu Erweiterungen gegenüber der ersten Welle. Im Folgenden werden wesentliche methodische Adaptierungen

beim Fragebogen und der Programmierung dargestellt.

1.1 Euro-Schleifen

Gemäß den Vorgaben des Household Finance and Consumption Network (HFCN) werden im HFCS alle Euro-Beträge in Form sogenannter Schleifen erfasst. Unter einer Euro-Schleife verstehen wir eine strukturierte Abfolge von Betragsfragen (siehe auch Albacete et al., 2012). Dabei wird zuerst die Angabe eines exakten Betrags, dann eines frei wählbaren Intervalls und daran anschließend die Auswahl aus einer Liste fix vorgegebener Intervalle ermöglicht. Beträge und individuelle Intervalle können in jeder beliebigen Währung angegeben werden. Zum Abschluss der Euro-Schleife wird die gesamte erfasste Information nochmals bestätigt. Eine detailliertere Darstellung des Ablaufs befindet sich in Anhang 1. Der ersten Welle der HFCS-Erhebung lag noch eine

Tabelle 1

Vorgegebene Intervall-Listen bei der Erfassung von Euro-Beträgen

Bezeichnung	Erste Welle	Zweite Welle		
	Liste Euro-Intervalle	Liste Euro-Intervalle A	Liste Euro-Intervalle B	Liste Euro-Intervalle C
A	EUR 1 – unter 101	EUR 1 – unter 101	EUR 1 – unter 10.001	EUR 1 – unter 1001
B	EUR 101 – unter 501	EUR 101 – unter 201	EUR 10.001 – unter 50.001	EUR 1.001 – unter 2.501
C	EUR 501 – unter 1.001	EUR 201 – unter 301	EUR 50.001 – unter 75.001	EUR 2.501 – unter 5.001
D	EUR 1.001 – unter 2.501	EUR 301 – unter 401	EUR 75.001 – unter 100.001	EUR 5.001 – unter 7.501
E	EUR 2.501 – unter 5.001	EUR 401 – unter 501	EUR 100.001 – unter 150.001	EUR 7.501 – unter 10.001
F	EUR 5.001 – unter 7.501	EUR 501 – unter 751	EUR 150.001 – unter 200.001	EUR 10.001 – unter 15.001
G	EUR 7.501 – unter 10.001	EUR 751 – unter 1.001	EUR 200.001 – unter 300.001	EUR 15.001 – unter 20.001
H	EUR 10.001 – unter 25.001	EUR 1.001 – unter 1.501	EUR 300.001 – unter 400.001	EUR 20.001 – unter 25.001
I	EUR 25.001 – unter 50.001	EUR 1.501 – unter 2.001	EUR 400.001 – unter 500.001	EUR 25.001 – unter 30.001
J	EUR 50.001 – unter 75.001	EUR 2.001 – unter 3.001	EUR 500.001 – unter 750.001	EUR 30.001 – unter 35.001
K	EUR 75.001 – unter 100.001	EUR 3.001 – unter 5.001	EUR 750.001 - 1 Mio	EUR 35.001 – unter 40.001
L	EUR 100.001 – unter 250.001	EUR 5.001 – unter 7.501	Mehr als 1 Mio – 3 Mio EUR	EUR 40.001 – unter 50.001
M	EUR 250.001 – unter 500.001	EUR 7.501 – unter 10.001	Mehr als 3 Mio – 5 Mio EUR	EUR 50.001 – unter 75.001
N	EUR 500.001 – 1 Mio EUR	EUR 10.001 – unter 25.001	Mehr als 5 Mio – 10 Mio EUR	EUR 75.001 – unter 100.001
O	Mehr als 1 Mio – 5 Mio EUR	EUR 25.001 – unter 50.001	Mehr als 10 Mio EUR	EUR 100.001 – unter 200.001
P	Mehr als 5 Mio – 10 Mio EUR	Mehr als 50.000 EUR		EUR 200.001 – unter 300.001
Q	Mehr als 10 Mio – 25 Mio EUR			EUR 300.001 – unter 500.001
R	Mehr als 25 Mio – 50 Mio EUR			EUR 500.001 – 1 Mio
S	Mehr als 50 Mio – 100 Mio EUR			Mehr als 1 Mio EUR
T	Mehr als 100 Mio EUR			

Quelle: HFCS Austria, OeNB.

Tabelle 2

Ungewichtete Perzentile einzelner Variablen in der ersten Welle des HFCS Austria

Perzentile	Konsum für Lebensmittel zuhause ¹	Derzeitiger Wert des HWS ²	Einkommen aus unselbstständiger Beschäftigung ³
P10	170	80.000	6.400
P20	200	113.000	11.100
P30	250	148.000	14.400
P40	300	169.000	17.500
P50	350	200.000	20.200
P60	400	231.000	24.000
P70	450	275.000	28.600
P80	500	342.000	34.800
P90	600	485.000	45.500

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

¹ Gerundet auf die nächsten 10 EUR.

² Gerundet auf die nächsten 1.000 EUR.

³ Gerundet auf die nächsten 100 EUR.

einzigste Liste fix vorgegebener Intervalle zugrunde, dargestellt in Tabelle 1 (Spalte 1). Diese Liste von Intervallen lag während des Interviews auch als Karte vor und wurde von den Interviewern bei Bedarf den Befragten vorgelegt, damit diese eine Auswahl daraus treffen können.

Die Erfassung der Euro-Beträge in dieser ausführlichen Form ist insbesondere für die multiplen Imputationen im HFCS von großer Bedeutung. Die Methode wurde nun aufgrund der Erfahrungen aus der ersten Welle des HFCS weiter verfeinert: So wurden auf Basis der Streuung der Werte⁵ in der ersten Welle drei unterschiedliche Intervall-Listen erstellt, die je nach Inhalt der Betragsfrage eingesetzt werden können. Die Dreiteilung lässt flexible Intervalle im relevanten Bereich einer Frage zu. Waren in der ersten Welle für die Erfassung des aktuellen Werts einer Immobilie die niedrigen Werte in der Liste der fix vorgegebenen Intervalle irrelevant (siehe Tabelle 1, Spalte 1), so besaßen für die monatlichen Konsumausgaben die höheren Intervalle keine Relevanz. Für die zweite Welle des HFCS Austria wurden daher drei Intervall-Listen neu definiert (siehe Tabelle 1, Spalten 2 bis 4).

Anhand der Konsumausgaben für Lebensmittel, des Wertes des Hauptwohnsitzes (HWS) zum Zeitpunkt des Interviews und des Einkommens aus unselbstständiger Beschäftigung zeigt Tabelle 2 beispielhaft die Grundlage dieser fixen Intervalle. Zur Festlegung der Intervall-Listen wurden jedoch bedeutend mehr Variablen als die in Tabelle 2 angeführten herangezogen.

Mit diesen fixen Intervallen (Tabelle 1, Spalten 2 bis 4) wird der gesamte Bereich der Betragsfragen abgedeckt und

es werden die relevanten Bereiche nach Größenordnungen spezifisch eingengt.

Waren z. B. in der ersten Welle bei der Erfassung des aktuellen HWS-Wertes in ein und demselben Intervall L sowohl Haushalte mit einem Wert unterhalb des 20. Perzentils als auch Haushalte mit einem Wert über dem 60. Perzentil zusammengefasst, so können in der zweiten Welle die Informationen hierzu detailgenauer in (insgesamt drei) unterschiedlichen Intervallen erfasst werden. Es wird hier nun die Intervall-Liste B verwendet. Ein ähnliches Bild zeigt sich für die monatlichen Konsumausgaben. Intervall B der Liste der ersten Welle enthielt sowohl das erste Dezil (P10) als auch das achte Dezil (P80). Durch die Verwendung der Intervall-Liste A in der zweiten Welle werden die Angaben erheblich detaillierter erfasst.

Alle Betragsvariablen wurden auf Basis der Ergebnisse der ersten Welle des HFCS Austria einer der drei Intervall-Listen A, B oder C zugeordnet. Die Konsumvariablen und die Variablen zu

⁵ Für die Berechnung der Perzentile werden keine Gewichte verwendet, da der Fokus auf der Sample-Population und nicht auf der Gesamtpopulation in Österreich liegt.

bestimmten Komponenten des Finanzvermögens mit relativ niedrigen Werten – wie z. B. Wert auf dem Girokonto oder Prämie einer Lebensversicherung – werden der Intervall-Liste A zugeordnet; alle Fragen zu Werten von Immobilien und Unternehmensbeteiligungen fallen in die Intervall-Liste B und alle Einkommensvariablen sowie Variablen der Verbindlichkeiten und Finanzen mit relativ höheren Werten – wie z. B. das aushaftende Kreditvolumen eines mit dem HWS besicherten Kredits oder das Guthaben auf Sparbüchern – in die Intervall-Liste C.

In der ersten Welle konnte jedoch die nun implementierte Fassung schon aufgrund der fehlenden Informationen zu den jeweiligen Variablen nicht umgesetzt werden. Die Verwendung von präziseren Intervall-Listen verbessert insofern vor allem die multiplen Imputationen, als die daraus resultierende Varianz der mehrfach imputierten Werte und somit die Streuung eines Schätzers verringert werden kann.

1.2 Haushaltsmatrix

Da Verbindlichkeiten und Vermögen auf Haushalts- und nicht auf Personenebene erhoben werden, ist die präzise Erfassung der Haushaltsstruktur wichtig (siehe auch Fessler et al., 2014). Informationen wie Personenreferenz (hier können die Befragten einen Vornamen, eine Abkürzung des Vornamens oder jedes beliebige Synonym angeben), Alter, Geschlecht und Beziehung zur Referenzperson werden nun in einer benutzerfreundlichen Matrix erfasst. In der zweiten Welle erfolgt anhand dieser Haushaltsmatrix eine schnellere und benutzerfreundliche Erfassung der Haushaltsmitglieder (siehe Abbildung 1).

Die Definition eines Haushalts gemäß HFCS lautet (siehe Albacete et al., 2012, Seite 64):

„Einen Haushalt bilden allein wohnende Personen bzw. Gruppen von Personen, die gemeinsam wohnen und wirtschaften, d. h. den Lebensunterhalt gemeinsam bestreiten. Dabei gelten Personen, die in einem Angestelltenverhältnis zu anderen Bewohnern stehen (z. B. im Haushalt wohnende Haushaltsangestellte oder Au-Pairs) oder Perso-

Abbildung 1

Erfassung der Haushaltsmatrix

HFCS Erhebung Version: 01.07/Frage: grid4

Personen im Haushalt

Bitte Karte 4 "Fragen zur Erfassung der Haushaltsmitglieder" und Karte 5 "Beziehung zur Referenzperson" verwenden. Geschlecht nach Aufgesehen eintragen und im Zweifel nachfragen.

Name	Alter		Geschlecht	Beziehung zur RP	Lebt im Haushalt
Pers 1	42	<input type="checkbox"/> w.n. <input type="checkbox"/> k.A.	<input type="checkbox"/> Männlich <input checked="" type="checkbox"/> Weiblich		
Pers 2	48	<input type="checkbox"/> w.n. <input type="checkbox"/> k.A.	<input checked="" type="checkbox"/> Männlich ² <input type="checkbox"/> Weiblich	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
Pers 3		<input type="checkbox"/> w.n. <input type="checkbox"/> k.A.	<input type="checkbox"/> Männlich <input type="checkbox"/> Weiblich	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
		<input type="checkbox"/> w.n. <input type="checkbox"/> k.A.	<input type="checkbox"/> Männlich <input type="checkbox"/> Weiblich	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	

Quelle: Methodische Dokumentation HFCS Austria 2015. Mimeo, OeNB.

nen ohne familiäre bzw. partnerschaftliche Bindungen zu den anderen Haushaltsmitgliedern (z. B. Untermieter, Mieter, Gäste) als eigenständige Haushalte.“

Diese Form der Eingabe in eine Haushaltsmatrix erleichtert die Eingabe erheblich und beschleunigt das Prozedere, sodass mehr Zeit für das Interview selbst bleibt. Zusätzlich zu der in Abbildung 1 beispielhaft für einen 4-Personen-Haushalt (nur teilweise ausgefüllt) dargestellten Erfassung der Haushaltsmitglieder werden die erfassten Personen nach der Eingabe gelistet, nochmals geprüft und bestätigt, sodass Fehler bei der Eingabe ausgeschlossen oder wenigstens minimiert werden können. Die Anzahl der Personen wird bereits zuvor erfasst, wodurch eine variable und haushaltsspezifische Matrix mit einer individuellen Anzahl von Zeilen im Fragebogen verfügbar ist. Zusätzlich können nach einer ersten Eingabe der Haushaltsmitglieder noch weitere Personen in diese Liste aufgenommen bzw. bereits erfasste Personen aus der Liste entfernt werden, wenn diese gemäß der im HFCS vorgegebenen Definition nicht zum Haushalt gehören.

Darüber hinaus wird mit weiteren Fragen sichergestellt, dass lediglich jene Personen, die der Haushaltsdefinition des HFCS entsprechen, als Haushaltsmitglieder im Interview erfasst werden.

1.3 Erfassung der Haushalte mit Landwirtschaft

Die Auswertung der Ergebnisse der ersten Welle zeigte, dass eine Verbesserung der Erfassung von Haushalten mit landwirtschaftlichem Betriebsvermögen notwendig ist. Die Bilanz eines Haushalts mit einer Landwirtschaft stellte sich als komplex – in Form vieler unterschiedlicher Komponenten und deren

eindeutiger Zuordnung – heraus. Insbesondere die Trennung zwischen dem Hauptwohnsitz und dem landwirtschaftlichen Unternehmen erwies sich für die Respondenten als schwierig.

In der zweiten Welle des HFCS wird darauf mit einer spezifischeren Fragegestaltung und zusätzlichen Hinweisen im Fragebogen für Haushalte mit Landwirtschaften eingegangen. Eine Landwirtschaft kann von einem Interviewer, der bei dem Haushalt persönlich vor Ort ist, zweifelsfrei erkannt werden⁶. Vor dem Interview wird durch den Interviewer vermerkt, dass es sich um einen Haushalt mit einer Landwirtschaft handelt. In den wenigen Fällen, bei welchen die Landwirtschaft vom Hauptwohnsitz des Respondenten getrennt ist, ist eine korrekte Beantwortung der Fragen und Zuordnung durch den Respondenten ohne weitere Hinweise möglich. Wird eine Landwirtschaft identifiziert, werden folgende Zusatzinformationen erhoben:

- Ist eine wertmäßige Trennung des Wohngebäudes von den Betriebsmitteln möglich?
- Falls keine Trennung möglich ist, wie hoch ist der Anteil des Wohngebäudes am Gesamtwert (Wohngebäude und Betriebsvermögen zusammen)?
- Ist in dem Wert des landwirtschaftlichen Unternehmens/Betriebs der Wert des Wohngebäudes enthalten?

Mit diesen zusätzlichen Informationen, die für die Modellierung des Bayesschen multiplen Imputationsansatzes verwendet werden können, ist eine Trennung des betrieblichen Vermögens und des Wohnvermögens ermöglicht.

Zusätzlich erhalten alle Haushalte mit einer Landwirtschaft an geeigneten Stellen im Fragebogen weitere Hinweise bzw. zusätzliche Informationen zur

⁶ Die Einstufung eines Haushalts mit einer aktiven Landwirtschaft durch den Interviewer ist im Allgemeinen leicht. Zusätzlich wurden die Interviewer jedoch in Bezug auf die Erkennung geschult.

Beantwortung der Fragen. So wird bei der Erfassung des Wertes des Hauptwohnsitzes darauf verwiesen, dass betriebliche Vermögenskomponenten der Landwirtschaft nicht an dieser Stelle, sondern erst bei der Erfassung des Betriebsvermögens anzugeben sind. Ebenso wird bei den weiteren Immobilien darauf verwiesen, dass diese, sofern sie für die eigene landwirtschaftliche Produktion eines der Haushaltsmitglieder genutzt werden, zum Betriebsvermögen gezählt werden müssen. Letztlich wird im Abschnitt der Erfassung der Unternehmensbeteiligung explizit darauf verwiesen, dass eine aktive Landwirtschaft als ein Unternehmen im HFCS eingestuft wird, wodurch alle Landwirte diese Fragen gestellt bekommen.

1.4 Kommentarfelder bei der Beantwortung bestimmter Fragen

Die erste Welle des HFCS Austria hat gezeigt, dass die Beantwortung mancher Fragen des Fragenkatalogs besonders

schwierig war. Bei diesen Fragen⁷ wurde in der zweiten Welle ein Kommentarfeld in die Erhebungssoftware aufgenommen, in dem der Interviewer auf Anweisung des Befragten zusätzliche Informationen in einem freien Text erfassen kann.

Abbildung 2 zeigt als Beispiel anhand der Frage nach dem Wert des Hauptwohnsitzes zum Zeitpunkt der Befragung am unteren rechten Rand die Möglichkeit der freien Texteingabe. Diese Kommentare der Respondenten sind bereits während der derzeit laufenden Feldphase der zweiten Welle des HFCS von großem Nutzen. So können oft Schwierigkeiten bei der Beantwortung einzelner Fragen identifiziert und dadurch erhobene Informationen bestätigt oder (durch eine Nachrecherche) korrigiert werden.

2 Effizienzgewinn durch verbessertes Stichprobendesign

Das Verfahren zur Auswahl von Erhebungseinheiten für das Bruttosample

Abbildung 2

Möglichkeit der Erfassung von Kommentaren

The screenshot shows the HFCS survey software interface. At the top, there is a toolbar with icons for 'STOP', navigation, and editing. Below the toolbar, the text reads: 'HFCS Erhebung Version: 01.09/Frage: mh0209'. The main question is: 'Wenn Sie diese Wohnung / dieses Haus einschließlich der Grundstücke heute verkaufen würden, welchen Preis könnten Sie Ihrer Meinung nach erzielen?'. Below the question is a numeric keypad with digits 0-9, a decimal point, and a 'BS' button. To the right of the keypad are two radio button options: 'Weiß nicht' and 'Keine Angaben'. At the bottom right, there is a text input field labeled '[Kommentar]'.

Quelle: Methodische Dokumentation HFCS Austria 2015. Mimeo, OeNB.

⁷ Zusätzlich wurden wenige Fragen in den Pre-Tests zur zweiten Welle des HFCS identifiziert, für welche ein solches Kommentarfeld aufgenommen wurde.

im HFCS Austria basiert auf einem komplexen Stichprobendesign. Es unterscheidet sich von einem ungeschichteten Zufallsstichprobendesign insofern, als es ex ante gegebene Informationen zur Stratifizierung und zum Clustering in die Stichprobenziehung inkludiert. Während in einer ungeschichteten Zufallsstichprobe jede Erhebungseinheit die gleiche Selektionswahrscheinlichkeit aufweist, ist dies im Rahmen eines komplexen Zufallsstichprobendesigns nicht der Fall. Gewichte, die Informationen zum Stichprobendesign, aber auch Unit-Non-Response und Poststratifizierung berücksichtigen,⁸ werden in der Folge bei statistischen Berechnungen angewendet, um die Erwartungstreue der Schätzer zu gewährleisten. Die Verwendung von Gewichten impliziert jedoch immer einen Effizienzverlust des Schätzers. Dies bedeutet eine höhere Varianz eines Schätzers aufgrund des Stichprobendesigns. Je nach Stichprobendesign kann sich die Effizienz von Schätzern bei gleichbleibender Erwartungstreue stark voneinander unterscheiden. Ziel des Datenproduzenten ist es also, eine möglichst geringe Erhöhung der Varianz aufgrund des Stichprobendesigns und unter Berücksichtigung einer kosteneffizienten Durchführung der Erhebung zu erreichen. Im folgenden Abschnitt werden zunächst die zwei Stichprobendesigns der ersten und der zweiten Welle gegenübergestellt. Anschließend werden die daraus resultierenden Design-Gewichte der beiden Wellen verglichen. In einem dritten Schritt wird der Effizienzgewinn durch das verbesserte Stichprobendesign in der zweiten HFCS-Welle in Österreich mittels des von Kish (1995) vorgeschlagenen Design-Effekts demonstriert.

2.1 Stichprobendesign

Erste Welle: Die Stichprobenziehung in der ersten Welle⁹ basierte auf einem stratifizierten zweistufigen Cluster-Stichprobendesign. Im Rahmen des HFCS Austria wurde die Stratifizierung auf Basis der NUTS-3-Regionen sowie nach Gemeindegrößenklassen durchgeführt. Innerhalb jedes Stratum wurden die Primary Sampling Units (PSUs), die im HFCS durch die Zählsprengel gegeben sind, gezogen. Die Ziehungswahrscheinlichkeit ist unabhängig von der Größe einer PSU, d. h. unabhängig von der Anzahl der darin enthaltenen Haushalte. In der zweiten Stufe wurden wiederum zufällig zwölf (in Wien acht) Haushalte innerhalb jedes ausgewählten Zählsprengels gezogen. Die Bruttostichprobe in der ersten Welle beinhaltete 170 Strata, 422 PSUs und 4.436 private Haushalte in Österreich.

Zweite Welle: Das implementierte Stichprobendesign in der zweiten HFCS-Welle in Österreich unterscheidet sich von der ersten Welle in der Selektionswahrscheinlichkeit der PSUs sowie in der Klassifizierung der Anzahl der zu ziehenden Haushalte in einer PSU. Während in der ersten Welle die Wahrscheinlichkeit, mit der die PSUs innerhalb jedes Stratum gezogen wurden, konstant war, ist diese Selektionswahrscheinlichkeit in der zweiten Welle proportional zur Größe der PSUs, gemessen an der Anzahl von Haushalten innerhalb einer PSU. Die proportionale Ziehungswahrscheinlichkeit der PSUs verringert die Varianz der Design-Gewichte und führt somit zu effizienteren Schätzern im HFCS. Erste Indikatoren zur Steigerung der Effizienz können bereits vor Ende der Feldphase auf Basis der Design-Gewichte

⁸ Für eine detaillierte Beschreibung der Erstellung der finalen Haushaltsgewichte in der ersten Welle des HFCS Austria siehe Kapitel 7, Albacete et al. (2012).

⁹ Für eine detaillierte Beschreibung siehe auch Kapitel 6 in Albacete et al. (2012).

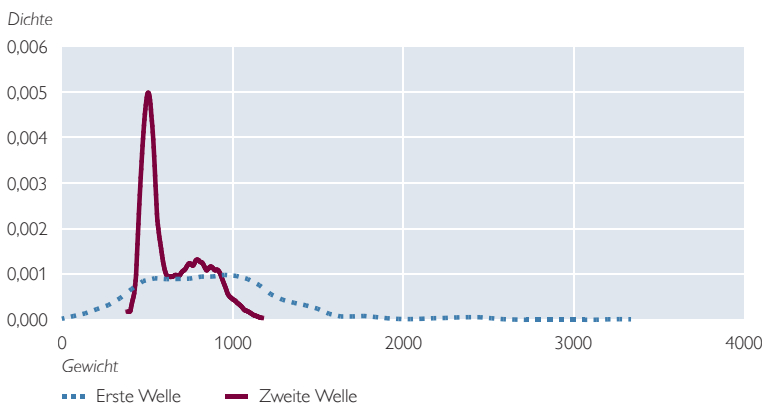
berechnet werden. Des Weiteren wurden in allen Strata der beiden höchsten Gemeindegrößenklassen, d. h. in jenen Strata, die Gemeinden¹⁰ mit mehr als 50.000 Haushalten enthalten, acht statt der vormaligen zwölf Haushalte gezogen. Die Bruttostichprobe der zweiten Welle des HFCS Austria umfasst 185 Strata, 619 PSUs und 6.308 private Haushalte.

Zudem wurde als zusätzliche Veränderung des Stichprobendesigns der

Entfall der ersten Stufe des Stichprobenvorgangs erarbeitet und ein Test-Sample gezogen. Dies bedeutet, dass das Design ohne eine Ziehung von Zählspiegeln als PSUs ausgekommen wäre und die Haushalte selbst die PSU gebildet hätten. Eine Sekundäreinheit (Secondary Sampling Unit, SSU) wäre damit obsolet geworden. Auch diese Idee würde bei adäquatem Design zu einer Reduktion der Varianz der Gewichte und einer dadurch einhergehenden Steigerung der Effizienz der Schätzer führen. Diese potenzielle Verbesserung hätte aber sehr hohe Kosten für den Mehraufwand durch die erheblich weiteren Fahrtstrecken zwischen den Haushalten verursacht. Auch aufgrund der daraus entstehenden Belastung für die Interviewer hätten sich negative Auswirkungen auf deren Motivation ergeben. Daher wurde auf diese potenzielle Verbesserung verzichtet.

Grafik 1

Verteilung der Design-Gewichte



Quelle: HFCS Austria, OeNB.

Anmerkung: Kernel-Density-Schätzung (Kernel = epanechnikov, Bandbreite = 64.7934).

Tabelle 3

Deskriptive Statistiken zu den Gewichten

Statistik	Erste Welle	Zweite Welle
Minimum	61	369
Maximum	3.271	1.183
Mittelwert	884	642
Median	857	553
Standardabweichung	434	177
Beobachtungen	4.436	6.308

Quelle: HFCS Austria, OeNB.

Anmerkung: Gerundet auf ganze Zahlen.

2.2 Vergleich der Design-Gewichte

Design-Gewichte tragen dazu bei, Verzerrungen infolge der ungleichen Selektionswahrscheinlichkeit zu bereinigen. Diese Design-Gewichte¹¹ werden als die Inverse der Selektionswahrscheinlichkeit der Haushalte berechnet. Das Design-Gewicht gibt an, wie viele Haushalte der Gesamtpopulation von einem Haushalt der Stichprobe repräsentiert werden.

Grafik 1 und Tabelle 3 illustrieren die Verteilung der Design-Gewichte in der ersten und zweiten HFCS-Welle in Österreich. Infolge der Verbesserungen im Stichprobendesign konnte die Streuung der Design-Gewichte erheblich verringert werden. So fiel die Standard-

¹⁰ Die Gemeinden sind Wien, St. Pölten, Graz, Klagenfurt, Villach, Linz, Wels, Salzburg und Innsbruck.

¹¹ Wie in Kapitel 7 in Albacete et al. (2012) dokumentiert, kommt es in der ersten Welle wegen Fehlern in der Auswahlpopulation dazu, dass die Design-Gewichte von unzulässigen bzw. doppelt erfassten Haushalten auf null gesetzt wurden. Da diese Bearbeitung der Design-Gewichte während der derzeit laufenden Feldphase der zweiten Welle nicht abschließend durchgeführt werden kann, werden die Design-Gewichte von der Phase vor diesem Arbeitsschritt verwendet.

abweichung von rund 430 in der ersten Welle auf unter 180 in der zweiten Welle.

Zusätzlich wird ersichtlich, dass die Verteilung der Design-Gewichte in der zweiten Welle eine wesentlich konzentriertere Form als jene der ersten Welle aufweist (siehe Grafik 1). So sind in der zweiten Welle 95 % der Design-Gewichte im Bereich zwischen 460 und 966, wohingegen 95 % der Design-Gewichte in der ersten Welle zwischen 298 und 1.560 lagen und sich etwa 25 % der Dichtemasse zwischen 1.000 und dem Maximalwert von rund 3.270 befinden.

2.3 Design-Effekt

Relativ zum ungeschichteten Zufallsstichprobendesign (Simple Random Sampling, SRS) beeinflusst der Einsatz von Stratifizierung, Clustering und Gewichtung die Größe der Varianz eines Schätzers. Während eine adäquate Stratifizierung der Population die Präzision eines Schätzers in der Regel verbessert, vergrößert sich die Varianz des Schätzers durch den Einsatz von Clustering und ungleichen Gewichten (siehe auch Kapitel 2 in Heeringa et al., 2010).

Der Design-Effekt nach Kish (1995) setzt die Varianz eines Schätzers, resultierend aus einem komplexen Stichprobendesign (Complex), in Relation zur Varianz desselben Schätzers von einem SRS. Er veranschaulicht somit anhand eines Faktors, um wie viel sich die

Varianz eines Schätzers durch das komplexe Stichprobendesign gegenüber dem SRS verändert. Der Design-Effekt für einen Schätzer $\hat{\theta}$ ist also in allgemeiner Form gegeben durch:

$$d^2(\hat{\theta}) = \frac{\text{var}(\hat{\theta})_{\text{Complex}}}{\text{var}(\hat{\theta})_{\text{SRS}}}$$

Alle Faktoren (Stratifizierung, Clustering und ungleiche Gewichte) beeinflussen die Varianz auf eine nichtlineare Weise, sodass die Varianz des Mittelwertschätzers aus dem komplexen Stichprobendesign eine komplexe Struktur aufweist. Kalton et al. (2005) zeigen, dass sich unter drei restriktiven Annahmen¹² der Design-Effekt der Design-Gewichte für den Schätzer eines Mittelwerts einer Variable y auf den folgenden Term reduzieren lässt, wobei w die Design-Gewichte darstellt:

$$d^2(\bar{y}) = 1 + cv^2(w)$$

$$\text{wobei } cv^2(w) = \frac{\text{var}(w)}{\bar{w}^2}$$

Für jede beliebige Variable im HFCS, welche die Annahmen von Kalton et al. (2005) erfüllt, kann der Design-Effekt, der auf die Design-Gewichte zurückzuführen ist, für den Schätzer des Mittelwerts bereits vor Ende der Feldphase – da unabhängig von den Ausprägungen der Variable y – berechnet werden. Tabelle 4 zeigt diese Design-Effekte für die erste und die zweite Welle des HFCS Austria.

Wie Tabelle 3 anhand der Standardabweichung zeigt, kann eine erhebliche Reduktion der Varianz, die auf das Stichprobenverfahren zurückzuführen ist, verzeichnet werden. Gegenüber der ersten Welle, in der der Design-Effekt aus dem Stichprobendesign einer Erhö-

Tabelle 4

Designeffekt der Design-Gewichte

	Designeffekt
Erste Welle	1,24
Zweite Welle	1,04

Quelle: HFCS Austria, OeNB.

¹² Die drei Annahmen sind, dass Varianz innerhalb eines Stratum über Strata konstant ist, die Mittelwerte in einem Strata über alle Strata ungefähr gleich sind und die Gewichte mit der betreffenden Variable nicht korreliert sind.

hung der Varianz um 24% entspricht, zeigt sich in der zweiten Welle eine erhebliche Verringerung, sodass die Varianz eines Mittelwertschätzers, der die Annahmen in Kalton et al. (2005) erfüllt, in der zweiten Welle des HFCS nur um etwa 4% höher liegt als ein Mittelwertschätzer aus dem SRS.

3 Interviewer-Schulung

Die Interviewer-Schulung stellt einen wesentlichen Aspekt der Erhebung des HFCS Austria dar. In komprimierter Form werden die Interviewer in einem eintägigen interaktiven Workshop über die Inhalte des Fragebogens, die thematischen Schwerpunkte und alle anderen wesentlichen Aspekte der Arbeit als Interviewer für den HFCS informiert. Darüber hinaus stehen den Interviewern eine Reihe von Unterlagen (wie z. B. Informationsfolder, Einladungsschreiben, Interviewer-Handbuch, Glossar usw.)¹³ zur Verfügung. Nur umfassend informierte und hoch motivierte Interviewer erzielen jene Interviewqualität, die für Forschung zu Haushaltsfinanzen notwendig ist. Bei der Durchführung der zweiten Welle stellt sich eine besondere Herausforderung. Die Ergebnisse der ersten Welle wurden in Österreich medial breit rezipiert. Der Notenbankfokus der Erhebung auf Geldpolitik und Finanzmarktstabilität wurde in der Öffentlichkeit weniger stark beachtet als mögliche gesellschaftspolitische Implikationen der Fakten zur Vermögensverteilung. Dieser öffentliche Diskurs beeinflusst seinerseits die Antwortbereitschaft. Besonders wichtig erweist sich das Verdeutlichen der strikten Anonymität, des Datenschutzes und der wissenschaftlichen Zielsetzung.

4 Weitere Aspekte

Eine Vielzahl von weiteren Aspekten der Datenerhebung wird auf Basis der Erfahrungen der ersten Welle verbessert. So stellen sich z. B. die Grundlagen im Bereich der Ex-post-Analysen und Konsistenzprüfungen sowie der Editierungsmaßnahmen aus der ersten Welle als hilfreich dar. Aus Platzgründen können nicht alle Fortschritte¹⁴ im Detail dargestellt werden; es werden lediglich zwei weitere Veränderungen skizziert.

4.1 Paradata

Paradata werden insbesondere für die Korrektur für die Nichtteilnahme einzelner Haushalte (Non-Response-Adjustment) verwendet. Sie sind somit für eine korrekte Erstellung der finalen Haushaltsgewichte unerlässlich. Das Paradata-Set des HFCS Austria 2010 war zwar umfangreich, konnte jedoch auf Basis internationaler Weiterentwicklungen erweitert und damit verbessert werden. Zusätzlich zu den von der EZB vorgegebenen und in der ersten Welle erhobenen Paradata werden nun folgende weitere Informationen erhoben:

- Grund der Verweigerung von Haushalten, die eine Teilnahme ablehnen
- Umfang von beschmierten Hauswänden (Graffiti), zerstörtes Eigentum oder Vandalismus in der unmittelbaren Umgebung
- Geschlecht und Alterskategorie der kontaktierten Person

Mit diesen zusätzlichen Informationen lassen sich Einschätzungen über die Umgebung des Respondenten sowie über unterschiedliches Antwortverhalten von verschiedenen Personengruppen treffen. Es wird erwartet, dass dadurch die Korrektur für nicht teilnehmende Haushalte verbessert wird.

¹³ Siehe Kapitel 3 in Albacete et al. (2012) für eine detaillierte Beschreibung der Unterlagen.

¹⁴ Auch für die zweite Welle des HFCS Austria wird voraussichtlich eine Dokumentation der Methodik veröffentlicht werden.

Zusätzlich wurden Zeitstempel in die digitale Version des Fragebogens aufgenommen, um für die Evaluierung der zweiten Welle detailliertere Analysen zum zeitlichen Ablauf eines Interviews zu ermöglichen. So wird nun nach Abschluss jedes Fragekapitels die dafür aufgewandte Zeit notiert.

4.2 Datenlieferungen

Laufende Datenlieferungen während der Feldphase inklusive der darauf basierenden Konsistenzanalysen und Nachrecherchen stellen einen entscheidenden Teil des Qualitätsmanagements im HFCS dar. Zum einen kommt eine noch größere Anzahl von Konsistenzprüfungen zur Anwendung, zum anderen wurde das Management der Datenlieferungen und -überprüfungen verbessert. So werden in der zweiten Welle die erhobenen Daten in kürzeren Zeitabschnitten vom Auftragnehmer übermittelt. Dadurch können Schwierigkeiten zeitnah identifiziert und umgehend Nachrecherchen durchgeführt werden. Darüber hinaus wurden Dokumentation und Ablauf der Rückmeldungen und Nachrecherchen strukturell überarbeitet, um eine reibungslose und rasche Durchführung sicherzustellen. Somit sind zusätzlich zu den Flags, die die Entstehung jeder einzelnen Beobachtung dokumentieren, detailliertere Informa-

tionen zum Verlauf der Datenerhebung während der Feldphase vorhanden.

5 Schlussfolgerungen

Die zweite Welle des HFCS Austria kann konzeptuell auf der erfolgreichen Durchführung des HFCS Austria 2010 aufbauen. Manche Aspekte der Erhebung mussten verfeinert werden. Die Schulung der Interviewer wurde stärker praxisorientiert ausgerichtet. Die Übermittlung der Datensätze erfolgt nun höherfrequent. Dies erlaubt ein rasches Feedback an den Interviewer. Wenn Interviewer Probleme mit bestimmten Abschnitten des Fragebogens haben, so kann dies in der Einzelprüfung leicht erkannt und relativ rasch behoben werden.

Die Erfassung der Landwirte stellte in der ersten Welle des HFCS vor allem wegen der Trennung der Wohnimmobilie von den Betriebsbestandteilen eine Herausforderung dar. Dies konnte anhand der Verbesserungen im Fragebogendesign weiterentwickelt werden.

Auch im komplexen Stichprobendesign konnten Verbesserungen vor allem für die zu erwartende Varianz der aus dem HFCS resultierenden Schätzer implementiert werden. Nach der zweiten Welle des HFCS Austria ist vorgesehen, die verwendeten Methoden neuerlich zu evaluieren.

Literaturverzeichnis

- Albacete, N. and P. Lindner. 2013.** Household Vulnerability in Austria – A Microeconomic Analysis Based on the Household Finance and Consumption Survey. In: Financial Stability Report 25. 57–73.
- Albacete, N., P. Lindner, K. Wagner und S. Zottel. 2012.** Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010. Methodische Grundlagen für Österreich. Addendum zu Geldpolitik & Wirtschaft Q3/12.
- Albacete, N. und M. Schürz. 2014a.** Paradata im HFCS Austria 2010 – Teil 1: Evaluierung von Non-Response-Fehlern. Statistiken – Daten & Analysen Q1/14. OeNB. 81–97.
- Albacete, N. und M. Schürz. 2014b.** Paradata im HFCS Austria 2010 – Teil 2: Evaluierung von Messfehlern. Statistiken – Daten & Analysen Q3/14. OeNB. 54–64.
- Deutsche Bundesbank. 2013.** Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Bundesbankstudie. Monatsbericht Juni 2013. 25–51.
- ECB. 2013a.** The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey – Results from the First Wave. February.
- ECB. 2013b.** The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey: Methodological Report for the First Wave. February.
- Fessler, P., P. Lindner und E. Segalla. 2014.** Net Wealth across the Euro Area – Why Household Structure Matters and How to Control for It. ECB Working Paper No. 1663.
- Heeringa, S., B. West und P. Berglund. 2010.** Applied Survey Data Analysis. Broken Sound Parkway NW, Boca Raton: Chapman Hall/CRC Press, 1st edition.
- Kalton, G., Brick, J. M. und Thanh Lê. 2005.** Estimating Components of Design Effects for Use in Sample Design. In: Household Sample Surveys in Developing and Transition Countries, Chapter VI. United Nations, New York.
http://unstats.un.org/unsd/hhsurveys/pdf/Chapter_6.pdf [abgerufen am 20.10.2014]
- Kennickell, A. B. 2007.** The Role of Oversampling of the Wealthy in the Survey of Consumer Finances. In: Federal Reserve Board Survey of Consumer Finances Working Papers. July.
- Kish, L. 1995.** Survey Sampling. New York: Wiley.
- United Nations. 2005.** Designing Household Survey Samples: Practical Guidelines. Studies in Methods. Series F, No. 98. Department of Economic and Social Affairs. New York.

Anhang 1: Detaillierte Beschreibung einer Euro-Schleife

„Im ersten Schritt werden die Befragten nach den exakten Beträgen gefragt („Wie viel ...“ bzw. „Wie hoch ...“). Ist dieser Betrag bekannt, kann die befragte Person frei eine Währung wählen. Nach Angabe der Währung wird der genannte Betrag samt Währungsangabe bestätigt. („Sie haben angegeben, dass der Betrag bei ... [Währungsangabe] liegt. Ist das richtig?“)

Wird kein exakter Betrag angegeben, kann der Befragte eine Bandbreite wählen, innerhalb welcher dieser Betrag liegt. („Können Sie mir ein Intervall, das heißt eine Ober- und eine Untergrenze angeben, in dem der Betrag liegt?“) Dabei kann es sich auch um eine nach unten oder oben offene Bandbreite handeln (z. B. „höchstens ... EUR“ oder „mindestens ... ATS“). Wird eine Ober- und/oder Untergrenze angegeben, wird im Interview, analog zur Befragung nach den Beträgen, weiter verfahren: Der Befragte wählt zuerst die

passende Währung; danach wird die gesamte Erfassung von Ober- und Untergrenzen samt Währungsangabe bestätigt.

Wenn der Befragte auch bei der individuellen Intervallsabfrage keine Antwort geben kann („Weiß nicht“) oder nicht will („Keine Angabe“), ist es ihm möglich, aus einer Liste ein Intervall zu wählen. Diese vorgegebenen Intervalle lassen außer der Eingabe in Euro keine andere Währungsangabe zu. Der Befragte kommt nach der Wahl eines Intervalls direkt zur Bestätigungsfrage. Allen Fragen, bei denen nach Beträgen gefragt wird, liegt die gleiche Liste vorgegebener Intervalle zugrunde. Verweigert ein Befragter auch die Angabe eines fixen Intervalls, wird die Betragsfrage als nicht beantwortet („Weiß nicht“ oder „Keine Angabe“) abgeschlossen. Die Intervallangaben sind insbesondere für die multiplen Imputationen (siehe Kapitel 5) von großer Bedeutung.“ (Seite 18, Albacete et al., 2012)

DATEN

Redaktionsschluss: 12. November 2014

Die jeweils aktuellsten Daten sowie weitere Indikatoren können auf der OeNB-Website (www.oenb.at) unter „Statistik und Meldeservice/Statistische Daten“ abgerufen werden.

Statistische Daten: www.oenb.at/Statistik/Standardisierte-Tabellen.html

Dynamische Abfrage: www.oenb.at/isaweb/dyna1.do?lang=DE&go=initHierarchie

Veröffentlichungskalender: www.oenb.at/isaweb//releasehierarchie.do?lang=DE

Tabellenübersicht

1 Österreichischer Beitrag zu den Euro-Geldmengen M3	87
2 Ausleihungen innerhalb und außerhalb des Euroraums	88
3 Kundenzinssätze – Neugeschäft	89
4 Konsolidierte Bilanz der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute	90
5 Konsolidierte Eigenmittel des gesamten österreichischen Bankensektors gemäß Teil 2 und 3 CRR	91
6 Konsolidierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute	92
7 Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)	93
8 Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt	94
9 Sonstige Finanzintermediäre	95
10 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen	96
11 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten	97
12 Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global	98
13 Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	99
14 Direktinvestitionen	100

Tabelle 1

Österreichischer Beitrag zu den Euro-Geldmengen M3

Periodenstand	2011	2012	2013	Mai 14	Juni 14	Juli 14	Aug. 14	Sep. 14
	<i>in Mio EUR</i>							
M3 (M2 + 1. + 2. + 3.)	259.991	267.546	273.114	277.608	274.015	276.096	275.378	275.932
1. Einlagen aus Repo Geschäften ¹	312	74	292	310	291	516	217	154
2. Begebene Geldmarktfondsanteile	1.190	399	182	153	151	151	146	146
3. Begebene Schuldverschreibungen von bis zu 2 Jahren	4.967	5.145	4.435	5.554	5.295	5.160	5.553	4.561
M2 (M1 + 4. + 5.)	253.522	261.928	268.205	271.591	268.278	270.269	269.462	271.071
4. Einlagen mit Bindungsfrist von bis zu 2 Jahren	134.448	125.144	119.292	121.584	119.486	120.154	119.232	118.115
5. Einlagen mit Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten	29	34	492	2.884	3.082	4.197	4.075	4.558
M1 (6.)	119.045	136.750	148.421	147.123	145.710	145.918	146.155	148.398
6. Täglich fällige Einlagen	119.045	136.750	148.421	147.123	145.710	145.918	146.155	148.398
Längerfristige finanzielle Verbindlichkeiten								
Einlagen mit Bindungsfrist von über 2 Jahren von Nicht-MFIs im Euroraum	58.618	58.459	58.471	56.909	56.814	56.838	56.766	56.655
Einlagen mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten von Nicht-MFIs (ohne Zentralstaaten) im Euroraum	0	0	0	0	0	0	0	0
Begebene Schuldverschreibungen von über 2 Jahren	155.828	146.602	139.977	134.605	133.437	133.597	132.850	133.829
Kapital und Rücklagen	91.712	105.703	100.149	104.922	104.924	105.162	105.362	107.206
Titrierte und nicht titrierte Kredite an Nicht-MFIs im Euroraum								
Öffentliche Haushalte	72.935	75.991	79.104	83.237	83.472	84.894	84.789	85.501
Sonstige Nicht-MFIs	416.207	420.063	414.852	415.833	417.113	419.293	418.785	420.290
Buchkredite	343.603	345.189	339.296	339.600	340.792	343.106	342.977	344.215
Nettoforderungen gegenüber Ansässigen außerhalb des Euroraums	67.969	90.152	88.748	90.136	89.961	91.412	96.339	92.936

Quelle: OeNB.

¹ Exklusive Repogeschäfte mit Clearinghäusern.

Ausleihungen innerhalb und außerhalb des Euroraums

Periodenendstand	2011	2012	2013	März 14	Apr. 14	Mai 14	Juni 14	Juli 14	Aug. 14	Sep. 14
	<i>in Mio EUR</i>									
Ausleihungen im Euroraum										
Nichtbanken Finanzintermediäre	34.077	34.845	30.603	30.494	30.952	31.146	30.203	30.753	30.522	30.457
Vertragsversicherungen und Pensionskassen	192	186	250	166	139	126	150	100	107	111
Nichtfinanzielle Unternehmen	165.309	165.646	164.308	164.002	163.582	164.350	165.436	167.289	166.907	167.408
Private Haushalte	144.025	144.511	144.136	144.125	143.823	143.979	145.003	144.964	145.440	146.239
Ausleihungen für Konsumzwecke	23.575	22.739	21.792	21.374	20.978	20.963	21.387	21.316	21.381	21.474
Ausleihungen für Wohnbau	83.960	86.281	87.622	87.835	87.966	88.183	88.591	88.828	89.185	89.681
Sonstige Ausleihungen	36.491	35.492	34.723	34.915	34.879	34.834	35.023	34.820	34.874	35.085
Öffentliche Haushalte	30.865	29.676	27.457	27.096	27.517	27.571	26.723	27.176	26.764	26.862
Ausleihungen außerhalb des Euroraums										
Banken	62.388	56.875	50.788	55.084	55.360	57.500	52.003	54.548	57.151	48.160
Nichtbanken	63.204	61.226	62.660	61.592	62.123	62.928	61.850	62.946	62.738	61.670
Öffentliche Haushalte	5.092	4.536	3.589	3.460	3.465	3.443	3.354	3.359	3.386	3.360

Quelle: OeNB.

Tabelle 3

Kundenzinssätze¹ – Neugeschäft

	2012	2013	März 14	Apr. 14	Mai 14	Juni 14	Juli 14	Aug. 14	Sep. 14
Einlagenzinssätze									
von privaten Haushalten²									
mit vereinbarten Laufzeiten									
bis 1 Jahr	1,25	0,73	0,63	0,65	0,61	0,60	0,56	0,54	0,55
1 bis 2 Jahre	1,69	0,96	0,91	0,96	0,90	0,86	0,76	0,69	0,65
über 2 Jahre	2,16	1,56	1,46	1,43	1,43	1,41	1,44	1,29	1,25
von nichtfinanziellen Unternehmen									
mit vereinbarten Laufzeiten									
bis 1 Jahr	0,81	0,42	0,49	0,53	0,48	0,42	0,43	0,39	0,36
Kreditzinssätze¹									
an private Haushalte²									
für Konsum									
Effektivzinssatz ³	4,77	4,73	5,00	5,02	5,13	4,89	4,99	4,96	4,98
Wohnbau	2,71	2,39	2,42	2,34	2,38	2,40	2,31	2,28	2,27
Effektivzinssatz ³	3,21	2,84	2,89	2,84	2,85	2,85	2,79	2,74	2,72
für sonstige Zwecke									
freie Berufe	2,64	2,48	2,56	2,59	2,52	2,49	2,41	2,57	2,48
freie Berufe	2,91	2,73	2,76	2,81	2,68	2,75	2,59	2,71	2,64
an nichtfinanzielle Unternehmen									
Kredite bis 1 Mio EUR									
mit Kreditlaufzeit bis 1 Jahr	2,46	2,28	2,37	2,38	2,36	2,34	2,25	2,23	2,18
mit Kreditlaufzeit über 1 Jahr	1,99	1,99	2,12	2,13	2,08	2,08	2,03	2,02	1,89
Kredite über 1 Mio EUR									
mit Kreditlaufzeit bis 1 Jahr	2,86	2,56	2,62	2,61	2,64	2,56	2,44	2,44	2,45
mit Kreditlaufzeit über 1 Jahr	1,98	1,77	1,78	1,82	1,82	1,72	1,90	1,66	1,55
mit Kreditlaufzeit bis 1 Jahr	1,65	1,48	1,50	1,53	1,52	1,39	1,34	1,41	1,32
mit Kreditlaufzeit über 1 Jahr	2,76	2,43	2,50	2,60	2,61	2,22	2,73	2,25	2,12

Quelle: OeNB.

¹ Der Zinssatz ist der vereinbarte annualisierte Jahreszinssatz in Prozent pro Jahr. In diesem Zinssatz sind nur etwaige unterjährige Zinskapitalisierungen, aber keine sonstigen Kosten enthalten.

² Der Subsektor „freie Berufe und selbstständig Erwerbstätige“ war bis einschließlich Mai 2004 Teil des Sektors „nichtfinanzielle Unternehmen“ und ist seit Juni 2004 im Sektor „private Haushalte“ enthalten.

³ Ohne „Private Organisationen ohne Erwerbszweck“.

Konsolidierte Bilanz der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute

	2011	2012	2013	Q2 11	Q2 12	Q2 13	Q2 14
<i>in Mio EUR</i>							
Barreserve	33.254	38.789	32.040	22.041	33.707	30.463	27.220
Kredite und Forderungen inklusive Finanzierungsleasing	814.638	813.023	782.074	807.019	840.320	800.031	764.293
Schuldverschreibungen, Aktien, Schuldtitel (Handelsergebnis)	197.657	193.404	179.336	209.344	198.144	188.037	179.642
Finanzderivate inklusive solche für Sicherungsmassnahmen mit positiven Marktwert	39.317	42.090	26.698	25.378	42.842	30.018	33.631
Anteil an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen (Finanzergebnis)	19.790	20.831	19.954	19.958	20.412	20.905	22.356
Sachanlagen und langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen nach IFRS 5	23.539	19.229	18.498	14.731	14.612	19.110	19.357
Immaterielle Vermögensgegenstände	8.308	7.399	4.646	10.220	8.312	7.148	3.538
Sonstige Aktivposten	29.810	28.829	26.467	28.564	30.170	29.730	21.564
Aktiva insgesamt	1.166.313	1.163.595	1.089.713	1.137.255	1.188.519	1.125.442	1.071.601
Einlagen von Zentralbanken	10.692	15.367	10.286	7.541	18.047	9.575	12.381
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	207.511	199.901	167.805	208.108	214.236	183.761	168.831
Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken	518.779	537.859	541.454	507.782	543.894	536.776	524.162
Schuldverschreibungen und andere finanzielle Verbindlichkeiten gemäß IAS 39	230.724	212.975	196.230	230.145	217.381	203.475	187.532
Finanzderivate inklusive solche für Sicherungsmaßnahmen mit negativen Marktwert	36.721	37.159	25.489	25.473	39.950	28.449	27.774
Shortpositionen des Handelsbestands	1.249	1.093	919	864	1.131	1.059	1.341
Finanzielle Verbindlichkeiten aus Vermögensübertragungen	9.509	5.446	4.227	8.858	8.946	9.410	4.386
Nachrangige Verbindlichkeiten	25.542	24.190	22.681	24.918	22.713	22.127	22.605
Jederzeit rückzahlbares Grundkapital (z. B. Genossenschaftsanteile)	103	0	0	100	97	0	1
Verbindlichkeiten in Veräußerungsgruppen, die zur Veräußerung gehalten werden (IFRS 5)	8.796	3.845	2.248	43	77	3.575	1.979
Sonstige Passiva	25.667	26.464	23.634	27.437	26.488	28.895	24.431
Fonds für allgemeine Bankrisiken	396	376	382	409	376	379	419
Rückstellungen	11.330	12.859	13.300	11.467	11.772	13.347	15.041
Eigenkapital und Fremdanteile	79.294	86.060	81.058	84.110	83.410	84.612	80.718
Passiva insgesamt	1.166.313	1.163.595	1.089.713	1.137.255	1.188.519	1.125.442	1.071.601

Quelle: OeNB.

Tabelle 5

Konsolidierte Eigenmittel des gesamten österreichischen Bankensektors¹ gemäß Teil 2 und 3 CRR

	Q1 14	Q2 14
	in Mio EUR	
Eigenmittel	91.342	90.464
Kernkapital	70.722	68.907
Hartes Kernkapital	70.302	68.475
Zusätzliches Kernkapital	421	432
Ergänzungskapital (T2)	20.620	21.558
Gesamtrisikobetrag	582.712	580.741
Risikogewichtete Forderungsbeträge für das Kredit-, Gegenparteausfall- und Verwässerungsrisiko sowie Vorleistungen	501.840	503.999
Risikopositionsbetrag für Abwicklungs- und Lieferrisiken	0	0
Gesamtforderungsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	16.289	14.009
Gesamtbetrag der Risikopositionen für operationelle Risiken	55.519	54.792
Zusätzlicher Risikopositionsbeitrag aufgrund fixer Gemeinkosten ²	0	0
Gesamtbetrag der Risikopositionen für Anpassung der Kreditbewertung	7.978	7.856
Gesamtbetrag der Risikopositionen in Bezug auf Großkredite im Handelsbuch ³	75	85
Sonstige Risikopositionsbeträge ⁴	1.011	0
	in %	
Harte Kernkapitalquote (CET1)	12,06	11,79
Kernkapitalquote (T1)	12,14	11,87
Gesamtkapitalquote	15,68	15,58
	Anzahl	
Anzahl der Banken	562	559

Quelle: OeNB.

¹ Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten der Bankkonzerne und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute. Im Rahmen des Beleges „Konsolidierte Eigenmittel gemäß Teil 2 und 3 CRR auf Basis CBD (Consolidated Banking Data) 67“ werden quartalsweise konsolidierte (Bankkonzerne) und unkonsolidierte Daten (Einzelkreditinstitute) zu einer einheitlichen Darstellung der Eigenmittelausstattung des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Konzernverflechtungen automatisiert zusammengeführt.

² Nur von Investmentfirmen zu melden

³ Artikel 92(3) Punkt (b) (ii) und 395 bis 401 CRR

⁴ Artikel 3, 458, 459

Konsolidierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute

	2011	2012	2013	Q2 11	Q2 12	Q2 13	Q2 14
<i>in Mio EUR</i>							
Nettozinsergebnis	20.426	19.259	18.598	10.153	9.752	9.342	9.135
Zinsen und ähnliche Erträge	44.127	42.160	35.978	21.534	21.885	18.657	16.781
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	23.701	22.901	17.380	11.382	12.133	9.315	7.646
Dividendenerträge und Erträge aus Beteiligungen	824	748	661	384	409	360	322
Provisionsergebnis	7.592	7.260	7.590	3.782	3.675	3.797	3.661
Provisionserträge	10.250	9.903	10.071	5.129	4.934	5.093	4.976
Provisionsaufwendungen	2.658	2.642	2.481	1.347	1.259	1.296	1.315
Realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzgeschäften	569	1.434	932	102	961	357	217
Handelsergebnis ¹	845	1.137	670	613	435	17	497
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS ¹	507	658	738	365	592	427	133
Bewertungsergebnisse aus Veräußerung, Neubewertung von Sachanlagen (IAS 16) und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (IAS 40)	38	18	22	9	-20	-11	-1
Sonstige betriebliche Erträge	6.406	7.158	6.059	3.341	3.134	3.167	2.958
Betriebserträge (ohne Risikovorsorgen)	37.207	37.673	35.271	18.749	18.939	17.454	16.922
Verwaltungsaufwendungen	-16.594	-16.801	-17.007	-8.249	-8.307	-8.450	-8.158
Abschreibungen, Wertberichtigungen auf Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (IAS 40) und immaterielle Vermögensgegenstände ¹	-3.925	-2.690	-4.532	-920	-1.067	-964	-1.790
Aufwendungen für jederzeit rückzahlbares Grundkapital	-6	0	0	-3	0	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.313	-6.091	-5.779	-3.049	-3.041	-3.085	-4.120
Betriebsergebnis (ohne Risikovorsorgen)	10.369	12.090	7.953	6.529	6.525	4.954	2.854
a) Rückstellungen	-327	-354	-230	-80	-33	-76	-168
b) Risikovorsorgen im Kreditgeschäft	-6.028	-6.390	-7.004	-2.868	-2.712	-3.240	-2.597
c) Risikovorsorgen aus nicht zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögensgegenständen ¹	-1.840	-509	-336	-225	-141	-8	59
d) unmittelbar erfolgswirksamer negativer Geschäfts- oder Firmenwert ¹	3	1	20	0	1	0	45
e) Anteil des Ergebnisses von assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen nach Equity-Methode ¹	724	410	553	639	591	389	425
f) Ergebnis aus Gegenständen des Anlagevermögens und Veräußerungsgruppen (IFRS 5), ohne Veräußerung/Aufgabe von Geschäftsbereichen ¹	-103	-23	-6	-2	-24	-9	-19
g) ausserordentliches Ergebnis	-33	-53	325	1	-3	-5	5
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	2.763	5.173	1.276	3.994	4.205	2.006	605
h) Ertragssteuern	-1.474	-1.356	-1.281	-693	-782	-420	-811
i) Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	-126	-254	-473	-4	47	-186	-25
j) Minderheitenanteile	-452	-597	-557	-400	-439	-339	-362
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	711	2.966	-1.035	2.897	3.031	1.061	-594

Quelle: OeNB.

¹ Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach IFRS erhoben.

Tabelle 7

Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)

	2011		2012		2013		Q1 14		Q2 14	
	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	550	0,3	512	0,3	553	0,3	501	0,3	490	0,3
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	400	0,2	440	0,3	454	0,3	514	0,3	514	0,3
Herstellung von Waren	22.443	13,9	23.225	14,2	22.571	13,8	22.664	13,9	22.740	13,9
Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	6.443	4,0	6.304	3,9	6.334	3,9	6.397	3,9	6.691	4,1
Bau	10.463	6,5	10.551	6,5	10.308	6,3	10.418	6,4	10.685	6,5
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	18.915	11,7	18.183	11,1	17.256	10,6	17.145	10,5	17.127	10,5
Beherbergung und Gastronomie	7.093	4,4	7.308	4,5	7.480	4,6	7.288	4,5	7.429	4,5
Verkehr und Lagerei	9.014	5,6	9.188	5,6	9.566	5,8	9.852	6,0	9.683	5,9
Information und Kommunikation	1.364	0,8	1.446	0,9	1.531	0,9	1.463	0,9	1.387	0,8
Grundstücks- und Wohnungswesen	49.436	30,7	50.982	31,2	52.337	32,0	52.305	32,1	52.519	32,1
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	12.754	7,9	12.800	7,8	12.565	7,7	12.463	7,6	11.826	7,2
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	6.378	4,0	5.982	3,7	5.999	3,7	5.866	3,6	5.971	3,7
Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	3.265	2,0	3.170	1,9	3.149	1,9	3.124	1,9	3.154	1,9
Erbringung von sonstigen (wirtschaftlichen) Dienstleistungen	1.788	1,1	1.782	1,1	1.607	1,0	1.470	0,9	1.502	0,9
Solidarkreditnehmergruppen	10.963	6,8	11.335	6,9	11.823	7,2	11.522	7,1	11.729	7,2
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	161.269	100	163.209	100	163.533	100	162.990	100	163.447	100
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	161.269	18,7	163.209	20,0	163.533	20,8	162.990	20,7	163.447	20,9
Sonstige inländische Kreditnehmer	27.061	3,1	26.541	3,3	25.992	3,3	25.843	3,3	25.990	3,3
Öffentlicher Sektor	55.529	6,4	58.787	7,2	59.085	7,5	60.423	7,7	61.355	7,8
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	283.769	32,8	270.938	33,2	245.107	31,2	241.562	30,6	232.689	29,8
Ausland¹	185.212	21,4	167.700	20,6	164.850	21,0	171.325	21,7	163.934	21,0
Euroraum ohne Österreich	151.753	17,6	128.173	15,7	126.189	16,1	126.496	16,0	134.468	17,2
Summe Kredite gem. ZKR – alle Sektoren	864.593	100	815.348	100	784.755	100	788.640	100	781.882	100

Quelle: OeNB.

¹ Alle natürlichen und juristischen Personen außerhalb des Euroraums.

Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt

	2011		2012		2013		Q1 14		Q2 14	
	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ¹	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ¹	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ¹	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ¹	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ¹
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	545	99,1	505	98,6	549	99,3	498	99,4	485	99,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	379	94,8	423	96,1	436	96,0	495	96,3	495	96,3
Herstellung von Waren	21.079	93,9	21.838	94,0	21.271	94,2	21.342	94,2	21.419	94,2
Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung	6.089	94,5	5.842	92,7	5.894	93,1	5.955	93,1	6.171	92,2
Bau	10.058	96,1	10.167	96,4	9.954	96,6	10.076	96,7	10.355	96,9
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	17.520	92,6	16.644	91,5	15.787	91,5	15.756	91,9	15.785	92,2
Beherbergung und Gastronomie	6.871	96,9	7.110	97,3	7.292	97,5	7.109	97,5	7.243	97,5
Verkehr und Lagerei	7.316	81,2	7.449	81,1	7.529	78,7	7.677	77,9	7.487	77,3
Information und Kommunikation	1.127	82,6	1.138	78,7	1.187	77,5	1.119	76,5	1.047	75,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	46.551	94,2	48.351	94,8	49.829	95,2	49.817	95,2	50.003	95,2
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	12.024	94,3	11.931	93,2	11.648	92,7	11.547	92,7	10.939	92,5
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	5.765	90,4	5.446	91,0	5.442	90,7	5.325	90,8	5.414	90,7
Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	2.906	89,0	2.808	88,6	2.772	88,0	2.733	87,5	2.781	88,2
Erbringung von sonstigen (wirtschaftlichen) Dienstleistungen	1.624	90,8	1.599	89,7	1.481	92,2	1.370	93,2	1.402	93,3
Solidarkreditnehmergruppen	10.909	99,5	11.269	99,4	11.752	99,4	11.448	99,4	11.636	99,2
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	150.765	93,5	152.520	93,5	152.824	93,5	152.267	93,4	152.663	93,4
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	150.765	93,5	152.520	93,5	152.824	93,5	152.267	93,4	152.663	93,4
Sonstige inländische Kreditnehmer	26.691	98,6	26.180	98,6	25.659	98,7	25.493	98,6	25.599	98,5
Öffentlicher Sektor	50.168	90,3	52.621	89,5	52.484	88,8	53.843	89,1	54.909	89,5
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	267.727	94,3	254.347	93,9	227.140	92,7	223.554	92,5	215.064	92,4
Ausland ²	176.444	95,3	159.272	95,0	156.464	94,9	162.518	94,9	154.850	94,5
Euroraum ohne Österreich	132.615	87,4	110.124	85,9	104.879	83,1	104.166	82,3	111.658	83,0
Summe Kredite gem. ZKR – Kreditinstitute insgesamt	804.410	93,0	755.063	92,6	719.451	91,7	721.841	91,5	714.743	91,4

Quelle: OeNB.

¹ Bezogen auf alle Sektoren (siehe Tabelle 7).² Alle natürlichen und juristischen Personen außerhalb des Euroraums.

Tabelle 9

Sonstige Finanzintermediäre

Periodenstand	2011	2012	2013	Q4 12	Q1 13	Q2 13	Q3 13	Q4 13	Q1 14	Q2 14
<i>in Mio EUR</i>										
Investmentfonds										
Bereinigtes Fondsvolumen (abzüglich der „Fonds-in-Fonds“-Veranlagungen)	116.747	126.831	128.444	126.831	129.943	127.454	129.452	128.444	129.591	133.570
Veränderung des bereinigten Fondsvolumens	-2.607	14.374	6.338	4.019	3.934	-1.843	2.590	1.656	1.938	4.613
Bereinigte Nettomittelveränderung	-1.767	1.443	345	630	1.318	71	199	-1.244	-441	708
Kapitalveränderung durch Ausschüttungen zum Ex-Tag	2.220	2.145	2.362	1.151	411	323	296	1.332	395	317
Kapitalveränderung durch Kurswertveränderungen und Erträge	-3.060	10.786	3.631	2.238	2.205	-2.237	2.095	1.568	1.984	3.588
Pensionskassen										
Vermögensbestand	14.798	16.335	17.299	16.335	16.806	16.564	17.028	17.299	17.797	18.363
in Euro	14.381	15.931	16.870	15.931	16.361	16.146	16.596	16.870	17.384	17.915
in Fremdwährung	416	404	429	404	445	418	433	429	413	448
Inländische Investmentzertifikate	12.420	13.143	13.522	13.143	13.715	13.184	13.643	13.522	14.416	15.335
Ausländische Investmentzertifikate	1.096	2.013	1.928	2.013	2.002	2.186	2.129	1.928	2.199	1.864
Versicherungen										
Inländische Rentenwertpapiere	15.453	17.330	17.150	17.333	16.816	16.954	16.880	17.150	17.226	17.160
Ausländische Rentenwertpapiere	26.125	25.195	27.429	25.186	25.427	25.600	26.281	27.428	28.969	29.819
Inländische Anteilswerte und sonstige inländische Wertpapiere	25.583	28.119	28.067	28.115	28.471	28.146	28.257	28.066	26.911	26.426
Ausländische Anteilswerte und sonstige ausländische Wertpapiere	5.206	5.435	5.653	5.435	5.565	5.647	5.754	5.655	5.632	5.829
Summe der Aktiva	104.815	108.504	110.748	108.378	108.881	109.031	109.617	110.391	112.584	113.324

Quelle: OeNB.

Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen im zweiten Quartal 2014

	Nicht-finanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	davon Monetäre Finanzinstitute	davon Investmentfonds	davon sonstige nicht-monetäre Finanzinstitute	davon Versicherungen	davon Pensionskassen	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
<i>Bestände in Mio EUR</i>										
Geldvermögen										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR)	x	10.532	10.532	x	x	x	x	x	x	1.966
Bargeld	1.699	2.937	2.932	0	0	4	0	20.135	0	2.040
Täglich fällige Einlagen	36.945	83.077	66.246	6.412	8.062	2.037	321	85.339	1.116	73.711
Sonstige Einlagen	18.744	222.049	211.377	1.783	6.318	2.481	90	129.966	683	80.387
Kurzfristige Kredite	28.462	81.403	78.262	0	1.449	1.692	0	0	0	16.627
Langfristige Kredite	71.526	380.026	359.804	16	15.380	4.782	44	0	47	61.704
Handelskredite	36.647	28	8	0	20	0	0	1	0	15.530
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	64	5.138	4.554	489	29	25	41	1.073	2	17.391
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	8.263	296.254	157.824	81.134	3.998	52.781	516	41.913	1.977	336.314
Börsennotierte Aktien	27.425	47.227	3.476	20.969	21.665	1.098	19	18.845	663	37.478
Nicht börsennotierte Aktien	41.520	131.395	23.672	89	100.012	7.594	28	3.295	67	36.402
Investmentzertifikate	10.193	118.845	14.173	43.347	11.748	32.153	17.424	45.185	2.243	18.345
Sonstige Anteilsrechte	129.426	107.349	40.747	1.456	60.168	4.978	0	88.806	1.870	168.534
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	71.990	x	2.303
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	6.435	3.217	0	0	0	3.217	0	11.942	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	35.985	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	1.254	20.575	9.485	25	9.496	1.522	48	11.923	36	11.858
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	418.604	1.510.052	983.093	155.721	238.346	114.362	18.530	566.398	8.703	880.590
<i>Über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR</i>										
Geldvermögensbildung										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR)	x	57	57	x	x	x	x	x	x	0
Bargeld	26	-152	-153	0	0	1	0	1.242	0	313
Täglich fällige Einlagen	-1.876	2.391	3.354	-394	-326	-35	-208	8.635	-45	-2.824
Sonstige Einlagen	-1.339	-29.743	-32.082	-662	3.010	-13	4	-5.030	100	-7.113
Kurzfristige Kredite	-1.504	-1.218	-643	0	328	-903	0	0	0	586
Langfristige Kredite	3.277	2.193	1.235	1	605	353	0	0	0	-2.033
Handelskredite	788	3	1	0	2	0	0	0	-1	686
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-7	404	468	-118	0	21	34	-11	1	5.094
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-425	-736	-3.343	-739	-972	4.213	105	-2.118	-84	-3.040
Börsennotierte Aktien	429	-436	-276	638	-675	-116	-7	-14	-12	5.163
Nicht börsennotierte Aktien	800	-3.272	-658	-194	-2.184	-241	6	-53	-1	1.224
Investmentzertifikate	329	1.685	783	1.062	1.000	-1.615	456	2.342	135	-930
Sonstige Anteilsrechte	6.809	3.824	612	71	3.142	-1	0	556	-244	6.308
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	1.301	x	23
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	149	199	0	0	0	199	0	379	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	941	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-853	710	-2.135	171	2.482	188	4	1.136	34	-1.478
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	6.603	-24.091	-32.782	-165	6.412	2.051	393	9.307	-116	1.980
Nettogeldvermögen	-225.271	16.412	31.658	-1.906	-12.505	-1.385	550	401.509	7.780	438
Finanzierungssaldo	-2.902	6.662	3.760	-348	3.927	-320	-357	7.278	-117	-719

Quelle: OeNB.

Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten im zweiten Quartal 2014

	Nicht-finanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	davon Monetäre Finanzinstitute	davon Investmentfonds	davon sonstige nicht-monetäre Finanzinstitute	davon Versicherungen	davon Pensionskassen	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Bestände in Mio EUR										
Verbindlichkeiten										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR) ¹	x	1.966	1.966	x	x	x	x	x	x	10.532
Bargeld	x	26.366	26.366	x	x	x	x	x	x	444
Täglich fällige Einlagen	x	257.444	257.444	x	x	x	x	x	x	32.869
Sonstige Einlagen	x	353.743	353.743	x	x	x	x	x	x	111.109
Kurzfristige Kredite	49.391	12.224	0	1.304	8.608	2.312	0	12.835	148	51.990
Langfristige Kredite	202.653	29.802	0	181	28.788	832	0	151.309	763	120.032
Handelskredite	35.790	11	0	0	11	0	0	47	1	17.488
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	462	15.010	15.003	x	7	0	0	x	x	3.122
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	37.481	209.320	186.479	x	19.474	3.360	6	x	x	194.280
Börsennotierte Aktien	64.773	27.728	19.603	x	224	7.902	x	x	x	42.991
Nicht börsennotierte Aktien	42.055	71.276	55.743	x	6.829	8.514	190	x	x	123.967
Investmentzertifikate	x	156.292	162	156.130	0	0	x	x	x	46.540
Sonstige Anteilsrechte	189.981	198.351	17.404	x	180.090	857	0	x	x	106.775
Lebensversicherungsansprüche	x	70.924	x	x	0	70.924	x	x	x	3.369
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	18.377	x	x	0	18.377	x	x	x	3.217
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	9.522	26.462	6.947	x	0	1.731	17.784	x	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	11.766	18.346	10.575	12	6.820	938	0	699	9	11.426
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	643.875	1.493.640	951.435	157.627	250.851	115.748	17.980	164.890	922	880.152
Über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR										
Finanzierung										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR) ¹	x	0	0	x	x	x	x	x	x	57
Bargeld	x	1.390	1.390	x	x	x	x	x	x	39
Täglich fällige Einlagen	x	-2.407	-2.407	x	x	x	x	x	x	5.959
Sonstige Einlagen	x	-21.123	-21.124	x	x	x	x	x	x	-15.135
Kurzfristige Kredite	-158	-2.669	0	-520	-904	-1.246	0	-490	-10	895
Langfristige Kredite	-1.193	-160	0	-13	-107	-40	0	2.366	3	892
Handelskredite	3.244	32	0	0	32	0	0	1	0	-143
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	5	3.989	3.985	x	4	0	0	x	x	-522
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-2.012	-12.790	-15.388	x	1.939	665	-5	x	x	1.456
Börsennotierte Aktien	1.508	4.210	3.412	x	4	794	0	x	x	-606
Nicht börsennotierte Aktien	-363	-5.500	-5.964	x	78	386	0	x	x	1.072
Investmentzertifikate	x	398	-90	488	0	0	0	x	x	2.938
Sonstige Anteilsrechte	7.136	2.398	987	x	1.195	215	0	x	x	8.337
Lebensversicherungsansprüche	x	1.011	0	x	0	1.011	0	x	x	313
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	529	0	x	0	529	0	x	x	199
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	-20	961	120	x	0	87	755	x	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	1.357	-1.021	-1.462	228	243	-30	0	152	8	-3.052
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	9.504	-30.753	-36.542	183	2.485	2.371	750	2.030	1	2.699
Nettogeldvermögen	-225.271	16.412	31.658	-1.906	-12.505	-1.385	550	401.509	7.780	438
Finanzierungssaldo	-2.902	6.662	3.760	-348	3.927	-320	-357	7.278	-117	-719

Quelle: OeNB.

¹ Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.

Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global

		2011	2012	2013	Q3 13	Q4 13	Q1 14	Q2 14
		<i>in Mio EUR</i>						
Leistungsbilanz	Netto	5.057	4.726	3.323	-419	1.198	986	-711
	Credit	202.825	205.797	202.289	50.204	52.230	51.392	49.514
	Debet	197.768	201.071	198.965	50.623	51.032	50.405	50.226
Güter	Netto	-3.632	-3.162	-1.908	-954	-626	-1.529	-76
	Credit	122.326	124.660	123.150	30.435	31.840	30.308	30.927
	Debet	125.958	127.822	125.058	31.389	32.466	31.837	31.004
Dienstleistungen	Netto	10.661	10.672	10.776	1.923	2.413	4.783	1.051
	Credit	42.611	45.066	48.273	12.384	12.057	13.622	10.833
	Debet	31.950	34.394	37.497	10.461	9.644	8.839	9.782
Primäreinkommen	Netto	1.046	405	-1.708	-613	187	-930	-848
	Credit	35.464	33.525	28.328	6.737	7.592	6.917	7.124
	Debet	34.418	33.119	30.035	7.349	7.405	7.846	7.972
Sekundäreinkommen	Netto	-3.018	-3.189	-3.837	-775	-775	-1.338	-838
	Credit	2.424	2.547	2.538	648	742	545	630
	Debet	5.441	5.736	6.375	1.423	1.517	1.883	1.468
Vermögensübertragungen	Netto	-330	-448	-473	-101	-112	-112	-113
	Credit	136	74	85	11	26	12	11
	Debet	466	523	559	113	138	125	124
Kapitalbilanz	Netto	4.822	5.204	4.388	-324	-10	1.193	-199
Direktinvestitionen i.w.S.	Netto	11.032	10.179	174	-905	2.048	1.628	-221
Forderungen	Netto	27.826	14.187	11.926	4.490	3.965	3.799	-425
Verpflichtungen	Netto	16.795	4.008	11.752	5.395	1.918	2.171	-204
Direktinvestitionen i.e.S.	Netto	8.127	7.069	344	216	1.155	1.764	-767
im Ausland	Netto	15.763	10.292	9.586	4.332	3.036	3.284	1.197
In Österreich	Netto	7.636	3.223	9.242	4.116	1.882	1.521	1.964
Portfolioinvestitionen	Netto	-15.822	-5.751	-2.450	-4.274	3.243	5.322	-6.761
Forderungen	Netto	-8.056	-11.269	2.524	-787	-70	4.233	409
Anteilsbriefe und Investmentzertifikate	Netto	-1.263	3.426	3.262	952	334	921	1.233
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	Netto	-8.513	-13.986	-1.916	-1.827	-1.217	3.324	401
Geldmarktpapiere	Netto	1.720	-710	1.178	88	813	-12	-1.224
Verpflichtungen	Netto	7.766	-5.519	4.974	3.487	-3.313	-1.090	7.170
Anteilsbriefe und Investmentzertifikate	Netto	-174	582	1.803	616	852	1.791	940
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	Netto	4.108	-3.566	1.835	1.250	-4.628	-4.587	4.926
Geldmarktpapiere	Netto	3.832	-2.535	1.336	1.621	463	1.707	1.304
Sonstige Investitionen	Netto	9.640	892	10.068	5.307	-4.425	-5.414	5.023
Forderungen	Netto	24.241	-1.267	-3.283	-2.830	-10.444	-4.579	6.905
davon Handelskredite	Netto	1.296	-186	23	529	-903	307	145
davon Kredite	Netto	7.322	1.384	3.628	-1.324	-693	-3.309	2.522
davon Bargeld und Einlagen	Netto	15.578	-4.249	-8.226	-2.034	-10.383	-1.452	4.041
Verpflichtungen	Netto	14.600	-2.159	-13.351	-8.137	-6.019	835	1.881
davon Handelskredite	Netto	-376	24	190	389	-97	199	-360
davon Kredite	Netto	1.711	6.878	-1.280	-1.029	54	-520	-426
davon Bargeld und Einlagen	Netto	13.142	-9.077	-12.493	-7.663	-5.925	1.299	2.672
Finanzderivate	Netto	-747	-1.051	-3.799	-633	-1.020	-371	682
Offizielle Währungsreserven	Netto	719	935	395	180	145	28	1.078
Statistische Differenz	Netto	95	926	1.538	197	-1.096	-2.067	1.023

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Bis 2012 endgültige Daten, 2013 revidierte Daten, 2014 provisorische Daten.

Im Jahr 2011 kam es zu einem Bruch zwischen Direktinvestitionen und Sonstige Investitionen, da Kredite von Schwesterunternehmen von Sonstige Investitionen auf Direktinvestitionen umgeschichtet wurden.

Tabelle 13

Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland

	Q3 12 – Q2 13			Q3 13 – Q2 14		
	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto
	<i>in Mio EUR</i>					
Dienstleistungen	46.660	35.722	10.938	48.896	38.726	10.170
Gebühren für Lohnveredelung	433	1.153	-720	714	1.570	-856
Reparaturdienstleistungen	380	315	64	491	445	46
Transport	11.332	11.538	-205	12.074	12.131	-58
Internationaler Personentransport	1.929	1.887	41	1.895	1.841	54
Frachten	7.762	8.481	-718	8.316	9.144	-828
Transporthilfsleistungen	1.264	916	346	1.405	863	541
Post- und Kurierdienste	380	253	127	458	282	175
Reiseverkehr	14.957	7.680	7.278	15.171	7.790	7.381
Geschäftsreisen	2.238	1.368	870	2.205	1.401	803
Urlaubsreisen	12.719	6.311	6.407	12.966	6.388	6.578
Bauleistungen	606	621	-15	605	647	-41
Versicherungsdienstleistungen	962	789	172	749	753	-4
Finanzdienstleistungen	2.220	1.200	1.020	2.390	1.453	937
Finanzdienstleistungen im engeren Sinn	923	479	442	878	558	322
unterstellte Bankgebühr (FISIM)	1.300	720	578	1.512	898	616
Patente, Lizenzen, Franchise und Handelsmarken	809	1.478	-668	833	1.483	-650
Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen	4.129	2.714	1.415	4.491	3.208	1.284
Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen	10.044	7.307	2.738	10.562	8.334	2.229
Forschungs- und Entwicklungsleistungen	1.687	606	1.081	1.769	670	1.099
Rechts- und Wirtschaftsdienste, Werbung und Marktforschung	2.423	2.353	68	2.769	2.940	-171
Technische Dienstleistungen	3.116	1.523	1.593	2.975	1.651	1.325
Dienstleistungen für Landwirtschaft, Bergbau und Recycling	52	86	-35	56	69	-13
Operational Leasing	459	182	278	493	204	289
Handelsleistungen	878	834	44	960	933	27
Übrige unternehmensbezogene Dienstleistungen	1.431	1.724	-292	1.541	1.867	-326
Dienstleistungen für persönliche Zwecke, für Kultur und Erholung	331	836	-505	343	817	-474
Regierungsleistungen, a.n.g.	456	92	364	471	95	376
Dienstleistungsverkehr nach Regionen						
EU-28	35.305	27.595	7.709	37.344	30.269	7.076
davon Euroraum-18	28.143	19.835	8.305	29.592	21.668	7.924
davon Deutschland	18.914	11.056	7.858	19.982	12.051	7.931
davon Italien	2.427	2.150	279	2.391	2.219	173
davon Vereinigtes Königreich	1.642	1.550	92	1.878	1.857	21
davon Ungarn	1.235	1.302	-67	1.290	1.335	-44
Extra-EU-28	11.357	8.126	3.229	11.552	8.459	3.093
davon Schweiz	3.256	1.527	1.728	3.211	1.640	1.572
davon USA	1.342	1.327	16	1.336	1.374	-36
davon Russische Föderation	1.149	841	307	1.116	712	405
davon China	392	308	82	409	345	62

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Bis 2012 endgültige Daten, 2013 revidierte Daten, 2014 provisorische Daten.

Direktinvestitionen Österreichs im Ausland (aktiv)

		2009	2010	2011	2012	2013	Q3 13	Q4 13	Q1 14	Q2 14
		<i>in Mio EUR</i>								
Direktinvestitionen i.w.S.¹	Netto	8.893	-10.619	23.381	16.032	9.606	4.232	2.000	5.113	-467
abzüglich SPEs ³	Netto	948	-17829	7567	5.782	-5	-131	-1040	1.747	-1.600
abzüglich Grundstücke	Netto	28	-27	51	-42	24	32	4	82	-64
Direktinvestitionen i.e.S.	Netto	6.672	1.945	7.636	3.223	9.242	4.116	1.882	1.521	1.964
Eigenkapital ¹	Netto	7.846	3.239	12.341	5.523	5.705	3.260	1.135	-588	-523
Reinvestierte Gewinne	Netto	544	2.210	2.091	947	2.710	1.286	1.574	2.220	-109
Sonstiges DI-Kapital	Netto	-473	1.788	1.332	3.822	1.171	-214	327	1.652	1.828
Forderungen	Netto	1755	1.697	-1.261	1.504	2924	-122	1515	1.027	1696
Verbindlichkeiten	Netto	2.228	-90	-2.592	-2318	1.754	92	1.188	-626	-133

Direktinvestitionen i.e.S. (Gesamtkapital) nach Zielregion

EU-28		3.074	1.137	7.125	3.313	7.890	3.359	680	1.899	335
Deutschland		1.180	673	3.476	-944	2.686	-135	279	-55	3
Italien		926	131	-137	697	255	-228	184	-196	-12
Vereinigtes Königreich		80	-45	1090	-152	1.354	50	656	-31	169
Niederlande		-2157	856	-44	-4340	3698	3.337	-36	121	60
Ungarn		-743	136	390	228	-707	2	-71	49	-162
Tschechische Republik		217	692	371	1399	487	-178	493	395	195
Rumänien		1.000	461	744	837	190	196	-47	260	-177
Extra-EU-28		4843	6101	8638	6980	1697	973	2356	1385	862
Schweiz		-149	651	590	1294	-380	-78	-76	16	-315
Türkei		586	1251	1676	1.538	-1.837	46	160	-47	19
USA		593	165	791	537	677	-21	57	153	-210
Russland		985	1235	1386	684	249	138	213	178	41
China ⁵		419	690	624	-260	75	276	290	335	347
Europa		5.031	4.823	12.114	8.753	8.627	3.742	2.378	2.347	456
Euroraum-18		1.731	1.467	3.365	118	6.245	2.993	-202	189	361
Zentral-, Ost- und Südosteuropa ⁴		2.990	3.168	6.165	4.941	1.042	610	514	1.947	225

Direktinvestitionen des Auslands in Österreich (passiv)

		2009	2010	2011	2012	2013	Q3 13	Q4 13	Q1 14	Q2 14
		<i>in Mio EUR</i>								
Direktinvestitionen i.w.S.²	Netto	8.018	-16.379	12.350	5.853	9.432	5.136	-48	3.485	-247
abzüglich SPEs ³	Netto	1.254	-18439	4.572	2.621	118	965	-1.933	1.839	-2.215
abzüglich Grundstücke	Netto	92	116	141	10	72	55	4	125	4
Direktinvestitionen i.e.S.	Netto	7.304	6.994	-15.822	-5751	-2.450	-4.274	3.243	5322	-6.761
Eigenkapital ²	Netto	3.998	1.619	7.418	1.753	4.382	3.265	49	-334	-644
Reinvestierte Gewinne	Netto	-1.206	964	1.839	237	3.230	-250	1.344	1.787	999
Sonstiges DI-Kapital	Netto	3.881	-639	-1.620	1.232	1.630	1.101	488	68	1.609
Forderungen	Netto	-303	596	4.012	-398	-1.226	60	-770	-138	-297
Verbindlichkeiten	Netto	3.577	-43	2.392	835	404	1161	-282	-70	1.312

Direktinvestitionen i.e.S. (Gesamtkapital) nach Herkunftsregionen

EU-28		2.610	1.651	3.304	2695	5.424	1.111	1.675	1825	961
Deutschland		-633	-263	5242	1529	2.176	577	495	825	-175
Italien		864	-368	9546	-707	39	-31	174	152	106
Vereinigtes Königreich		-1.919	4.654	-7.430	-56	-267	50	-100	-239	62
Niederlande		1.561	-1098	-3.628	1.543	250	-823	443	1.467	-560
Luxemburg		194	567	579	-659	2046	150	682	852	164
Belgien		34	384	-342	-11	-461	-61	-58	-719	-166
Spanien		686	250	-267	260	75	12	30	-22	-71
Frankreich		1562	-1005	46	78	388	131	133	-631	1608
Extra-EU-28		4.062	294	4.332	528	3.818	3.005	206	-305	1.002
Schweiz		138	548	1162	594	241	135	285	-68	-41
USA		1655	-649	-1051	-58	-37	-40	49	-54	-224
Russland		359	275	444	622	3678	3467	184	72	165
Japan		-14	37	59	43	32	5	5	2	15
Europa		3.156	2.195	5.332	3.894	9.306	4.754	1.837	1.870	1.360
Euroraum-18		4.215	-2.008	11.579	2.449	4.718	7	1.730	1.907	1.001
Zentral-, Ost- und Südosteuropa ⁴		176	504	-692	1044	4588	4509	93	277	278

Quelle: OeNB.

¹ Aktivseite: (+) Zunahme / (-) Abnahme österreichischer Direktinvestitionen im Ausland.² Passivseite: (+) Zunahme / (-) Abnahme ausländischer Direktinvestitionen in Österreich.³ „Special Purpose Entities“ ohne Aktivität in Österreich.⁴ Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.⁵ Einschließlich Hongkong.

Anmerkung: Bis 2012 endgültige Daten, 2013 revidierte Daten, 2014 provisorische Daten.

Hinweise

Übersicht zu den Analysen in Statistiken – Daten & Analysen

Nähere Informationen zu den folgenden Publikationen finden Sie unter www.oenb.at.

Heft Q4/13

Weiterhin günstige Finanzierungsbedingungen
Wesentliche Entwicklungen im inländischen Finanzwesen im ersten Halbjahr 2013
Christian Probst, Norbert Schuh

Positive Entwicklung der Nettoemissionen in Österreich
Entwicklungen der Emissionsstatistik im ersten Halbjahr 2013
Andrea Haas

Stabilisierung der Kreditstandards der Banken und der Kreditnachfrage der
Unternehmen
Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft im
Oktober 2013
Walter Waschiczek

Entwicklung der inländischen Investmentfonds im ersten Halbjahr 2013
Geringe Volumenssteigerung aufgrund sehr vorsichtigen Anlageverhaltens
Christian Probst, Bianca Ullly

Geldvermögensbildung der privaten Haushalte im ersten Halbjahr 2013 im Sinkflug
Michael Andreasch

Wendepunkt in der Außenwirtschaft?
Österreichs Leistungsbilanz im ersten Halbjahr 2013
Patricia Walter

Inflation und Preiswahrnehmung: eine Bestandsaufnahme für Österreich
Manfred Fluch, Friedrich Fritzer, Fabio Rumler

Gibt es Anzeichen für eine Bilanzrezession in Österreich?
Reinhard Konczer, Stefan Löschenbrand

Entwicklung des Kreditobligos und -portfolios im Branchenvergleich
Elizabeth Bachmann, Markus Hameter

Wodurch wird Österreichs Dienstleistungsverkehr bestimmt?
Ergebnisse einer Unternehmensanalyse
Patricia Walter

Heft Q1/14

Mäßiges Einlagenwachstum
Wesentliche Entwicklungen im inländischen Finanzwesen im dritten Quartal 2013
Christian Probst, Norbert Schuh

Rückläufige Entwicklung der Bauspardarlehen im dritten Quartal 2013
Entwicklungen der Bausparkassen in den ersten drei Quartalen 2013

Martin Bartmann, Mirna Miscevic

Kreditvergabepolitik der Banken und Kreditnachfrage der Unternehmen
unverändert
Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft
im Jänner 2014

Walter Waschiczek

Konzerninterne Kreditvergabe österreichischer Banken an zentral-, ost-
und südosteuropäische Tochterinstitute

Elizabeth Bachmann, Markus Hameter, Mathias Lahnsteiner

Rückläufige Tendenz bei Anleiheemissionen der Wohnbaubanken

Andrea Haas

Versicherungen schichten Portefeuille ihrer Veranlagungen
in Staatsschuldverschreibungen um
Entwicklung der Versicherungsstatistik im Jahresabstand zum dritten Quartal 2013

Nina Eder

Triennial Central Bank Survey 2013 über die Entwicklung
auf den internationalen Devisen- und Derivatmärkten
Ergebnisse der BIZ-Studie für Österreich

Thomas Kemetmüller, Thomas Schin

Revision der Leistungsbilanz
Die Änderungen im Detail und erste Ergebnisse

Patricia Walter

Paradaten im HFCS Austria 2010 – Teil 1: Evaluierung von Non-Response-Fehlern

Nicolás Albacete, Martin Schürz

Heft Q2/14

Dienstleistungserfolge beflügeln Außenwirtschaft

René Dell'mour, Matthias Fuchs, Bianca Ully, Patricia Walter

Kreditinstitute: Rückläufige Bilanzsumme, gebremstes Kreditwachstum,
steigende Einlagen

Wesentliche Entwicklungen im inländischen Finanzwesen im Jahr 2013

Norbert Schuh

Entwicklung der Vermögens-, Refinanzierungs- und Zinsstruktur
österreichischer Kreditinstitute

Norbert Ernst

Unveränderte Richtlinien der Banken für Kredite an KMU und private Haushalte
Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft
vom April 2014

Walter Waschiczek

Strukturentwicklungen im österreichischen Bankwesen

Barbara Kryzstofiak, Lukas Simhandl

Gemanagte Finanzinvestitionen der Haushalte und Auslandsaktivitäten des
Unternehmenssektors bestimmten das Finanzverhalten des privaten Sektors
im Jahr 2013

Michael Andreasch, Stefan Wiesinger

Entwicklung der inländischen Investmentfonds im Gesamtjahr 2013

Verstärktes Interesse der privaten Haushalte an österreichischen Investmentfonds

Christian Probst, Bianca Ully

Banken reduzieren Refinanzierung über Anleihenmärkte

Entwicklung der Wertpapieremissionsstatistik im Jahr 2013

Andrea Haas

Heft Q3/14

Kreditinstitute: Rückläufige Bilanzsumme und gebremstes Kreditwachstum –
Wesentliche Entwicklungen im inländischen Finanzwesen im ersten Quartal 2014

Norbert Schuh

Entwicklung des Geldmengenwachstums im Euroraum

Martin Bartmann

Eine Bilanzrezession in Europa – nur eine Hypothese?

Reinhard Konczer, Stefan Löschenbrand

Internationaler Datenaustausch zwischen Kreditregistern

Elizabeth Bachmann, Markus Hameter

Kreditstandards der österreichischen Banken für KMU-Finanzierungen und
Wohnbaukredite unverändert – Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten
Umfrage über das Kreditgeschäft vom Juli 2014

Walter Waschiczek

Paradaten im HFCS Austria 2010 – Teil 2: Evaluierung von Messfehlern

Nicolás Albacete, Martin Schürz

Sonderhefte

Mai 2012

Bankenstatistisches Jahrbuch 2011

<http://www.oenb.at/Publikationen/Statistik/Statistiken-Sonderhefte/2012/Banken-statistisches-Jahrbuch-2011.html>

Juni 2012

Sektorale VGR in Österreich 2011

November 2012

Direktinvestitionen 2010

Juni 2013

Sektorale VGR in Österreich 2012

<http://www.oenb.at/Publikationen/Statistik/Statistiken-Sonderhefte/2013/Sektorale-VGR-in-Oesterreich-2012.html>

September 2013

Direktinvestitionen 2011

September 2014

Direktinvestitionen – Stand per Ende 2012

<http://www.oenb.at/Publikationen/Statistik/Statistiken-Sonderhefte/2014/direktinvestitionen-stand-per-ende-2012.html>

Periodische Publikationen

Nähere Informationen finden Sie unter www.oenb.at.

Geschäftsbericht (Nachhaltigkeitsbericht) Annual Report (Sustainability Report)

deutsch | jährlich
englisch | jährlich

Der Bericht informiert über die Geldpolitik des Eurosystems, die allgemeine Wirtschaftslage sowie die Rolle der OeNB bei der Gewährleistung von Preis- und Finanzmarktstabilität und gibt einen Überblick zu den wichtigsten Aktivitäten in den einzelnen Kerngeschäftsfeldern. Der Jahresabschluss der OeNB ist zentraler Bestandteil des Geschäftsberichts.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Oesterreichische-Nationalbank/Geschaeftsbericht.html>

Konjunktur aktuell

deutsch | 7-mal jährlich

Die Online-Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Konjunktur-aktuell.html>

Monetary Policy & the Economy

englisch | vierteljährlich

Die Publikation erläutert insbesondere die nationale Konjunktorentwicklung und präsentiert regelmäßig Prognosen der OeNB zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Österreichs. Sie enthält zentralbankrelevante wirtschaftspolitische Analysen und Studien und resümiert Befunde volkswirtschaftlicher Workshops und Konferenzen der OeNB.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Monetary-Policy-and-the-Economy.html>

Fakten zu Österreich und seinen Banken Facts on Austria and Its Banks

deutsch | halbjährlich
englisch | halbjährlich

Die Online-Publikation gibt einen kompakten Überblick über real- und finanzwirtschaftliche Entwicklungen in Österreich und stellt diese in den internationalen Kontext. Sie enthält Strukturdaten und Indikatoren zur österreichischen Realwirtschaft und des Bankensektors.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Finanzmarkt/Fakten-zu-Oesterreich-und-seinen-Banken.html>

Financial Stability Report

englisch | halbjährlich

Der Berichtsteil enthält Analysen und Einschätzungen der OeNB zur Stabilität des österreichischen Finanzsystems und zu finanzmarktstabilitätsrelevanten Entwicklungen in Österreich und im internationalen Umfeld. Im Schwerpunktteil folgen Analysen und Studien, die im Zusammenhang mit der Stabilität der Finanzmärkte stehen.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Finanzmarkt/Finanzmarktstabilitaetsbericht.html>

Focus on European Economic Integration

englisch | vierteljährlich

Die Publikation konzentriert sich auf die Region Zentral-, Ost- und Südosteuropa und bringt Konjunkturberichte, Prognosen und analytische Studien zu makroökonomischen und makrofinanziellen Themen.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Focus-on-European-Economic-Integration.html>

Statistiken – Daten & Analysen

deutsch | vierteljährlich

Die Publikation enthält Analysen zu österreichischen Finanzinstitutionen sowie zu Finanzströmen und zur Außenwirtschaft sowie eine englischsprachige Kurzfassung. 14 Tabellen informieren über finanzwirtschaftliche und realwirtschaftliche Indikatoren. Diese sind auch auf der OeNB-Website abrufbar.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Statistik/Statistiken---Daten-und-Analysen.html>

Statistiken – Daten & Analysen: Sonderhefte **Statistiken – Daten & Analysen: Special Issues**

deutsch | unregelmäßig
englisch | unregelmäßig

Die unregelmäßig erscheinenden Sonderhefte der Serie „Statistiken – Daten & Analysen“ berichten ausführlich über spezielle statistische Themen (z. B. Sektorale VGR, Direktinvestitionen und Dienstleistungshandel).

<http://www.oenb.at/Publikationen/Statistik/Statistiken-Sonderhefte.html>

Research Update

englisch | vierteljährlich

Der Online-Newsletter präsentiert einem internationalen Adressatenkreis ausgewählte Ergebnisse der Forschung und Tätigkeit der Hauptabteilung Volkswirtschaft der OeNB. Er informiert über aktuelle Publikationen, Forschungsschwerpunkte, Veranstaltungen, Konferenzen, Vorträge und Workshops. Anmeldung für den Newsletter unter:

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Research-Update.html>

CESEE Research Update

englisch | vierteljährlich

Dieser Online-Newsletter informiert speziell über Forschungsschwerpunkte sowie Publikationen, Veranstaltungen und Termine mit dem regionalen Fokus auf Zentral-, Ost- und Südosteuropa. Anmeldung für den Newsletter unter:

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/CESEE-Research-Update.html>

Workshops – Proceedings of OeNB Workshops deutsch, englisch | unregelmäßig

Die Bände dokumentieren seit 2004 Beiträge von Workshops, die von der OeNB mit österreichischen und internationalen Experten aus Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Medien zu geld- und wirtschaftspolitisch relevanten Themen abgehalten wurden.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Workshopbaende.html>

Working Papers

englisch | unregelmäßig

Diese Publikationsreihe (nur online verfügbar) dient der Diskussion und Verbreitung von wirtschaftswissenschaftlichen Studien und Forschungsergebnissen. Die Beiträge werden einem internationalen Begutachtungsverfahren unterzogen.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Working-Papers.html>

Konferenzband zur Volkswirtschaftlichen Tagung

englisch | jährlich

Die jährlich stattfindende Volkswirtschaftliche Tagung der OeNB stellt eine Plattform für den internationalen Meinungs- und Informationsaustausch über währungs-, wirtschafts- und finanzmarktpolitische Fragen von Zentralbanken, wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern, Finanzmarktakteuren und Vertretern der universitären Forschung dar. Der Konferenzband dokumentiert alle Beiträge.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Volkswirtschaftliche-Tagung.html>

Konferenzband zur Conference on European Economic Integration

englisch | jährlich

Im Zentrum der jährlich stattfindenden CEEI-Konferenz der OeNB stehen aktuelle zentralbankrelevante Fragen im Zusammenhang mit Zentral-, Ost- und Südosteuropa und dem europäischen EU-Erweiterungs- und Integrationsprozess.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Conference-on-European-Economic-Integration-CEEI.html>

Der Band erscheint seit der Konferenz 2001 jährlich im Verlag Edward Elgar, Cheltenham, UK, Northampton, MA.

<http://www.e-elgar.com/>

Bankenaufsichtliche Publikationen

deutsch, englisch | unregelmäßig

<http://www.oenb.at/Publikationen/Finanzmarkt/Bankenaufsichtliche-Publikationen.html>

Sie können aktuelle Veröffentlichungen direkt herunterladen oder kostenfrei bestellen.
Nähere Informationen finden Sie unter www.oenb.at

Adressen

	<i>Postanschrift</i>	<i>Telefon/ Fax/ E-Mail</i>
Hauptanstalt Otto-Wagner-Platz 3 1090 Wien <i>Internet: www.oenb.at</i>	Postfach 61 1011 Wien	Tel.: (+43-1) 404 20-6666 Fax: (+43-1) 404 20-042399 <i>E-Mail: oenb.info@oenb.at</i>
Zweiganstalten		
Zweiganstalt Österreich Nord Coulinstraße 28 4020 Linz	Postfach 346 4021 Linz	Tel.: (+43-732) 65 26 11-0 Fax: (+43-732) 65 26 11-046399 <i>E-Mail: regionnord@oenb.at</i>
Zweiganstalt Österreich Süd Brockmanngasse 84 8010 Graz	Postfach 8 8018 Graz	Tel.: (+43-316) 81 81 81-0 Fax: (+43-316) 81 81 81-046799 <i>E-Mail: regionsued@oenb.at</i>
Zweiganstalt Österreich West Adamgasse 2 6020 Innsbruck	Adamgasse 2 6020 Innsbruck	Tel.: (+43-512) 908 100-0 Fax: (+43-512) 908 100-046599 <i>E-Mail: regionwest@oenb.at</i>
Repräsentanzen		
Repräsentanz New York Oesterreichische Nationalbank 450 Park Avenue, Suite 1202 New York, N. Y. 10022, USA		Tel.: (+1-212) 888-2334 Fax: (+1-212) 888-2515
Repräsentanz Brüssel Oesterreichische Nationalbank Ständige Vertretung Österreichs bei der EU Avenue de Cortenbergh 30 1040 Brüssel, Belgien		Tel.: (+32-2) 285 48-41, 42, 43 Fax: (+32-2) 285 48-48